

DOKUMENTATION

03/2023

Abschlussbericht

# Das Netzwerk Ressourcenwende

Analyse der Möglichkeiten einer besseren Beteiligung  
von Umweltverbänden an Debatten und  
transdisziplinären Forschungen am Beispiel  
Ressourcenpolitik

von:

Benedikt Jacobs, Rolf Buschmann, Rubén Kaiser, Friederike Hildebrandt

BUND, Berlin

Carla Young, Helen Sharp

IÖW, Berlin

Timea Campedelli

DNR, Berlin

Herausgeber:

Umweltbundesamt



DOKUMENTATION 03/2023

Ressortforschungsplan des Bundesministeriums für  
Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und  
Verbraucherschutz

Forschungskennzahl 3718 11 109 0  
FB000969

Abschlussbericht

## **Das Netzwerk Ressourcenwende**

Analyse der Möglichkeiten einer besseren Beteiligung  
von Umweltverbänden an Debatten und  
transdisziplinären Forschungen am Beispiel  
Ressourcenpolitik

von

Benedikt Jacobs, Rolf Buschmann, Rubén Kaiser,  
Friederike Hildebrandt

BUND, Berlin

Carla Young, Helen Sharp

IÖW, Berlin

Timea Campedelli

DNR, Berlin

Im Auftrag des Umweltbundesamtes

## Impressum

### Herausgeber

Umweltbundesamt  
Wörlitzer Platz 1  
06844 Dessau-Roßlau  
Tel: +49 340-2103-0  
Fax: +49 340-2103-2285  
[buergerservice@uba.de](mailto:buergerservice@uba.de)  
Internet: [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de)

[f/umweltbundesamt.de](https://www.facebook.com/umweltbundesamt.de)

[t/umweltbundesamt](https://www.twitter.com/umweltbundesamt)

### Durchführung der Studie:

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND)  
Kaiserin-Augusta-Allee 5  
10553 Berlin

Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH (IÖW)  
Potsdamer Str. 105  
10785 Berlin  
Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)  
Marienstr. 19-20  
10117 Berlin

### Abschlussdatum:

Oktober 2022

### Redaktion:

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und  
Verbraucherschutz  
Referat T14 Nationale Kreislaufwirtschaftsstrategie, Ressourceneffizienz  
Sabine Huck  
Umweltbundesamt  
Fachgebiet I1.1 Grundsatzfragen, Nachhaltigkeitsstrategien und -szenarien,  
Ressourcenschonung  
Judith Kanthak

Publikationen als pdf:

<http://www.umweltbundesamt.de/publikationen>

ISSN 2199-6571

Dessau-Roßlau, Juli 2023

Einzelne Inhalte der vorliegenden Projektdokumentation wurden bereits während der Projektlaufzeit auf der Projektwebsite [www.ressourcenwende.net](http://www.ressourcenwende.net) veröffentlicht.

Die Verantwortung für den Inhalt dieser Veröffentlichung liegt bei den Autorinnen und Autoren.

### **Kurzbeschreibung: Das Netzwerk Ressourcenwende**

Das Netzwerk Ressourcenwende ist ein Zusammenschluss von Akteur\*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft im deutschsprachigen Raum. Es setzt sich für eine global und generationsübergreifend gerechte Ressourcennutzung im Rahmen der ökologischen Belastungsgrenzen ein. Dabei orientieren es sich am Prinzip der Suffizienz. Das bedeutet, die oftmals verschwenderische Ressourcennutzung des globalen Nordens auf ein sozial-ökologisch verträgliches Maß zu reduzieren. Das Netzwerk ist ein Ort des systematischen, offenen und transdisziplinären Austausches an dem gemeinsam wichtige Querschnitts- und Grundsatzthemen bearbeiten und daraus sachlich fundierte Forderungen abgeleitet werden. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) und das Umweltbundesamt (UBA) haben 2019 den BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland e.V. (BUND) mit dem Aufbau des Netzwerk Ressourcenwende beauftragt. Weitere Partner sind das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) als Forschungspartner und der Deutsche Naturschutzring (DNR) als Multiplikator. Der hier vorliegende Bericht beschreibt die Tätigkeiten des Netzwerk Ressourcenwende von der Initiierung 2019 bis Oktober 2022. Außerdem werden die Hürden und Chancen der transdisziplinären Zusammenarbeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft rekapituliert und analysiert.

### **Abstract: The resource protection network**

The resource protection network is an association of actors from civil society and science in German-speaking countries. It advocates a global and intergenerational just use of resources within the framework of ecological limits. It is guided by the principle of sufficiency. This means reducing the often wasteful use of resources in the global North to a social and ecological just level. The network is a place of systematic, open and transdisciplinary exchange where important crosscutting and fundamental issues are addressed and fact-based demands are developed. In 2019, the German Federal Ministry for the Environment, Nature Conservation, Nuclear Safety and Consumer Protection (BMUV) and the German Environment Agency (UBA) commissioned Friends of the Earth Germany (BUND) to set up the resource protection network. Other partners are the Institute for Ecological Economy Research (IÖW) as a research partner and the German Nature Conservation Council (DNR) as a multiplier. This report describes the activities of the resource protection network from its initiation in 2019 until October 2022. It also recapitulates and analyses the obstacles and opportunities of transdisciplinary cooperation between science and civil society.

## Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	8
Tabellenverzeichnis .....	8
Abkürzungsverzeichnis .....	9
Zusammenfassung.....	10
Summary .....	13
1 Von der Idee zum Netzwerk.....	16
1.1 Recherche und Interviews.....	16
1.1.1 Recherche .....	16
1.1.2 Interviews.....	17
1.1.3 Ergebnisse aus Recherche und Interviews:.....	18
1.2 Akteurs- und Themenfeldmapping .....	22
1.3 Website .....	24
1.4 Kontaktaufnahme und Vernetzung.....	25
2 Die Vernetzungsworkshops.....	26
2.1 Workshop I.....	26
2.1.1 Ablauf.....	26
2.1.2 Zentrale Ergebnisse.....	28
2.2 Workshop II.....	29
2.2.1 Ablauf.....	29
2.2.2 Zentrale Ergebnisse.....	30
2.3 Workshop III.....	31
2.3.1 Ablauf.....	31
2.3.2 Zentrale Ergebnisse.....	31
3 Die Fachgespräche.....	36
3.1 Fachgespräch: Resource use caps – Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch absolute Grenzen – Hürden und Herausforderungen .....	36
3.2 Fachgespräch: Wege aus dem regulativen Flickenteppich – ein neuer rechtlicher Rahmen für den Ressourcenschutz.....	39
4 Die Inhaltliche Arbeit des Netzwerkes .....	42
4.1 Das Selbstverständnis .....	42
4.2 Ressourcenschutzziele .....	43
4.2.1 Studie “Absolute Reduktion der Ressourcennutzung. Vorreiter Niederlande – Ein Vorbild für Deutschland?": .....	43

4.2.2	Policy Brief: Ressourcenschutzziele zur absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs.....	44
4.3	Ressourcenschutzgesetz .....	44
4.4	Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz.....	45
4.5	Sozial-ökologische Wohn- und Bauwende.....	47
5	Die transdisziplinäre und transformative Arbeit des Netzwerks .....	49
5.1	Transformative Forschung und seine Akteure.....	50
5.1.1	Was ist transformative Forschung? .....	50
5.1.2	Akteure der Transformativen Forschung.....	51
5.2	Methodenüberblick .....	52
5.3	Ergebnisse .....	53
5.3.1	Transformative Forschung und Transdisziplinarität: Begriffsverständnis .....	53
5.3.2	Einschätzung der transformativen Fähigkeiten der eigenen Organisation .....	55
5.3.3	Von der Formulierung des Wissensbedarfs zum Agenda-Setting .....	57
5.3.4	Transformative Forschung erfordert Anpassungen im Wissenschaftssystem .....	58
5.3.5	Wer hat welche Rolle? .....	59
5.3.5.1	Rolle von NGO.....	60
5.3.5.2	Rolle Wissenschaft.....	60
5.3.6	Austausch.....	61
5.4	Ansatzpunkte für eine transformative Zusammenarbeit .....	65
5.5	Broschüre „Forschungsprojekte für die Transformation – Zehn Etappen für eine systematische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ .....	66
6	Die Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerk Ressourcenwende.....	68
7	Übersicht der Veranstaltungen und Beteiligungen des Netzwerkes .....	69
8	Erkenntnisse .....	71
9	Ausblick.....	73
10	Quellenverzeichnis .....	75
A	Anhang: Workshopmaterialien .....	77
A.1	Programm des ersten Workshops.....	77
A.2	Programm des zweiten Workshops .....	80
A.3	Programm des dritten Workshops.....	83
B	Anhang Materialien der Fachgespräche.....	86
B.1	Programm des ersten Fachgesprächs .....	86
B.2	Programm des zweiten Fachgesprächs.....	88
C	Anhang: Diskussionspapier „Transformative Zusammenarbeit“ .....	90

## Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1:	Die verschiedenen Diskursstränge der Ressourcenpolitik .....	22
Abbildung 2:	Themencluster einer suffizienzbasierter Ressourcenstrategie .....	23
Abbildung 3:	Arbeitsschwerpunkte der Teilnehmenden und unterrepräsentierte Themenfelder .....	24
Abbildung 4:	Mitgebrachte Perspektiven der Teilnehmenden auf das Themenfeld Ressourcenpolitik.....	27
Abbildung 5:	Erwartungen der Teilnehmenden an den Workshop und den weiteren Prozess .....	28
Abbildung 6:	Stand des Netzwerks vor dem dritten Vernetzungsworkshop.....	32
Abbildung 7:	Die Ergebnisse der Kleingruppendiskussion zum Ressourcenschutz-Stammgesetz .....	33
Abbildung 8:	Erwartungen an das Netzwerk Ressourcenwende nach dem dritten Vernetzungsworkshop.....	35
Abbildung 9:	Wie vertraut sind Forschende und NGO-Mitarbeiter*innen mit dem Begriffen Transdisziplinarität und transformative Forschung? .....	53
Abbildung 10:	Begriffsverständnis transformative Forschung .....	54
Abbildung 11:	Einschätzung der Arbeit hinsichtlich Transformativität .....	55
Abbildung 12:	Diskussion zu transformativer Forschung in der eigenen Organisation .....	55
Abbildung 13:	Frage nach systematischer Auseinandersetzung mit transformativer Forschung.....	56
Abbildung 14:	Einschätzung der Kooperationserfahrungen.....	62
Abbildung 15:	Elemente einer transformativen Kooperation .....	63
Abbildung 16:	Wünsche nach einer besseren Zusammenarbeit .....	64
Abbildung 17:	Social Impact für Forschungsprojekte gemeinsam bestimmen .....	65

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1:	Rollen und Aufgaben von Wissenschaft und NGO .....	59
Tabelle 2:	Erfahrungen der Kooperation zwischen Wissenschaft und NGO.....	62
Tabelle 3:	Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Beteiligungen des Netzwerk Ressourcenwende .....	69

## Abkürzungsverzeichnis

<b>BMUV</b>	Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Reaktorsicherheit und Verbraucherschutz
<b>BUND</b>	Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland – BUND e.V.
<b>DNR</b>	Deutscher Naturschutzring e.V.
<b>DMC</b>	Domestic Material Consumption
<b>ECORNET</b>	Ecological Research Network
<b>IÖW</b>	Institut für ökologische Wirtschaftsforschung gGmbH
<b>NGO</b>	Non-governmental organization
<b>RMC</b>	Raw Material Consumption
<b>tF</b>	Transformative Forschung
<b>TMC</b>	Total Material Consumption
<b>UBA</b>	Umweltbundesamt

## Zusammenfassung

Die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts ist das Erreichen einer dauerhaft und global verträglichen Lebens- und Wirtschaftsweise. Dafür braucht es eine gesellschaftliche sozial-ökologische Transformation, die sich an den planetaren Grenzen und dem Gemeinwohl orientiert. Eine Ressourcenwende und somit eine Neuorientierung der Ressourcenpolitik ist ein zentraler Baustein dieses Prozesses.

Ressourcenpolitik ist als Querschnittsthema ein wichtiger Bestandteil einer Vielzahl anderer Politikbereiche. Daher sind sowohl Wissenschaft, Wirtschaft als auch Zivilgesellschaft regelmäßig mit Fragestellungen aus dem Themenkomplex konfrontiert und erarbeiten Positionen aus ihrer spezifischen Sicht heraus.

Im aktuellen Diskurs zur Ressourcenpolitik fehlt jedoch oft eine integrierte Betrachtungsweise. Sowohl aus Perspektive der Generationen- und internationalen Gerechtigkeit als auch in Bezug auf Ziele des Biodiversitäts- und Klimaschutzes fehlt meist eine Einordnung und es werden größtenteils nur isolierte Betrachtungen zum Thema veröffentlicht.

Obwohl der transdisziplinäre Charakter des Themenbereiches Ressourcenpolitik zahlreiche Angriffspunkte bietet, fehlt bislang diese ganzheitliche Betrachtung und die Einordnung in den umweltpolitischen Gesamtzusammenhang. Es mangelt an der Formulierung von Szenarien, wie eine nachhaltige Ressourcen- und Rohstoffpolitik konkret ausgestaltet werden könnte.

Damit sich die Zivilgesellschaft besser in die verschiedenen Debatten der Ressourcenpolitik einbringen kann und konkrete Forderungen zu Rahmenbedingungen nationaler und internationaler Ressourcenpolitik entwickeln kann, braucht es einen Austausch der Umweltverbände untereinander sowie einen Austausch mit wissenschaftlichen Akteuren.

Das Projekt hat als Ausgangssituation vier Herausforderungen identifiziert:

1. Die Ressourcenpolitik weist eine starke Fragmentierung auf. Argumente von Umwelt- und Nachhaltigkeitsverbänden sind in der gesellschaftlichen Debatte dabei meist unterrepräsentiert.
2. Umwelt- und Nachhaltigkeitsverbänden fehlt eine kohärente ressourcenpolitische Strategie, die die politikfeldübergreifenden Zusammenhänge berücksichtigt. Neben Kapazitätsengpässen ist hierin der Grund für engagierte, aber dennoch punktuelle Mitarbeit an Beteiligungsprozessen zu vermuten.
3. Es gibt keinen ausreichenden Raum zum Austausch zwischen zivilgesellschaftlichen Akteuren der Umwelt- und Nachhaltigkeitsverbände und wissenschaftlichen Akteuren, so dass Leerstellen in der Debatte nicht analysiert und Lösungswege nicht ausgelotet werden konnten.
4. Es gibt noch unzureichende Erkenntnisse über Erfolgsfaktoren inter- und transdisziplinären Arbeitens. Dies gilt sowohl für das Feld der Ressourcenpolitik als auch darüber hinaus.

Hier setzt das Projekt an. Ziel war es, Umweltverbände zu befähigen, eine eigene ressourcenpolitische Strategie zu entwickeln und diese verstärkt in aktuelle politische Debatten einzubringen. Zu diesem Zweck wurden zwei sich ergänzende Ansätze verfolgt:

1. Der Austausch und die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Wissenschaft sollte dazu führen, dass das bestehende Wissen zur Ressourcenpolitik erfasst und an den Bedarf der Zivilgesellschaft angepasst wird.
2. Über die Initiierung des Netzwerkes sollte ein transdisziplinärer Prozess angestoßen und erprobt werden, der dazu führen sollte, dass Wissenslücken aufgedeckt werden, der

Wissensbedarf von Umweltverbänden besser erkannt wird, sie stärker in den Forschungsprozess eingebunden werden und der Wissenstransfer generell verbessert wird.

Damit sich Umwelt- und Naturschutzverbände stärker und gezielter an den Debatten zur Ressourcenpolitik beteiligen können, war es dabei im Sinne des ersten Ansatzes wichtig, das Themenfeld der Ressourcenpolitik zu strukturieren und von anderen Themenfeldern abzugrenzen sowie die wichtigsten Themenstränge zu skizzieren. Zum anderen bedurfte es eines Überblicks über die relevanten Akteure in Wissenschaft und Zivilgesellschaft, ihre Hauptthemen und ihre Beteiligung an übergeordneten Diskursen im Bereich der Ressourcenpolitik. Im Sinne des zweiten Ansatzes wurden diese Akteure zusammengebracht, um sich sowohl über inhaltliche Aspekte als auch über Aspekte der transdisziplinären Forschung auszutauschen.

Zwei Zugänge zu dem Handlungsfeld wurden innerhalb des Austauschs von Wissenschaft und Umweltverbänden besonders hervorgehoben: Der erste Fokus betrifft die internationale Perspektive der Ressourcen- und Rohstoffpolitik, da hier bereits feststeht, dass er bisher bei den Umweltverbänden zu wenig betrachtet wird. Dazu gehört insbesondere auch die Frage nach einer gerechten Verteilung. Zweitens nimmt das Projekt an, dass eine gesamtgesellschaftliche Debatte über die Frage der absoluten Senkung des Ressourcenverbrauchs fehlt. Es gibt zu wenige konkrete politische Instrumente, die nicht nur auf die Steigerung von Ressourceneffizienz oder die partielle Suche nach nachhaltigen Alternativen zu bestimmten Ressourcen (Konsistenzmaßnahmen), sondern darüber hinaus auf eine absolute Reduktion des Ressourcen- und Rohstoffverbrauchs (Suffizienzmaßnahmen) zielen.

Um dies zu erreichen wurden die folgenden Projektschritte umgesetzt:

- ▶ Eine Analyse des Themenfeldes Ressourcenpolitik und dessen Akteuren (s. Kap. 1.1 und 1.2.)
- ▶ Durchführung von drei transdisziplinären Workshops, deren thematische Schwerpunkte auf Grundlage einer wissenschaftlichen Studie und in enger Abstimmung mit dem Auftraggeber identifiziert werden (s. Kap. 2).
- ▶ Erstellung einer Onlineplattform und fortlaufende Aufbereitung fachlicher Informationen für die Website (begleitet durch regelmäßige Newsletter) (s. Kap. 1.3 und 6).
- ▶ Fachgespräche zu wichtigen Leerstellen im ressourcenpolitischen Diskurs (s. Kap. 3)
- ▶ Analyse der Hürden des transdisziplinären Austauschs zwischen Wissenschaft und zivilgesellschaftlichen Organisationen (Kap. 5). Eine Verbesserung des Austausches und eine Stärkung der Kooperation durch gezielte Zusammenarbeit (Kap.4) und konkrete Handlungsempfehlungen (Kap.5.5).
- ▶ Empowerment der Zivilgesellschaft durch Veröffentlichungen, Positionierungen und gemeinsame Veranstaltungen (s. Kap.4).

Ein wichtiges Alleinstellungsmerkmal und eine große Chance des Netzwerkes liegt im transdisziplinären Ansatz; dieser ermöglicht, gemeinsam mit der Wissenschaft zentrale Fragestellungen zu diskutieren und zu entwickeln. Ein zentrales Ziel lag daher in der gemeinsamen Entwicklung von Strategien, um Forschungspolitik in Zukunft nachhaltig zu gestalten (s. Kap. 5.5). Außerdem dient das Netzwerk als ein Pilotprojekt, in welchem erörtert wird, wie die Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und Nichtregierungsorganisationen generell verbessert werden kann (Kap.5).

In den vergangenen dreieinhalb Jahren wurde so das Netzwerk Ressourcenwende aufgebaut.

Durch die Workshopreihe und verschiedene Fachgespräche wurden wichtige Leerstellen im ressourcenpolitischen Diskurs identifiziert und begonnen, diese mit Debatten zu füllen.

Zusätzlich haben Akteure des Netzwerks zu aktuellen (politischen) Prozessen (bspw. ProgRess III) gemeinsame Positionierungen erarbeitet.

Das Netzwerk hat mehrere Arbeitsgruppen zu den folgenden Themensträngen initiiert:

- ▶ zu den Themen Ressourcenschutzziele (s. Kap.4.2),
- ▶ zur Wohn- und Bauwende (s. Kap. 4.5)
- ▶ zur sozialen Gerechtigkeit im Ressourcenschutz (s. Kap. 4.4),
- ▶ zu einem Ressourcenschutz-Stammgesetz (s. Kap. 4.3)
- ▶ sowie zur transformativen Zusammenarbeit zwischen Forschung und Zivilgesellschaft (s. Kap. 5).

Das Netzwerk hat ein gemeinsames Selbstverständnis entwickelt und veröffentlicht (siehe Kapitel 4.1). Das Netzwerk ist zudem in den aktuellen ressourcenpolitischen Diskurs eingebunden und nimmt aktiv Einfluss. So wurden eine vom Ecologic Institut durchgeführte Kurzstudie zur Umsetzung von Ressourcenschutzziele (siehe Kapitel 4.2.1) in Anlehnung an den niederländischen Ansatz, ein gemeinsames Policy Briefing auf Basis der Studienergebnisse (siehe Kapitel 4.2.2) und insgesamt drei weitere Diskussionspapiere veröffentlicht. Darüber hinaus hat das Netzwerk durch mehrere Veranstaltungen und ein gemeinsames Policy Briefing (siehe Kapitel 4.5) den Diskurs im Bereich "Sozial-ökologischer Wandel im Wohnungs- und Bauwesen" aktiv beeinflusst.

Die gemeinsame Arbeit und der Austausch zwischen Forschung und Zivilgesellschaft wurde mit dem Ziel analysiert, die Zusammenarbeit zu systematisieren und auch jenseits konkreter Projekte zu verankern und zu verbessern (s. Kap. 5).

Das Netzwerk dient den beteiligten Akteur\*innen als Informationsquelle und Austauschplattform für relevante Veranstaltungen, Veröffentlichungen, (politische) Prozesse und aktuelle Nachrichten zur Ressourcenpolitik. Es ist eine Anlaufstelle für die Kontaktaufnahme und Beratung mit Experten für Ressourcenpolitik. Das Netzwerk bietet einen Raum in dem grundsätzliche und übergreifende Themen angesprochen werden können, die sonst im Tagesgeschäft einzelner Organisationen und Institute keinen Platz finden. Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler erhalten über Rundschreiben, Newsletter sowie andere Informations- und Austauschformate einen breiten thematischen Überblick zu Aktivitäten und Diskussionen in der Zivilgesellschaft.

Darüber ist bereits punktueller Austausch und Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft zu einzelnen Themen entstanden. Insgesamt kann und sollte die Beteiligung der Wissenschaft an dem Netzwerk aber noch ausgebaut und vor allem systematisiert werden. Neben den erschwerten Bedingungen durch die COVID-19-Pandemie war die größte Hürde die extrem begrenzten Kapazitäten der beteiligten Akteur\*innen.

## Summary

The greatest challenge of the 21st century is to achieve a sustainable and globally compatible way of life and economy. This requires a societal socio-ecological transformation that is oriented towards planetary boundaries and the common good. A resource transition and thus a reorientation of resource policy is a central component of this process.

As a cross-cutting issue, resource policy is an important component of a large number of other policy areas. Therefore, both science, business and civil society are regularly confronted with issues from this range of topics and develop positions from their specific point of view.

In the current discourse on resource policy, however, an integrated approach is often missing. From both the perspective of intergenerational and international justice, as well as in relation to biodiversity and climate protection goals, a classification is usually missing and mostly only isolated considerations on the topic are published.

Although the transdisciplinary character of resource policy offers numerous reference points, this holistic approach and a integration into an overall environmental policy context is missing up to now. There is a lack of scenarios on how a sustainable resource and raw materials policy could be designed in concrete terms.

In order to enable civil society towards a better engagement in the various debates on resource policy and to develop concrete demands on framework conditions for national and international resource policy, an exchange between environmental associations and scientific actors has to be established.

The project identified four challenges as a starting point:

1. Resource policy is highly fragmented. Arguments from environmental and sustainability organizations are usually underrepresented in the social debate.
2. Environmental and sustainability organizations yet don't have a coherent resource policy strategy that includes the interdependencies between different policy fields. In combination with personnel bottlenecks, this can be assumed to be the reason for an overall committed but still partial engagement in participation processes.
3. There is insufficient space for exchange between civil society actors from environmental and sustainability organizations and scientific actors, therefore gaps in the debate could not be analysed and possible solutions are not explored.
4. There is still insufficient knowledge on success factors of inter- and transdisciplinary work. This applies to the field of resource policy and beyond.

Here the proposed project intervenes. Central goal was to enable environmental organisations to develop their own resource policy strategy and to increase contributions in current political debates. Therefore two complementary approaches were adopted:

1. Exchange and cooperation between civil society and science should result in collecting existing knowledge on resource policy and adapting it to the needs of civil society.
2. By initiating a network, a transdisciplinary process should have been started and approved, which leads to the identification of knowledge gaps, a better description of the knowledge needs of environmental organisations and their increasing participation in research processes, as well as a general improvement in knowledge transfer.

In order to enable environmental and nature conservation organisations to participate in the debates on resource policy in a more effective and targeted manner, according to the first approach it was important to structure the topic area of resource policy, to distinguish it from other topic areas and to outline the most important threads. Secondly there was need to create

an overview on relevant actors in science and civil society, their main topics and their participation in relevant discourses on resource policy. On behalf of the second approach, these actors were brought together to exchange views on both substantive aspects and aspects of transdisciplinary research.

Within the exchange of science and environmental organisations two approaches were particularly highlighted: The first approach focussed on the international perspective of resource and raw materials policy, as so far this has not been considered sufficiently by environmental organisations. In particular this includes the question of a more equitable distribution. Secondly, the project assumes that there is a lack of debate in society as a whole, which addresses the question of absolute reduction of resource consumption. There are too few policy instruments that do not aim on increasing resource efficiency or on finding partially sustainable alternatives to certain resources (consistency measures), but instead try to achieve an absolute reduction in resource and raw material consumption (sufficiency measures).

To achieve this, the following project steps were implemented:

- ▶ An analysis of the thematic field of resource policy and its actors (see Chap. 1.1 and 1.2.).
- ▶ Preparation and realization of three transdisciplinary workshops, the thematic focal points were identified based on a scientific study and in line with the contracting authorities (see Chap. 2).
- ▶ Development of an online platform and continuous processing and transfer of specialized information for the website (accompanied by regular newsletters) (see Chap. 1.3 and 6).
- ▶ Expert discussions on important gaps in the resource policy discourse (see Chapter 3).
- ▶ Analysis of barriers for transdisciplinary exchange between science and civil society organisations (Ch. 5).
- ▶ An improvement of exchange and strengthening partnership via targeted cooperation (Ch. 4) and specified recommendations for action (Ch. 5.5).
- ▶ Empowerment of civil society through joint publications, policy papers and events (see Chapter 4).

An important unique selling point and a great opportunity for the network is achieved throughout its transdisciplinary approach, which enables to discuss and develop central issues in cooperation with the scientific community. Therefore a central goal was the joint development of strategies to sustainably shape research policy in the future (see Chapter 5.5)). In addition, the network serves as a pilot project to identify how cooperation between science and non-governmental organisations can be improved in general (Chapter 5).

Building on that basis the Resource Transition Network has been established during the past three and a half years.

Based on the workshop series and several expert discussions, important gaps in the resource policy discourse have been identified and debates have been started to fill the gaps. In addition, joint positions on relevant (political) processes (e.g. ProgRess III) have been developed by network actors.

The network organized several working groups to work on the following threads:

- ▶ resource protection targets (see Chapter 4.2),
- ▶ transition in housing and construction (see Chapter 4.5),
- ▶ social justice in resource protection (see Chapter 4.4),
- ▶ central legislation on resource protection (see Chapter 4.3)
- ▶ transformative collaboration between science and civil society (see Ch. 5).

The network developed and published a common self-perception (see Chapter 4.1). The network is involved and actively influenced the current resource policy discourse. Therefore a short study conducted by Ecologic institute on implementing resource protection targets (see Chapter 4.2.1) similar to the Netherlands approach, a joint policy briefing based on the study results (see Chapter 4.2.2) and a total of three additional discussion papers the discussion have been published. The network has also actively influenced the discourse in the area of "socio-ecological transition in housing and construction" through several events and a joint policy briefing (see Chapter 4.5).

The joint work and exchange between science and civil society has been analyzed to enable a systematic cooperation and additionally to integrate and improve it beyond concrete projects (see chapter 5).

The network serves as a source of information and exchange platform for relevant events, publications, (political) processes and current resource policy related news. It is a point of reference for contacting and consulting experts on resource policies. The network offers a playing field in which fundamental and cross-cutting issues might be addressed that otherwise don't find room in the day-to-day business of individual organizations and institutes. Scientists receive a broad thematic overview of activities and discussions in civil society via circulars, newsletters as well as other information and exchange formats.

This has already led to selective exchange and cooperation between civil society and science on individual topics. Overall, the participation of science in the network could and should be expanded and especially systematized. Besides the difficult conditions caused by the COVID 19 pandemic, the biggest hurdle identified are extremely limited capacities of the actors involved.

# 1 Von der Idee zum Netzwerk

## 1.1 Recherche und Interviews

Im Vorfeld zur Vernetzung wurde das Themenfeld Ressourcenpolitik für Umwelt-, Natur- und Verbraucherschutzverbände aufbereitet, es wurden die wesentlichen Diskursstränge erfasst aktuelle Forschungsergebnisse gesichtet und strukturiert. Es wurde eine Literaturrecherche durchgeführt, die die Sichtung und Aufbereitung relevanter Veröffentlichungen zum Themenfeld umfasst. Aus der Literaturlauswertung wurden Hypothesen generiert, die die Grundlage für eine Reihe leitfadengestützter Interviews gebildet haben. Das Ziel war es, zu überprüfen, welche Akteure sich bei welchen Schwerpunktthemen stärker oder überhaupt einbringen sollten und wo besonderer Wissens- und Vernetzungsbedarf zwischen NGO und Forschungsinstituten besteht.

Ausgehend von der Überlegung, dass die Interviews neue Impulse für vertiefende Recherchen liefern können, wurden die Literaturlauswertung und Interviews zeitlich ineinandergreifend durchgeführt.

Dabei waren die folgenden zwei Fragenkomplexe für die Literaturrecherche und Interviews forschungsleitend:

### 1. Inhalte:

- ▶ Was sind die zentralen Themen aus Perspektive der einzelnen wissenschaftlichen Disziplinen sowie aus zivilgesellschaftlicher Perspektive?
- ▶ Welches sind die übergeordneten Diskursstränge in den Debatten um Ressourcenpolitik?
- ▶ In welchem Verhältnis stehen die Diskursstränge zueinander (widersprechend, ergänzend, ...)?

### 2. Akteure und Strukturen: #

- ▶ Wer sind die zentralen Akteure und Institutionen im Bereich der Ressourcenpolitik sowohl auf zivilgesellschaftlicher als auch auf wissenschaftlicher Seite?
- ▶ Welche institutionellen Verbindungen lassen sich zwischen den Akteursgruppen identifizieren?
- ▶ Welche Akteure tragen mit ihren Debattenbeiträgen zu welchen Diskurssträngen bei? Was sind die strukturellen Kontexte der ressourcenpolitischen Arbeit der Akteure?

### 1.1.1 Recherche

Um diese Fragen zu beantworten, wurde relevantes Material – u.a. wissenschaftliche Veröffentlichungen (Artikel in deutscher und englischer Sprache aus sozial- und naturwissenschaftlichen sowie technischen Disziplinen) gesichtet. Es wurden systematisch einschlägige Literaturdatenbanken<sup>1</sup> ausgewertet. Aufgrund des Querschnittscharakters des Themenfeldes lag die Herausforderung darin, weder zu allgemein noch zu spezifisch zu werden und die Schnittstellen zu anderen umweltpolitischen Diskursen (z.B. Energie- und Klimaschutz, Konsum, Schutz der biologischen Vielfalt) zu definieren. Da die Erfassung der vollen Breite des Themenfeldes Ressourcenpolitik und dessen Aufbereitung im Rahmen des Projektes nicht zu leisten war, war das Ziel, die Diskurse zu identifizieren, die für Ressourcenpolitik als

---

<sup>1</sup> Genutzt wurden: google scholar; Katalog der Deutschen Nationalbibliothek (DNB); ScienceDirect

eigenständiges Politikfeld stehen und zu denen Umweltverbände bereits aktiv beitragen bzw. in die sie sich stärker einbringen wollen. Ein wesentlicher Analyseschritt bestand darin, die aktuellen und für Umweltverbände relevanten Diskurse im Bereich der Ressourcenpolitik zu identifizieren.

### 1.1.2 Interviews

Insgesamt wurden je sieben Interviews mit Vertreter\*innen von NGO und wissenschaftlichen Einrichtungen mit inhaltlicher Nähe zu Themen der Ressourcenpolitik durchgeführt. Die Interviews wurden semi-strukturiert und leitfadengestützt durchgeführt transkribiert und anonymisiert entlang der beiden Gruppen ausgewertet. Bei der **Auswahl der Interviewpartner\*innen** wurde im Sinne eines „Maximum Variation Samplings“ darauf geachtet, sowohl junge Nachwuchswissenschaftler\*innen als auch erfahrene Expert\*innen sowie Männer und Frauen in einem ausgeglichenen Verhältnis zu berücksichtigen.

Der **Leitfaden** orientiert sich sowohl an den Ergebnissen der Literaturlauswertung als auch an den in der Leistungsbeschreibung formulierten Themenschwerpunkten:

- ▶ **Die Rolle der Wissenschaft in den Umweltverbänden allgemein:** Welchen Stellenwert / Einfluss haben Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung für die Arbeit von Umweltverbänden, welche Diskurse werden aufgegriffen und welche nicht? Welche Themenfelder sind relevant? Wie entwickeln Umweltverbände interdisziplinäres Wissen und gibt es Schwerpunktdisziplinen?
- ▶ **Wissenschaftsbezogene Barrieren, die die Umweltverbände daran hindern, sich in die ressourcenpolitische Debatte einzubringen:** Liegen Barrieren eher im Zugang zu Wissen, fehlt eine zielgruppenspezifische Aufbereitung des Wissens? Wo brauchen Umweltverbände neben dem generellen Überblick spezifischeres Fachwissen? Oder benötigen sie aufgrund des Querschnittscharakters des Themenfeldes einen Filter oder Guide, der sie effizient durch das Angebot an wissenschaftlichen Beiträgen lotst?
- ▶ **Verwendbarkeit aktueller Forschungsergebnisse für die Argumentation in einer ressourcenpolitischen Debatte:** (Wie) greifen die Umweltverbände aktuelle Forschungsergebnisse auf? Können sie sie für ihre Argumentation nutzen? Wie sollten wissenschaftlichen Ergebnisse aufbereitet und verbreitet werden, damit sie von Akteuren aus NGO wahrgenommen und aufgegriffen werden?
- ▶ **Kenntnis von Positionen und Aktivitäten der Umweltverbände unter Wissenschaftler\*innen:** Verstehen Wissenschaftler\*innen, wie Umweltverbände arbeiten? Wissen sie, welche Positionen welche Umweltverbände haben und was Umweltverbände in den verschiedenen Themenbereichen tun? Welchen Zugang zu solchen Fragestellungen haben sie und warum?
- ▶ **Bedarf an inter- und transdisziplinärer Forschung:** Zu welchen ressourcenpolitischen Fragestellungen und in welchen wissenschaftlichen Disziplinen brauchen wir mehr transdisziplinäre Forschung? Wie sollte Forschung konzipiert sein, damit sie die zentralen umweltpolitischen Fragestellungen adressieren und NGO ihre Ergebnisse besser nutzen können? Welcher Forschungsbedarf besteht in diesem Zusammenhang? Wie können NGO in Forschungsprozesse eingebunden werden und welche Rolle sollten sie haben? Welche Anforderungen ergeben sich aus solchen inter- und transdisziplinären Ansätzen für Wissenschaftler\*innen?

- ▶ **Kooperationsmöglichkeiten zwischen wissenschaftlichen Instituten und zivilgesellschaftlichen Organisationen:** Wann, wie und zu welchen Fragestellungen sollten wissenschaftliche und zivilgesellschaftliche Organisationen miteinander kooperieren? Gibt es Beispiele?

### 1.1.3 Ergebnisse aus Recherche und Interviews:

#### **Gemeinsam für die Ressourcenwende – zentrale Thesen zu den Rahmenbedingungen einer neuen ressourcenpolitischen Vernetzung**

##### **Multiple Problemlagen und Perspektiven einer Ressourcenpolitik**

Ressourcenpolitik ist ein von vielfältigen Wechselwirkungen durchzogenes Handlungsfeld mit zahlreichen Schnittstellen zu anderen Handlungsfeldern. Kurz gesagt beschäftigt sich Ressourcenpolitik mit der Frage, wer die Natur auf welche Art und Weise kontrolliert und nutzt (Heinrich Böll Stiftung 2014) bzw. die politischen Eingriffe zur Regelung eben jener Frage (Jacob et al. 2013). In einem solchen Verständnis umfasst der Begriff der „Ressourcen“ alle natürlichen Ressourcen, die als Input der ökonomischen Wertschöpfung dienen (z.B. Energie, Wasser, Nahrungsmittel, Land und mineralischen Rohstoffe). Ansätze politischer Steuerung beziehen sich dabei auf die gesamte Wertschöpfungskette und lassen sich aus unterschiedlichen Perspektiven aufgrund unterschiedlicher Problemlagen formulieren:

- ▶ Aus Umweltschutz-Perspektive aufgrund ökologischer Belastungen bei der Ressourcenentnahme – Zerstörung von Ökosystemen und Artenvielfalt vor Ort – und über die Belastung natürlicher Schadstoffsenken (Aufnahme- und Verarbeitungskapazitäten von Boden, Luft, Wasser sowie von Ökosystemen für Abfälle und Schadstoffemissionen) als Ergebnis wirtschaftlicher Wertschöpfung (von der Extraktion über die Verwertung und Nutzung bis zur Entsorgung).
- ▶ Aus globaler Gerechtigkeitsperspektive aufgrund historischer und aktueller Ausbeutungsverhältnisse, der ungleichen Nutzung von und Möglichkeiten des Zugangs zu Ressourcen sowie der Belastung von Senken, aber auch der Verlagerung negativer Kosten (sozial und ökologisch) in globalen Wertschöpfungsketten.
- ▶ Aus Menschenrechtsperspektive aufgrund des häufig hohen Konfliktpotenzials von Ressourcenabbau in bestimmten Regionen sowie mangelnder Umsetzung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten.
- ▶ Aus Perspektive der Versorgungssicherheit aufgrund einer Verknappung von Ressourcen und damit einhergehender Nutzungskonflikte

Während die aktuelle Debatte zwar bereits einzelne dieser Problemperspektiven zusammenbringt (z.B. Umweltschutz und Menschenrechtsstandards bei der Ressourcenextraktion oder Umweltschutz und Steigerung der Versorgungssicherheit durch mehr Ressourceneffizienz und Recycling), so fehlt es bisher an einem integrierten Zugang, der alle Problemperspektiven aufgreift und systematisch miteinander in Bezug setzt: Die Verwertung welcher Ressourcen innerhalb welcher Wertschöpfungsprozesse sind aus ökologischer Perspektive die größten Treiber, da sie z.B. ökologische Senken über das nachhaltige Maß hinaus belasten? Welche Ressourcen sind aus der Perspektive globaler Gerechtigkeit zentral, da sie etwa grundlegend für die nachhaltige Entwicklung der Länder des globalen Südens benötigt werden? Welche Ressourcen sind insbesondere durch Menschenrechtsverletzungen und Konflikte geprägt, da sie etwa vorwiegend nur unter schwierigen Bedingungen und in Regionen fragiler Staatlichkeit abgebaut werden? Welche

Ressourcen sind von Verknappung betroffen, sind aber zentral für die Befriedigung von Grundbedürfnissen (z.B. Boden für den Anbau von Nahrung, bestimmte Mineralien, Erze und Metalle für die Herstellung medizinischer Produkte oder Bereitstellung erneuerbarer Energien) und wie kann mit Nutzungskonflikten umgegangen werden? Und: Welche Wechselwirkungen müssen berücksichtigt werden, z.B. wenn die isolierte Bearbeitung einer Problemlage durch Verlagerung zur Verschärfung einer anderen führt (z.B. Wechsel vom Verbrennungsmotor auf Elektroantrieb)?

### **Gemeinsam für die Ressourcenwende**

Eine neue und verstärkte Debatte um Ressourcenpolitik scheint aufgrund der aufgezeigten multiplen Problemlagen, die auf Muster aktueller Ressourcennutzung und -verwertung zurückzuführen sind, mehr als dringlich. Insbesondere auch aktivere Beiträge der Umweltverbände und anderer ökologisch motivierter zivilgesellschaftlicher Akteure, die sich bisher eher zurückhaltend beteiligen, könnten hier einen wesentlichen Beitrag zur Weiterentwicklung bisheriger Debatten und Instrumente leisten. Aber auch ein breiterer Blick auf die derzeitige Akteurs- und Diskurslandschaft zeigt recht deutlich, dass ein gemeinsames Sprechen über Ressourcenpolitik vor einige zentrale Fragen und Herausforderungen gestellt ist, die sowohl die zivilgesellschaftliche als auch wissenschaftliche Landschaft durchziehen, u.a.:

Über welche Ressourcen sprechen wir und was sind dann die großen Problemfelder von Ressourcenpolitik? Wie können vielfältige Wechselwirkungen und Schnittstellen im Blick behalten werden, ohne dabei Überblick und Fokus zu verlieren? Welches Wissen braucht eine neue Ressourcenpolitik und wie können wir es gewinnen? Wie kann ein gemeinsamer Blick auf Ressourcenpolitik entwickelt und dennoch Arbeitsteilung gestärkt werden? Wie können wir uns die „großen Fragen“ stellen und gleichzeitig konkrete Prozesse konstruktiv begleiten?

Mit diesen Fragen als Ergebnis der Sondierung im Hinterkopf sollte im Rahmen des Projekts „Ressourcenwende“ der Blick auf die Notwendigkeiten von Ressourcenpolitik geschärft, gemeinsam Schwerpunktthemen und Eckpfeiler sowie konkrete Instrumente und Maßnahmen erarbeitet werden. Zentrale Fragen für die Literaturanalyse, die geführten Interviews, die Dokumentenauswertung, aber auch die Diskussionen im Projektteam selbst waren:

#### **1. Handlungsfeld Ressourcenpolitik**

- ▶ Wie müssen wir Ressourcenpolitik verstehen und auch gegenüber anderen Handlungsfeldern abgrenzen?
- ▶ Welche zentralen Notwendigkeiten ergeben sich aus den multiplen Problemlagen und welche Ziele und Schwerpunktthemen lassen sich daraus für eine Ressourcenpolitik ableiten?
- ▶ Wie sind aktuelle Diskurse und politische Prozesse im Lichte der identifizierten Notwendigkeiten und Ziele einzuordnen? Wo sind Leerstellen, wo sind Ansatzpunkte?

## 2. Wissenschaft und Zivilgesellschaft

- ▶ Welches „Wissen“ braucht es für die Ressourcenwende?
- ▶ Welches „Wissen“ zu Ressourcenfragen wird im aktuellen Wissenschafts- und Forschungssystem produziert?
- ▶ Wie kann die gegenseitige Bezugnahme zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft verbessert werden und damit auch der Zugang zu vorhandenem Wissen und die Produktion notwendiger neuer Erkenntnisse gefördert werden?

Aus der Literaturlauswertung sowie der Auswertung der Literatur haben sich einige zentrale Perspektiven ergeben, auf deren Grundlage wir den Rahmen dessen, was unter Ressourcenpolitik verstanden werden sollte, abstecken konnten. Diese wurden in Form von Thesen aufbereitet und im Netzwerk im Rahmen eines Workshops zur Diskussion gestellt.

### Thesen: Zentrale Eckpfeiler einer Ressourcenpolitik

- ▶ **Die absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs muss zentrales Ziel von Ressourcenpolitik sein.**

Zahlreiche Studien zeigen, dass eine relative Senkung des Verbrauchs natürlicher Ressourcen durch selbst eine massive Erhöhung der Ressourcenproduktivität bei sonst unveränderten Rahmenbedingungen (weiteres Wirtschaftswachstum) unter anderem aufgrund von Rebound-Effekten nicht ausreichen wird, um den ökologischen Problemen der Ressourcennutzung zu begegnen (vgl. Gilijum/Hinterberger 2014). Auch das Ziel einer Entkoppelung des Ressourcenverbrauchs von wirtschaftlichem Wachstum kann aufgrund großer Unsicherheiten ob deren Erreichbarkeit, nicht Grundlage und zentrales Ziel von Ressourcenpolitik sein (vgl. Parrique 2019; Petschow et al. 2018). Ziel einer Ressourcenpolitik muss es daher sein, eine absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs zu erreichen. Ein zentraler Aspekt ist hierbei die Erfassung des Ressourcenverbrauchs. Werden lediglich Ressourceninputs der nationalen Wertschöpfung gemessen (wie etwa beim Indikator der „Domestic Material Consumption“ der Fall<sup>2</sup>) so wird nicht abgebildet, welche Wirkungen (sowohl Verbrauch von Ressourcen als auch Belastung von Senken) an anderer Stelle in der globalen Wertschöpfungskette auftreten. So kann etwa der nationale Materialinput in Deutschland sinken und dennoch durch Verlagerung von Produktionsprozessen zu einem Mehr an Ressourcenverbrauch in anderen Teilen der Welt führen. Hier setzen Indikatoren, wie der „ökologische Rucksack“ oder der „material footprint“ (vgl. Wiedmann et al. 2015) an, die auch verborgene Stoffströme in der globalen Wertschöpfung einbeziehen. Für die absolute Senkung des Ressourcenverbrauchs ist es zentral, die Indikatoren und die Datenlage, auf denen die Messungen beruhen, kritisch zu reflektieren und weiterzuentwickeln. Auch muss einbezogen werden, welche Verbräuche und Belastungen mit der Nutzung von Produkten einhergehen (z.B. Automobile, Waschmaschinen oder mobile Endgeräte).

- ▶ **Ressourcenpolitik muss Suffizienzpolitik sein.**

Die aktuellen Debatten um Ressourcenpolitik bilden die genannten Aspekte nicht ausreichend ab (vgl. Gilijum/Hinterberger 2014). Angesichts der Komplexität von Materialströmen im Laufe der Verwertungsketten von Ressourcen und ihren Wirkungen auf Menschen und Ökosysteme scheint es daher aus Vorsorgeperspektive geboten, Instrumente zu entwickeln, die im Sinne der nötigen Senkung des Ressourceninputs etwa über

---

<sup>2</sup> In die Berechnung des DMC fließen außerdem auch Importe von Rohstoffen sowie das Eigengewicht importierter Produkte.

Mengenbestimmungen (Caps) und Verbote direkt an der Ressourcenentnahme ansetzen und nicht ausschließlich auf nachgelagerte Effekte zielen (z.B. Bepreisung von CO<sub>2</sub>). Neben einer Steigerung der Ressourceneffizienz und Maßnahmen zur Konsistenz muss Ressourcenpolitik daher vor allem auch Suffizienzpolitik sein. Ordnungsrechtliche Instrumente können auch jenseits eines individuellen Lebenswandels und der persönlichen Entscheidungen zu einem Weniger an Ressourcenverbrauch führen. Gleichzeitig stellt sich dennoch die Frage, wie ein kultureller Wandel befördert werden kann, um mehr Menschen für sozial und ökologisch gerechtere Lebensstile zu „gewinnen“, aber auch wie neue Lebensstile auch auf struktureller Ebene unabhängig von sozialer Herkunft und sozio-ökonomischem Status ermöglicht werden können.

► **Neben konkreten Verbrauchsgrenzen und Verboten braucht es Debatten um Eigentum, Verteilung und Demokratisierung.**

Um globalen Verflechtungen und den zentralen Fragen von Gerechtigkeit und Verantwortung Rechnung zu tragen, braucht es jenseits konkreter Reduktionsziele auch Debatten um Zugang, Eigentum und Verteilung sowie, im Lichte von Nutzungskonflikten bei knappen Ressourcen, eine Debatte um Demokratisierung von Entscheidungsstrukturen, die das „was und für wen?“ wirtschaftlicher Nutzung von Ressourcen bestimmen müssen - sowohl national als auch global (vgl. Pichler et al. 2017). Wenn global nur noch eine begrenzte Menge bestimmter Rohstoffe zur Verfügung steht, wie kann eine Verteilungsgerechtigkeit unter Berücksichtigung historischer und geographischer Aspekte, aber auch von den zentralen Bedürfnissen der Menschen heute und zukünftiger Generationen hergestellt werden? Welche Formen des Eigentums und der Bewirtschaftung von Ressourcen braucht es? Und wie können Entscheidungsprozesse so gestaltet werden, dass die Nutzung der zur Verfügung stehenden „Restmenge“ an Ressourcen in einem sozialen und ökologischen Sinne dem Gemeinwohl dient? Neben der Frage, welche Instrumente nötig sind, um vor dem Hintergrund globaler Verflechtung einer gerechten Verteilung Rechnung zu tragen, muss auch erörtert werden, wie Fragen von Eigentum, Verteilung und Demokratisierung im nationalen Rahmen adressiert werden können.

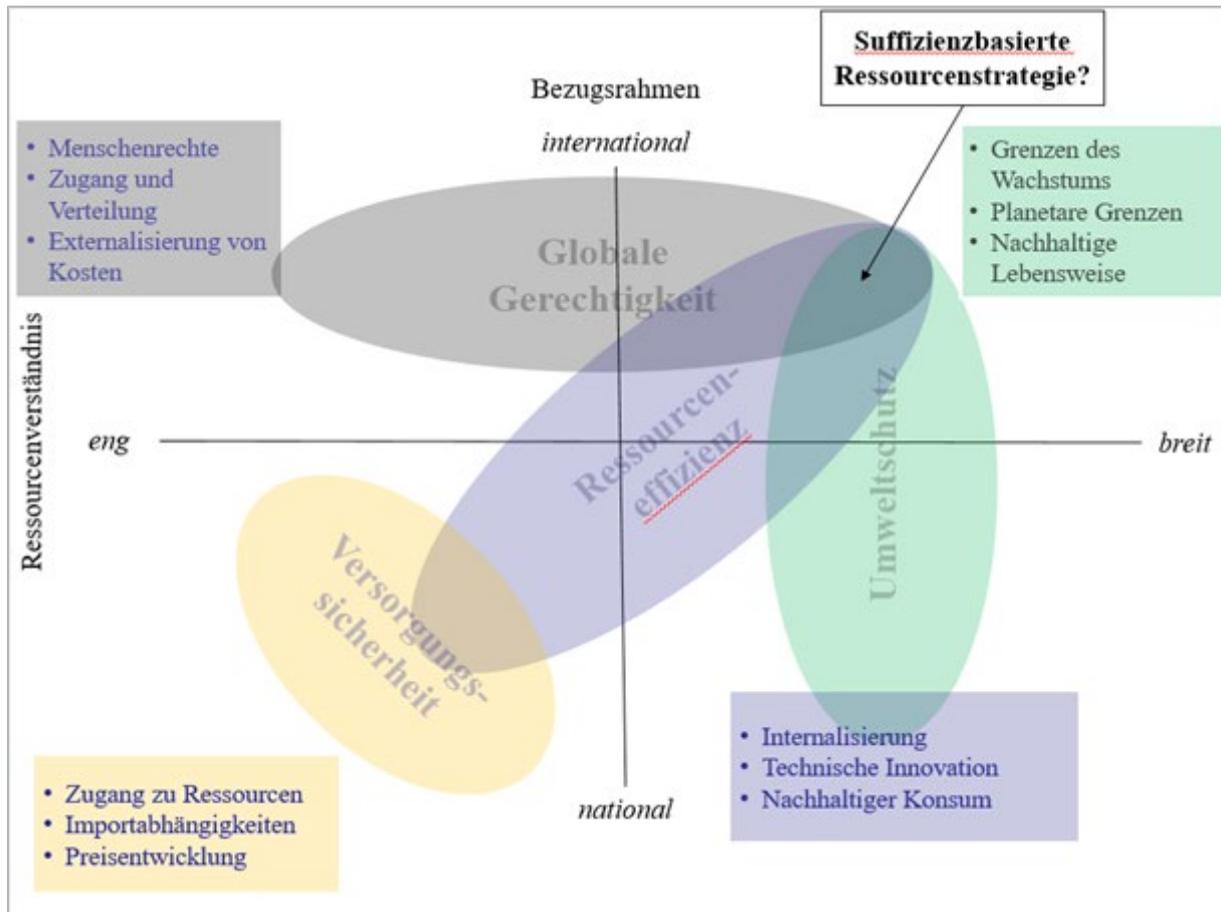
► **Eine Ressourcenwende ist mehr als eine politische Forderung, sie erfordert eine Neuorientierung sowohl in Wissenschaft als auch Zivilgesellschaft.**

Der Umgang mit Ressourcen als Forschungsgegenstand darf nicht als rein technisch-ökonomische Frage der Optimierung verstanden werden. Ein solcher Zugang kann die Entpolitisierung eines Themenfeldes befeuern, welches von höchst politischen Fragen durchzogen ist. Vielmehr muss entsprechende Forschung immer auch im Kontext der vielfältigen Wechselwirkungen und Machtasymmetrien verstanden und interpretiert werden. Eine solche Herangehensweise findet in der aktuellen Forschungslandschaft bisher nur vereinzelt statt, weshalb es noch immer häufig an Wissen zu den Wechselwirkungen und den Möglichkeiten ihrer politischen Adressierung mangelt. Es braucht daher verstärkt Forschung, die einerseits über die Grenzen von Disziplinen hinweg (interdisziplinär) und an den zentralen gesellschaftlichen Problemlagen ansetzend (transdisziplinär) neues Wissen schafft. Ein verstärkter und gezielter Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft sollte hierbei dazu beitragen, die zentralen Problemfelder zu bestimmen und entsprechende Wissensbedarfe zu formulieren. Hier sind aber ebenfalls die zivilgesellschaftlichen Akteure gefragt, ihre Perspektiven auf Ressourcenpolitik in diesem Sinne zu reflektieren. Auch in der zivilgesellschaftlichen Landschaft lässt sich feststellen, dass in vielerlei Hinsicht nur sehr punktuell Bezug auf eher spezifische ressourcenpolitische Aspekte genommen wird, ohne die Wechselwirkungen und Verflechtungen ausreichend zu berücksichtigen.

## 1.2 Akteurs- und Themenfeldmapping

Zu Beginn wurde das Themenfeld der Ressourcenpolitik grob aufgespannt. Abbildung 1 zeigt die verschiedenen Dimensionen und Diskursstränge innerhalb der Ressourcenpolitik und verortet den Diskurs um eine suffizienzbasierte Ressourcenstrategie.

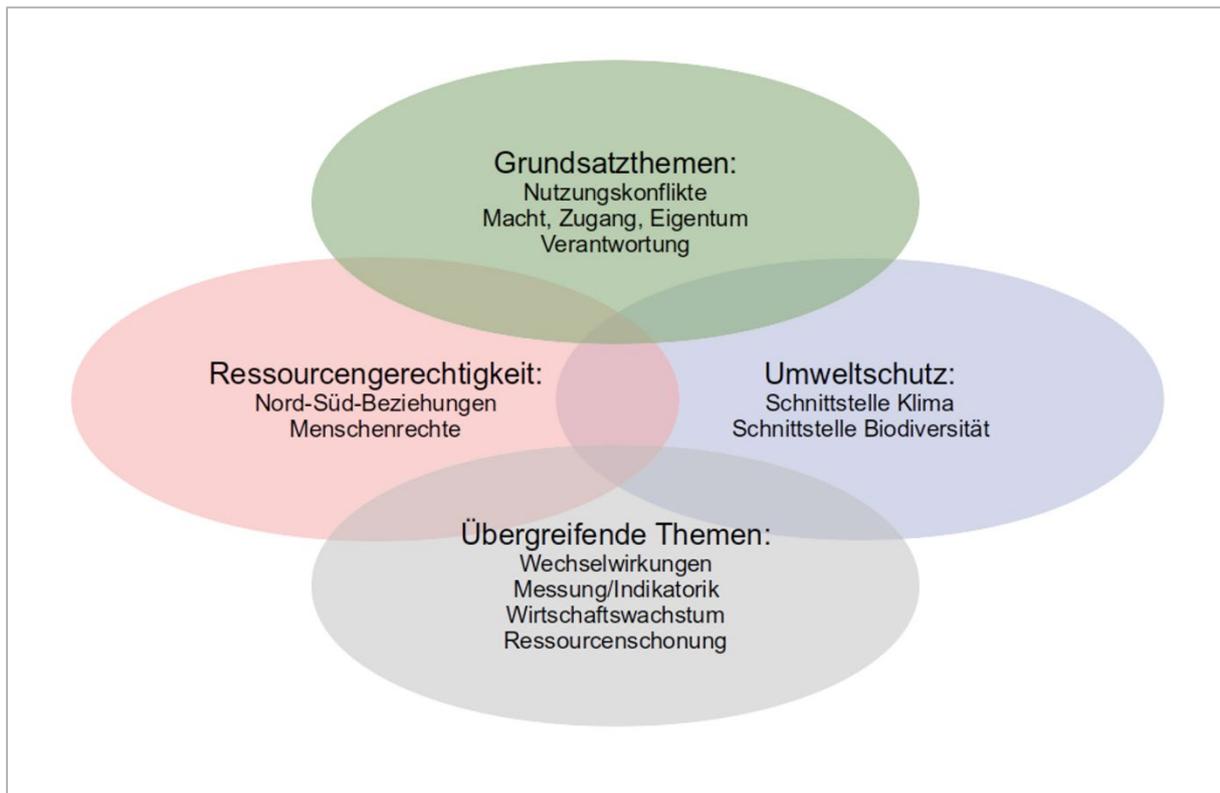
Abbildung 1: Die verschiedenen Diskursstränge der Ressourcenpolitik



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Durch das Projektteam wurden möglichst umfassend die zivilgesellschaftlichen und wissenschaftlichen Akteure identifiziert, die dem Themenfeld Ressourcenpolitik zugeordnet werden können und deren Einbindung für die Erreichung der Projektziele als relevant erachtet wurde. Für die zivilgesellschaftlichen Organisationen wurden Steckbriefe erstellt, anhand derer erste Themencluster ermittelt und in Form einer Matrix festgehalten wurden. Diese Themencluster (s. Abbildung 2) wurden als Grundlage für die Strukturierung des Themenfeldes Ressourcenpolitik während des ersten Workshops herangezogen.

**Abbildung 2: Themencluster einer suffizienzbasierten Ressourcenstrategie**

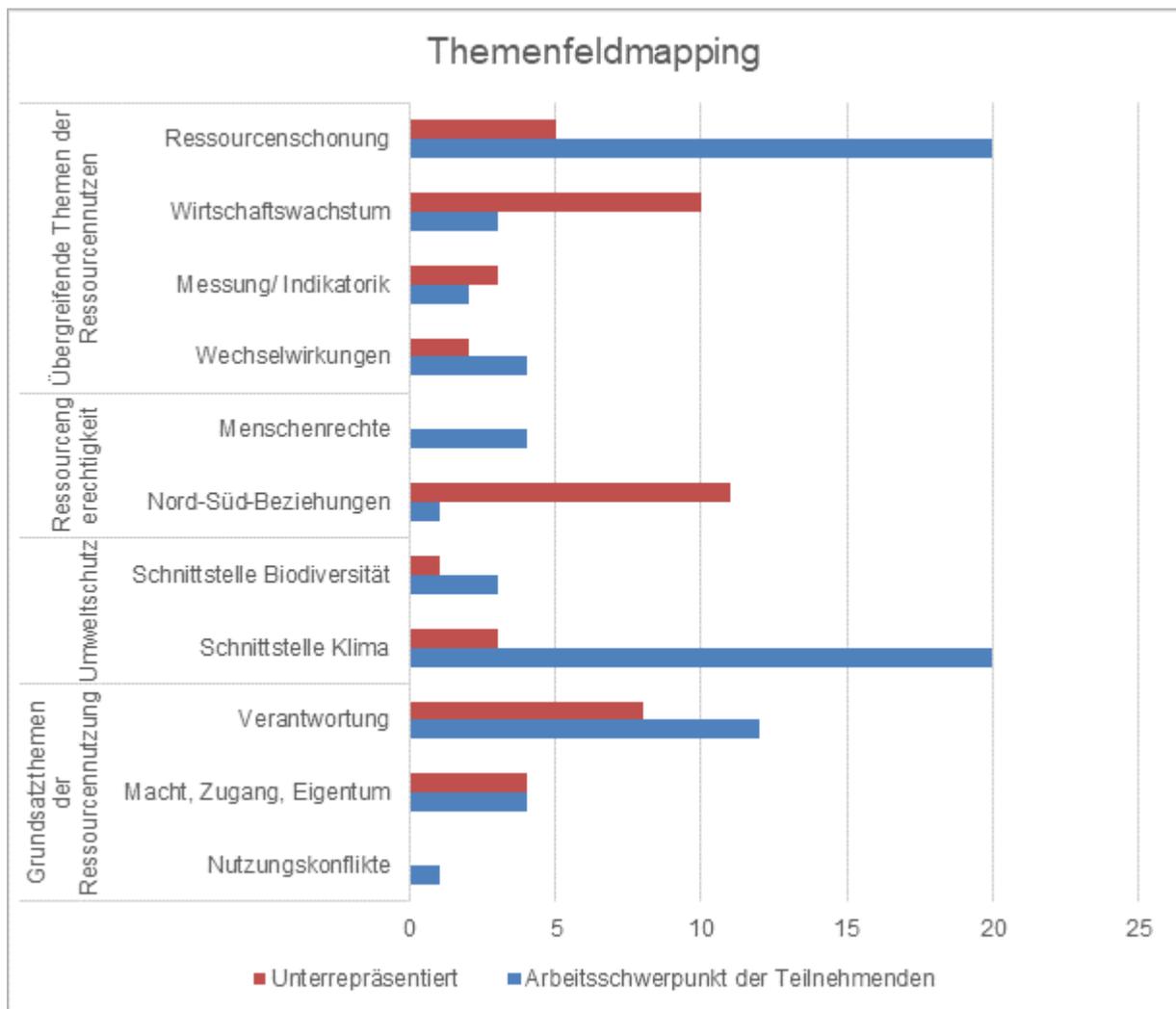


Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Die Teilnehmenden wurden gebeten, ihre jeweiligen Arbeitsschwerpunkte zu kennzeichnen und aus ihrer Perspektive unterrepräsentierte Themen zu markieren. Die in der Analyse identifizierten „Leerstellen in der ressourcenpolitischen Debatte“, die im Wesentlichen auf Grundlage einer Auswertung der jeweiligen Internetpräsenzen und zentraler Veröffentlichungen ermittelt wurden, wurden so mit den Einschätzungen der Teilnehmenden abgeglichen und überprüft. Abbildung 3 zeigt in welchen Themenclustern die Teilnehmenden des ersten Workshops ihre Arbeitsschwerpunkte haben und in welchen Themenclustern besonders viele unterrepräsentierte Unterthemen sind <sup>3</sup>.

<sup>3</sup> Eine detaillierte Matrix der Themenfelder ist unter: <https://www.ressourcenwende.net/themenfelder/> einzusehen.

**Abbildung 3: Arbeitsschwerpunkte der Teilnehmenden und unterrepräsentierte Themenfelder**



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

### 1.3 Website

Zu Beginn des Projektes lag ein Hauptaugenmerk auf der Konzeption und Entwicklung der Website [www.ressourcenwende.net](http://www.ressourcenwende.net). Zielsetzung war, die drei Komponenten Archivfunktion, Diskussionsplattform und Übersichtlichkeit zusammenzubringen. Die Schwierigkeit bestand vor allem darin, die zahlreichen und verschiedenartigen Inhalte miteinander zu verbinden, aber dabei eine klare Struktur zu wahren. Um dies zu gewährleisten, wurde eine Verschlagwortung zu Grunde gelegt. Durch diese wird eine Verknüpfung von Beiträgen aus verschiedenen Bereichen gewährleistet. Die Schlagworte werden kontinuierlich in der Metanavigation der Website mit angezeigt. Ebenso werden die identifizierten Themenfelder vielfach dargestellt, worüber eine weitere Verknüpfungsoption entsteht.

Bereits während des Entstehungsprozesses der Website wurden Inhalte erstellt, die für die konkrete gestalterische Arbeit benötigt wurden. Zum anderen bildeten die ersten Texte das Startrepertoire der Website. Dieses konnten teilweise schon während der Programmierung oder direkt im Anschluss eingepflegt werden. So waren bereits zum Launch der Website wichtige Inhalte verfügbar. Auf diesem Wege konnten auch frühzeitig noch vorhandene Fehler und Schwachstellen ermittelt und gemeinsam mit den Programmierer\*innen behoben werden. Zu den erarbeiteten und zusammengetragenen Inhalten zählen die erste Sammlung von

Publikationen und Veranstaltungen sowie der zugehörigen Teaser. Neben der Akquise von Blogbeiträgen wurde eine erste Übersicht über aktuelle politische Prozesse integriert sowie zahlreiche generelle Textbausteine erarbeitet. Zur Ausgestaltung der Website wurden thematisch passende Fotos und Abbildungen in einschlägigen Bilddatenbanken recherchiert.

Es wurden Wortgruppen und Schlagworte aus den Antworten gebildet, welche die Basis für einen strukturierten Aufbau der Website bilden. Im weiteren Projektverlauf gilt es, diese Wortgruppen weiter zu vereinheitlichen und zu verschlagworten. Ziel ist es, inhaltlich nah stehende Themenschwerpunkte und Synonyme einheitlich zu formulieren, um schneller erfassen zu können, wer alles zum gleichen Themenbereich arbeitet und so besser Synergien herzustellen. Beispielweise werden die Antworten „Lieferketten und Menschenrechte“, „Menschenrechte“, „Rohstoffhandel und Menschenrechte“ oder „Einhaltung der Menschenrechte bei Abbau und Handel“ unter die Bezeichnung „Menschenrechte bei Abbau und Handel“ zusammengefasst. Besonderheiten und Alleinstellungsmerkmal in den Themenschwerpunkten der einzelnen Organisationen bleiben dabei selbstverständlich erhalten. Aus diesen Schlagworten sollen sich künftig auch die Schlagworte für die Blogbeiträge bilden. So sollen zwischen den Blogbeiträgen und den Akteuren Verbindungen entstehen und gleich die Akteure im jeweiligen Arbeitsgebiet gefunden werden.

In allen Bereichen der Website, die durch Partizipation leben, wird dazu aufgerufen, neueste Publikationen, Veranstaltungen und Informationen zu melden und die Möglichkeit wahrzunehmen, diese auf der Website zu veröffentlichen. Dadurch hat sich die Website seit ihrer Veröffentlichung nach und nach gefüllt und weist aktuell eine beträchtliche Sammlung an Veröffentlichungen, Blog-Artikeln, Veranstaltungen, Akteuren und politischen Prozessen auf.

## **1.4 Kontaktaufnahme und Vernetzung**

Anhand der Rechercheergebnisse wurde eine erste Liste von thematisch relevanten Akteuren erstellt. Die ermittelten Organisationen und Institute wurden kontaktiert und um Angabe von Kontaktpersonen, ressourcenpolitisch relevanten Arbeitsfeldern und zugeordneten Projekten gebeten. Ebenfalls wurde die Zustimmung zur Veröffentlichung dieser Daten abgefragt. Die Antworten aus den Anfragen für das Akteursmapping wurden gesammelt und so aufbereitet, dass diese einfach in die Website eingepflegt werden konnten. Auch nach dem Launch der Website wird das Mapping regelmäßig ergänzt. Die Reaktionen auf unsere Anfragen waren durchweg positiv und zeigten ein großes Interesse an dem Netzwerk. Erfreulicherweise wurden von Anfang an viele Hinweise auf Publikationen und Veranstaltungen gegeben. Ebenso veröffentlichen viele Akteure regelmäßig Blogbeiträge auf der Website. Über Mailanfragen und telefonischen Kontakt wurden viele Akteure zu Beginn auf das entstehende Netzwerk aufmerksam gemacht und eingeladen sich an der Website und den Vernetzungsworkshops zu beteiligen.

## 2 Die Vernetzungworkshops

Eine zentrale Grundlage für die Workshop-Reihe bilden die Ergebnisse des Akteursmapping, der Interviews und der Recherche. Das Projektteam hat intensiv diskutiert, welche Akteure eingeladen werden sollen. Dazu wurde zunächst ein Workshop-Konzept erstellt, da dessen Ausrichtung, Aufbau und Zielstellung einen entscheidenden Einfluss auf die Zusammenstellung der Teilnehmenden hat. Es wurde entschieden, dass die drei vorgesehenen Workshops inhaltlich aufeinander aufbauen sollen, demzufolge war es wünschenswert, dass an allen drei Veranstaltungen in etwa die gleichen Teilnehmer\*innen partizipieren. Somit kam der Auswahl der Teilnehmenden eine besondere Bedeutung zu. Es wurde die Möglichkeit einer aktiven Mitgestaltung an der inhaltlichen Ausrichtung des zweiten und des dritten Workshops durch die Teilnehmenden (respektive die späteren Netzwerkmitglieder) gegeben. Ziel war es, die Workshop-Reihe attraktiver und interaktiver zu gestalten. In den Workshops wurde ein Verhältnis von 20 zivilgesellschaftlichen Organisationen zu 10 wissenschaftlichen Akteure angestrebt, da ein wichtiges Ziel das Empowerment der zivilgesellschaftlichen Organisationen im Bereich der Ressourcenpolitik war. Weiterhin wurde auf eine möglichst große Diversität bei der Auswahl der Teilnehmenden geachtet, so lag ein Augenmerk auf der Genderbalance, weitere Schwerpunkte lagen auf der ausgewogenen Verteilung von Senior und Junior Wissenschaftler\*innen, der Einbeziehung der internationalen und Menschenrechtsperspektive sowie einer Beteiligung relevanter Jugendorganisationen. Des Weiteren wurde durch die Einladung von kleineren und „Sparten“-Organisationen weitere Perspektiven abgebildet. Die Einbeziehung von Akteuren, wie dem Konzeptwerk Neue Ökonomie oder der Hamburger Stiftung für Wirtschaftsethik, die keine NGOs im klassischen Sinne sind, sollte zu einer möglichst integrierten Betrachtungsweise des Problemfeldes führen. Bei der Auswahl der Teilnehmenden wurde der Fokus auf hauptamtliche Akteure gelegt, da die personellen und zeitlichen Ressourcen von zivilgesellschaftlichen Organisationen extrem begrenzt sind und so die Chance höher ist, dass das Netzwerk auch nach Ende der Projektlaufzeit eigenständig weiterarbeiten kann.

### 2.1 Workshop I

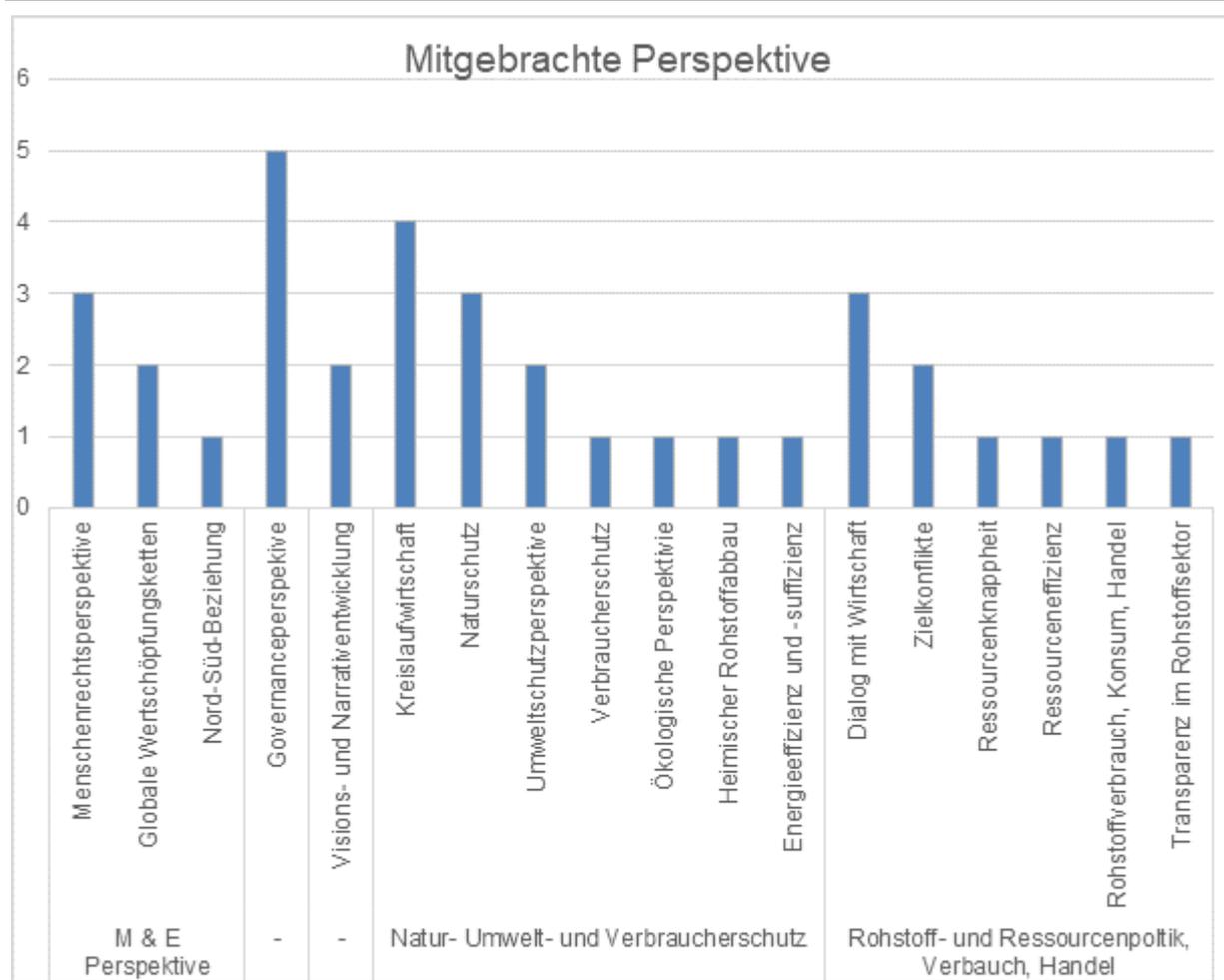
#### 2.1.1 Ablauf

Der erste Workshop fand am 12. November 2019 in der Bundesgeschäftsstelle des BUND in Berlin statt. Der inhaltliche Teil baut auf die Diskussion und Weiterentwicklung der Ergebnisse und Thesen aus den Interviews und der Recherche auf (s. Kap. 1.1.3)<sup>4</sup>. Etwa 35 Vertreter\*innen aus Zivilgesellschaft und Forschung haben diskutiert, dass wir eine radikale Ressourcenwende brauchen – also, dass eine sozial-ökologische Transformation einen konsequenten Kurswechsel bei der Nutzung und dem Verbrauch natürlicher Ressourcen erfordert. Ziel war es einen Netzwerkprozess anzustoßen. Abbildung 4 zeigt die thematischen Hintergründe und Perspektiven der Teilnehmenden.

---

<sup>4</sup> Die Tagesordnung des Workshops befindet sich im Anhang A.1

**Abbildung 4: Mitgebrachte Perspektiven der Teilnehmenden auf das Themenfeld Ressourcenpolitik**



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Doch wie könnte eine solche Ressourcenwende aussehen? Wie schaffen wir es, dass begrenzte Ressourcen global gerecht verteilt werden und dass Menschen auch noch in 100 oder 1000 Jahren eine Lebensgrundlage haben? Diese und weitere Fragen wurden diskutiert.

Aufbauend auf der Analyse, dass eine ausreichende Entkoppelung des Wirtschaftswachstums vom Ressourcenverbrauch global betrachtet bisher ausbleibt und es mehr als unsicher ist, ob sie jemals erreicht werden kann, waren sich die Teilnehmenden einig, dass die sofortige und absolute Senkung des Verbrauchs auf ein global gerechtes und ökologisch nachhaltiges Maß zentrales Ziel von Ressourcenpolitik sein muss. Gemeinsam wurden Herausforderungen und Wissenslücken identifiziert und erste Ideen für konkrete Ansatzpunkte entwickelt.

Neben Inputs über die Ergebnisse der vorbereitenden Kurzstudie des IÖW wurde sich im großen Plenum und in Kleingruppen dazu ausgetauscht, welche Herausforderungen, Leerstellen und Wissenslücken und Ansatzpunkte eine Ressourcenwende hat. Neben konkreten politischen Prozessen wie Progress III und die Novellierung der Rohstoffstrategie der Bundesregierung wurden auch Grundsatzfragen über Eigentum, Verteilung und Demokratisierungen diskutiert. Einig waren sich die Teilnehmenden darüber, dass es dafür die transdisziplinäre Zusammenarbeit braucht, um gemeinsam aus bereits bestehenden Forschungsergebnissen politische Forderungen zu entwickeln, Leerstellen zu identifizieren und diese mit Debatten und Forschungsfragen (auch aus der Zivilgesellschaft) zu füllen.

Insbesondere der Bedarf an einem systematischen Austausch zwischen Zivilgesellschaft und Forschung war bei beiden „Parteien“ sehr stark vorhanden. Im Workshop wurde damit begonnen die Hürden, Chancen und potenziellen Schnittstellen eines solchen Austausches zu identifizieren.

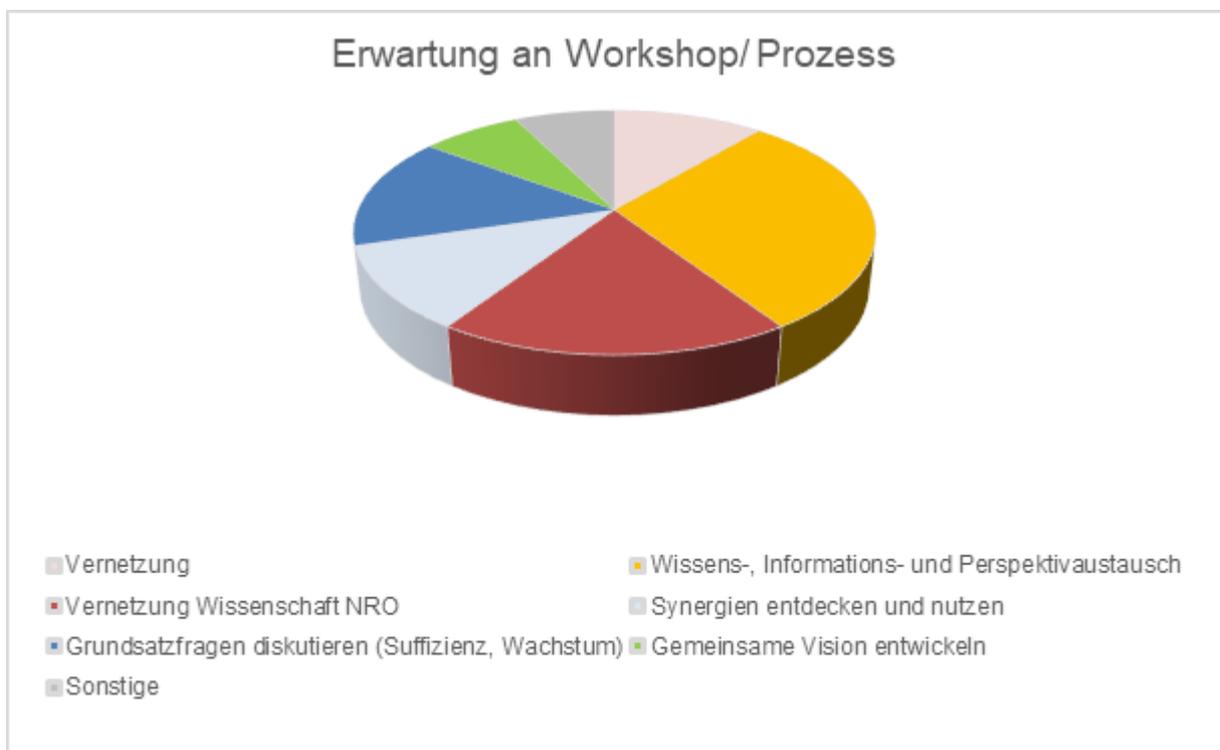
### 2.1.2 Zentrale Ergebnisse

Die Ergebnisse des ersten Workshops wurden detailliert aufbereitet und ausgewertet. Aufbauend auf den Ergebnissen wurden die weiteren Workshops konzipiert.

Die wichtigsten Ergebnisse waren:

- **Erwartung der Teilnehmenden:** Die meistgeäußerten Erwartungen an den Workshop waren die Vernetzung, der Austausch zwischen Wissenschaft und NGO und die Schaffung eines Raums für Grundsatzdebatten.

**Abbildung 5: Erwartungen der Teilnehmenden an den Workshop und den weiteren Prozess**



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

- **Inhaltliche Leerstellen:** Eine inhaltliche Leerstelle in der Arbeit der Anwesenden Akteur\*innen war beispielsweise der Themenkomplex der Ressourcengerechtigkeit. Insbesondere Macht, Zugang und Eigentum waren, im Zusammenhang mit Ressourcenpolitik, selten bearbeitete Themen. Außerdem hat sich gezeigt, dass sehr wenig zu der Schnittstelle Ressourcenverbrauch und Biodiversitätsverlust gearbeitet wird. Im Gegensatz zu den anderen identifizierten Lücken haben die Teilnehmenden hier jedoch auch einen geringen Bedarf gesehen.
- **Herausforderungen:** Insbesondere in der Diskursverschiebung von Einzelpersonen und Konsument\*innen hin zu systemischen Änderungen wurde eine große Herausforderung gesehen. Aber auch die Breite und Komplexität des Themenfeldes und die damit

einhergehende Berücksichtigung der Wechselwirkungen und Themenfeldstrukturierung ist hier zu nennen.

- ▶ **Wissenslücken:** Wissen fehlte den Teilnehmenden hinsichtlich einer Vision einer sozial gerechten und ökologisch nachhaltigen Ressourcennutzung. Darüber hinaus fehlen klare Bezugspunkte für absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs und eine Antwort auf die Frage, wie wir Verteilungsgerechtigkeit schaffen.
- ▶ **Ansatzpunkte:** Ein neues Narrativ für Suffizienz könnte ein Ansatzpunkt sein. Weitere Ansatzpunkte wurden darin gesehen, die Demokratisierung zu erhöhen, und Experimentierräume zu schaffen. Dabei wurde von den Teilnehmenden die Wichtigkeit unterstrichen, sowohl kurzfristige als auch langfristige Ziele und Maßnahmen zu adressieren. Ein Vorgehen könnte sein vom Ziel her zu denken. Als Instrumente wurden u. A. konkrete Caps, Verbote und Preispolitik genannt.
- ▶ **Wünsche an das Netzwerk:** Es wurde sich u. A. gewünscht, einen systematischen Austausch zwischen NGO und Forschung zu etablieren, gemeinsam Publikationen zu erstellen, Veranstaltungen zu planen und eine gemeinsame Vision zu entwickeln.

## 2.2 Workshop II

### 2.2.1 Ablauf

Am 09. Und 10. September 2020 fand der zweite Vernetzungsworkshop statt. Da eine Präsenzveranstaltung aufgrund der Pandemie nicht möglich war, wurde der Workshop digital durchgeführt und auf zwei Tage aufgeteilt. Insgesamt 25 Teilnehmende aus Zivilgesellschaft und Forschung diskutierten Schnittstellen der zukünftigen transdisziplinären Zusammenarbeit. Ein besonderer Fokus lag dabei auf der thematischen Strukturierung der weiteren Arbeit. Es ging um mögliche Transformationshebel einer Ressourcenwende, wie ökonomische Instrumente oder absolute Verbrauchsgrenzen und darum, wie weit sich daraus erste Forderungen ableiten lassen.

**Am ersten Tag** wurden die Ergebnisse der zwei Arbeitsgruppen, die sich nach dem 1. Workshop gegründet hatten, vorgestellt. Die erste Hälfte hat sich dabei auf den Themenbereich der transformativen Forschung und transdisziplinären Zusammenarbeit fokussiert. Franziska Mohaupt vom IÖW hat die Ergebnisse der im Netzwerk durchgeführten Umfrage vorgestellt (s. Kap. 5.15.1) und daraus Thesen abgeleitet, was sich in den jeweiligen Organisationen ändern sollte, um eine Zusammenarbeit zu verbessern. Anschließend hat Jan Freihardt von dem Buchprojekt Wissenschaft schafft Zukünfte seine Arbeit vorgestellt und die Ergebnisse der Umfrage kritisch eingeordnet. Im zweiten Teil des ersten Tages haben die Teilnehmenden in Kleingruppen die weitere Strukturierung und Fokussierung der Netzwerkarbeit diskutiert.

**Am zweiten Tag** hat Florian Zerzawy vom Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft einen Input zu ökonomischen Instrumenten im Ressourcenschutz gehalten. In Kleingruppen diskutierten die Teilnehmenden anschließend die Chancen und Grenzen ökonomischer Instrumente und ordneten die verschiedenen Optionen hinsichtlich ihrer Wirksamkeit und Erfolgchancen ein. Nach der Pause wurden in zwei thematischen Arbeitsgruppen die Themen des Vortags noch einmal aufgegriffen. Dabei ging es darum, erste Forderungen an die Forschungspolitik zu skizzieren und den Zusammenhang von sozialer Gerechtigkeit und

Ressourcenschutz zu diskutieren. An beiden Themen hat das Netzwerk im Anschluss weitergearbeitet. Dazu haben sich zwei Arbeitsgruppen gegründet<sup>5</sup>.

### 2.2.2 Zentrale Ergebnisse

Die Ergebnisse des zweiten Workshops wurden detailliert aufbereitet und ausgewertet. Aufbauend auf den Ergebnissen ersten und zweiten Workshops wurde der dritte Workshop konzipiert.

Hier werden nur die wichtigsten Ergebnisse stichpunktartig aufgeführt.

#### Tag 1

3. Welche strategischen Ansätze für eine Fokussierung der Arbeit des Netzwerkes ergeben sich?
  - a. Diskursverschiebung von Output- zu Input-Diskussion
  - b. Analog zur Klimadiskussion sollten auch bei anderen Ressourcen absolute Oberziele festgelegt werden. Hier ist die Gerechtigkeitsdebatte wichtig
  - c. Wechselwirkungen und Schnittstellen zwischen verschiedenen Bewegungen und Transformationen deutlich machen
  - d. Narrative und Diskurs in alle Bereiche und Ebenen tragen. Verbindung von Ressourcenkrise zu anderen Bereichen deutlich machen
4. Zu welchen Themen fehlt es noch an Wissen (und Akteur\*innen) im Netzwerk?
  - a. Wissenschaftlich fundierte Grundlagen werden gebraucht, um Vermeidungsziele zu formulieren
  - b. Ressourcennutzung und -abbau vor Ort
  - c. soziale Verbände und Arbeitnehmer\*innenvertretungen
5. Welchen (thematischen, fachlichen) Bedarf soll das Netzwerk im nächsten Jahr abdecken?
  - a. Verteilungsgerechtigkeit & soziale Gerechtigkeit
  - b. Suffizienz gesellschaftsfähig machen
  - c. positives Framing von ordnungsrechtlichen Instrumenten

#### Tag 2

1. Was sind die Chancen und Grenzen von ökonomischen Instrumenten und wie kann Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigt werden?
  - a. Was passiert mit dem über das Instrument eingenommenen Geld?
    - i) Denn von der Verwendung hängt die Akzeptanz ab. Es braucht eine größtmögliche Transparenz und die Einnahmen sollten ökologische Maßnahmen subventionieren.
  - b. Das Problem der Verteilungsgerechtigkeit ist kein alleiniges der ökonomischen Instrumente, sondern besteht auf allen Ebenen. Das eigentliche Problem dahinter heißt Armut, das auf allen Ebenen angegangen und beachtet werden muss.
6. Lässt sich ein bestimmtes ökonomisches Instrument (bzw. ein Instrumentenbündel) priorisieren?
  - a. Vorschlag: Fokus des Netzwerkes auf Abschaffen der umweltschädlichen Subventionen.
  - b. Instrument sind nicht alleinig entscheidend, alle haben Vor- und Nachteile; wichtig ist, wie es kommuniziert wird.
  - c. Primärbaustoffsteuer erfüllt viele Voraussetzungen: setzt auf der Inputseite an, ist leicht umsetzbar und adressiert einen großen Stoffstrom. Der Nachteil ist, dass es realpolitisch kaum umsetzbar ist. Auch hier muss sichergestellt werden, dass sich Wohnen nicht verteuert

---

<sup>5</sup> Die Tagesordnung des Workshops befindet sich im Anhang A.2.

- d. Produktressourcensteuer ist theoretisch gut möglich, besonders im Bau- und Automobilssektor. Umsetzung ist schwer, da es ein sehr komplexes Nachweissystem über verwendete Ressourcen benötigt

## 2.3 Workshop III

### 2.3.1 Ablauf

Der dritte und letzte Vernetzungsworkshop des Netzwerk Ressourcenwende fand am 05.05.2021 digital statt. Moderiert und illustriert wurde er von [Tanja Föhr](#)<sup>6</sup>.

**Am Vormittag** hat Dr. Nadja Salzborn (Umweltbundesamt) die Arbeiten des UBA hinsichtlich eines Ressourcenschutz-Stammgesetzes vorgestellt. Nach zwei einordnenden Kommentaren von Rebecca Tauer (WWF Deutschland) und Prof. Dr. Anja Hentschel (Hochschule Darmstadt) wurde in der Diskussion, in Kleingruppen, Fragen, Hürden und Handlungsmöglichkeiten eines Ressourcenschutz-Stammgesetzes besprochen. Es wurde die Frage diskutiert, ob die Forderung nach einem Ressourcenschutz-Stammgesetz eine gemeinsame Forderung des Netzwerkes werden kann. Aufbauend auf den Ergebnissen wurde ein weiteres Treffen zu diesem Thema in der zweiten Jahreshälfte 2021 durchgeführt.

**Am Nachmittag** ging es um das Thema soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz. Nachdem das Thema auf dem zweiten Workshop 2020 aufgeworfen wurde, hatte sich eine Arbeitsgruppe gegründet, welche an dem Thema weitergearbeitet hat. Die Arbeitsgruppe hat ein Diskussionspapier geschrieben, welches im September 2021 veröffentlicht wurde (s. Kap. 4.4). Da es zum Zeitpunkt des Workshops noch nicht final vorlag, wurde der Themenkomplex anhand des aktuellen Beispiels „Bauen und Wohnen“ betrachtet. Dazu hat Rouzbeh Taheri von der Kampagne [Deutsche Wohnen und Co. enteignen](#) berichtet und Michael Wicke von der Petition [BauwendeJETZT!](#). Anschließend wurde diskutiert, wie sich die beiden Themen besser verbinden lassen und welche Potentiale eine Kampagne wie die DWenteignen für den Ressourcenschutz und die Petition BauwendeJETZT! für die soziale Gerechtigkeit bietet.

### 2.3.2 Zentrale Ergebnisse

Die Ergebnisse des zweiten Workshops wurden detailliert aufbereitet und ausgewertet. Hier werden nur die wichtigsten Ergebnisse stichpunktartig aufgeführt.

Zunächst wurde jedoch die bisherige Arbeit des Netzwerkes noch einmal rekapituliert. Ein Teil davon wurde in Abbildung 6 per Graphic Recording festgehalten.

---

<sup>6</sup> Die Tagesordnung des Workshops befindet sich im Anhang A.3

Abbildung 6: Stand des Netzwerks vor dem dritten Vernetzungsworkshop



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR; FÖHR -Agentur für Innovationskulturen

### Ressourcenschutz-Stammgesetz

Im deutschen Umweltrecht fehlt es an einer ausdrücklichen Normierung von konkreten Ressourcenschutzzielen, denn obwohl es punktuelle Regelungen gibt und stellenweise die Bildung eines Ressourcenschutzrechtes begonnen hat, existiert kein konsistenter Rechtsrahmen. Die Herausforderungen für ein solches Vorhaben sind der Querschnittscharakter, das Mehrebenensystem, die Vielzahl an potenziellen Regelungen und Akteuren, die Regelungs- und Zielkonflikte und die Umsetzbarkeit bzw. Operationalisierung. Erste Vorschläge und Regelungsideen für ein Stammgesetz wurden im Dezember 2013 veröffentlicht<sup>7</sup>. Ein Stammgesetz allgemein funktioniert wie ein Dach über mehreren Fachrechten, die sich im Fall der Ressourcen entlang der Wertschöpfungskette aufteilen:

- ▶ Gewinnung → Berg- und Planungsrecht
- ▶ Verarbeitung → Anlagenrecht
- ▶ Nutzung → Produktrecht (z.B. Vermeidung von Obsoleszenz)

<sup>7</sup> <https://www.umweltbundesamt.de/publikationen/positionspapier-ressourcenschutzrecht>

- ▶ Abfall à Kreislaufwirtschaftsrecht (z.B. Thema der Produktverantwortung)
- ▶ + übergreifend das Infrastrukturrecht und das Umweltverträglichkeitsrecht

### Diskussion

In der Diskussion wurden in Kleingruppen mit Ausblick des Koalitionsvertrages der nächsten Bundesregierung Fragen, Hürden und Handlungsmöglichkeiten eines Ressourcenschutz-Stammgesetzes besprochen. Als Chance wurde das Ergebnis des Bundesverfassungsgerichts bezüglich des Klimaschutzgesetzes gesehen, denn die Klimaziele sind ohne eine konsequente Ressourcenwende nicht erreichbar.

Abbildung 7: Die Ergebnisse der Kleingruppendiskussion zum Ressourcenschutz-Stammgesetz



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR; FÖHR -Agentur für Innovationskulturen

### **Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz am Beispiel Bauen und Wohnen:**

Der Bausektor und insbesondere die Zementherstellung sind verantwortlich für große Mengen an Emissionen, mineralischen Rohstoffverbrauch, Abfallaufkommen und Energiebedarf. Da die graue Energie eines Gebäudes vergleichsweise hoch ist, ist die Instandhaltung von langstehenden Gebäuden nachhaltiger als der Bau eines neuen Gebäudes. Zusätzlich weisen recyclinggerechte Konstruktionen geringere Gesamtkosten als konventionelle auf.

Die Gemeinwirtschaft bzw. die Vergesellschaftung bildet die Grundlage der Initiative „Deutsche Wohnen und Co. enteignen“. Es wurde darauf hingewiesen, dass Vergesellschaftung nicht mit einer Verstaatlichung gleichzusetzen ist und die Unkenntnis über diesen Unterschied Skepsis in der Zivilgesellschaft auslöst. Eine interdisziplinäre und systematische Zusammenarbeit mit der Ressourcenpolitik fehlt. Oft werden die ökologische und die soziale Dimension noch gegeneinander ausgespielt. Die energetische Modernisierung fördert bspw.

Mieterhöhungsmöglichkeiten und dies kann und wird von Unternehmen als Hebel benutzt.

Deutsche Wohnen & Co. Enteignen nennt verschiedene Alternativen dafür:

- ▶ Dämmung nur dort, wo es Heizkosten spart, nur mit ökologischen verträglichen Materialien und finanziert aus allgemeinen Überschüssen
- ▶ Energieerzeugung in Kooperation mit lokalen Stadtwerken
- ▶ ein größerer Bestand an vergesellschafteten Wohnungen
- ▶ durch die Gemeinwirtschaft im Wohnungsbereich eine Gemeinwirtschaft im Energiebereich

### Diskussion

Wichtige Ergebnisse der Diskussion zur Verbindung von Ressourcenschutz, sozialer Gerechtigkeit und der Lebensrealität der Menschen:

- ▶ Verlegung von Haushaltsaufgaben, wie Wäsche waschen, in den öffentlichen Raum statt privatem Besitz einer Waschmaschine
- ▶ eine Vergesellschaftung kann auch zur Akzeptanzsteigerung von sozial-ökologisch notwendigen Transformationen beitragen (Synergieeffekte)
- ▶ Beitrag zur Stadterhaltung und den zwischennachbarlichen Verhältnissen
- ▶ Vergesellschaftung bietet einen Ansatzpunkt um Suffizienzkonzepte umzusetzen
- ▶ Wichtige Hebel sind: Leerstand beenden und Bestand erhalten
- ▶ die Verpflichtung, die aus Eigentum entsteht
- ▶ Die mit der Vergesellschaftung einhergehende Demokratisierung des Wohnungsmarktes bietet die Chance, den Sektor an den Bedürfnissen der Menschen auszurichten

Darauf aufbauend wurde im Netzwerk anschließend an den Schwerpunkten Bauen und Wohnen und Ressourcenschutzgesetz weitergearbeitet (s. Kap. 4.5 und Kap. 4.3). Außerdem hat sich das Netzwerk Ressourcenwende weiter mit dem Thema der sozialen Gerechtigkeit im Ressourcenschutz beschäftigt (Kap. 4.4).

Zum Abschluss des letzten Vernetzungsworkshops wurde abgefragt, was die Teilnehmenden in Zukunft von dem Netzwerk erwarten.



### 3 Die Fachgespräche

Der BUND verfügt über ein großes Netzwerk an Menschen, die in BUND-Bundesarbeitskreisen und dem zugehörigen wissenschaftlichen Beirat organisiert sind. Hier sind insbesondere die Bundesarbeitskreise „Abfall und Rohstoffe“ sowie „Wirtschaft und Finanzen“ zu nennen. Diese treffen sich regelmäßig und laden auch externe Expert\*innen zu ihren Veranstaltungen ein. Zur Verzahnung des bereits bestehenden Netzwerks an Expert\*innen und Aktiven im BUND mit dem Netzwerk Ressourcenwende und zur optimalen Ausnutzung von Synergien hat der BUND-Bundesarbeitskreis „Abfall und Rohstoffe“ zwei Fachgespräche veranstaltet. Zu diesen wurden Expert\*innen aus dem Netzwerk als Referent\*innen eingeladen. Außerdem setzte sich der Teilnehmendenkreis aus BUND-Funktionsträger\*innen und Teilnehmenden der Vernetzungworkshops zusammen.

#### 3.1 Fachgespräch: Resource use caps – Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch absolute Grenzen – Hürden und Herausforderungen

##### **Eine Zusammenfassung der Diskussionen zum Fachgespräch um Ansätze und Herausforderungen in der absoluten Senkung des Ressourcenverbrauchs durch Resource Caps.**

Die fehlenden Erfolge und falschen Strategien im Ressourcenschutz hängen maßgeblich damit zusammen, dass eine einheitliche und fundierte Zielsetzung in Form von absoluten Obergrenzen für den Verbrauch von Ressourcen fehlt. Diese Obergrenzen haben das Potenzial, Orientierung für entsprechend konsequente politische Handlungsansätze zu geben. Das zweiteilige virtuelle Fachgespräch des Bundesarbeitskreises „Abfall und Rohstoffe“ des BUND setzte genau hier an. In einer Mischung aus Inputs und gemeinsamen Diskussionen wurde die Thematik am 12 und 13. Mai 2020 beleuchtet. Ziel war es, den aktuellen Stand der Forschung abzubilden, die Positionierung der Zivilgesellschaft zu schärfen und weiteren Forschungsbedarf herauszuarbeiten<sup>8</sup>.

Die Inputs erfolgten aus wissenschaftlicher Perspektive und gaben Einblicke in aktuelle Forschungsprojekte. Ein erstes Input-Referat von Dr. Martin Hirschnitz-Garbers vom Ecologic Institut widmete sich der Frage, warum es absoluter Obergrenzen bedarf und wo die Herausforderungen liegen. Dr. Monika Dittrich vom Institut für Energie- und Umweltforschung stellte erste Zwischenergebnisse des Projektes „Vorstudie zu Ansätzen und Konzepten zur Verknüpfung des Planetare-Grenzen-Konzepts mit der Inanspruchnahme von abiotischen Rohstoffen/Materialien“ vor<sup>9</sup>. Der zweite Teil des Fachgesprächs wurde mit dem Vortrag zum Thema „Orientierungs- und Zielwerte für einen nachhaltigeren Einsatz natürlicher Ressourcen“ von Prof. Dr. Stefan Brinzezu von der Uni Kassel eingeleitet. Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt von der Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik widmete sich in seinem Vortrag den „grundlegenden Governance-Fragen einer integrierten Umweltproblemlösung durch Caps bzw. Mengensteuerung“. Die Teilnehmenden des Fachgesprächs diskutierten, aufbauend auf den Vorträgen jeweils in Kleingruppen, wie eine Deckelung des Ressourcenverbrauchs erfolgen soll und wie diese Forderung kommuniziert werden kann.

<sup>8</sup> Die Tagesordnung befindet sich im Anhang B.1

<sup>9</sup> Weitere Infos zu dem Projekt finden sich unter: <https://www.ifeu.de/projekt/konzeptstudie-planetare-grenzen/>

## **Warum braucht es Obergrenzen?**

Der Ressourcenverbrauch ist im Verlauf des 20. Jahrhunderts enorm angestiegen und hat sich allein von 1970 bis heute vervierfacht. Die Nutzung von Ressourcen und explizit der Abbau und die Weiterverarbeitung bringen vielfach Umweltschäden mit sich und heizen die Biodiversitäts- und Klimakrise weiter an. Die Ressourcenentnahme und –weiterverarbeitung ist für ca. 50 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen und für über 90 Prozent des Biodiversitätsverlustes verantwortlich (IRP, 2019). Hinzu kommt, dass das Erreichen der globalen nachhaltigen Entwicklungsziele zu einem großen Teil direkt, aber auch indirekt von der Ressourcennutzung (negativ) beeinflusst wird.

In der Regel ist es jedoch schwer, eine explizite Kausalkette zwischen einer entnommenen Menge an Ressourcen und den jeweiligen Folgen (bspw. Umweltauswirkungen, Biodiversitätsverlust etc.) herzustellen. So entsteht eine Ungewissheit über die Folgen des Ressourcenverbrauchs. Da die Folgen nicht genau abschätzbar sind, muss deshalb aus dem Vorsorgeprinzip heraus der Ressourcenverbrauch gedeckelt werden.

Neben dem Vorsorgeprinzip in Bezug auf die Umweltauswirkungen hilft eine Deckelung des Ressourcenverbrauchs, die globale Gerechtigkeit zu fördern. Der Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch ist global sehr unterschiedlich verteilt. Der Globale Norden verbraucht schon jetzt ein Vielfaches an Ressourcen, die nachhaltig zur Verfügung ständen. Ebenso werden die negativen Auswirkungen der Ressourcennutzung des Globalen Nordens auf Umwelt und Menschen des Globalen Südens verlagert.

Für eine absolute Reduktion braucht es einen Dreiklang aus Effizienz, Konsistenz und Suffizienz. Für Suffizienzansätze braucht es absolute Verbrauchsgrenzen und somit ein Ziel, an dem sich der gesamte Instrumentenmix zur Ressourcenschonung ausrichten kann. Eine Definition solcher Deckel oder Grenzwerte kann außerdem dazu führen, den Handlungsdruck auf die Politik zu erhöhen. Absolute Obergrenzen verdeutlichen den noch zur Verfügung stehenden „Bremsweg“ und geben so eine indirekte Orientierung über den Umfang der nötigen Transformation.

Ein Hindernis ist sicherlich, dass eine derartige Ressourcenwende massive Einschnitte in unsere Art zu leben und zu wirtschaften bedeutet. Explizit muss dieser Schritt – die Deckelung des Ressourcenverbrauchs – gesellschaftlich vermittelt werden. Dies bedeutet, langfristige Strategien zu entwickeln, um einen Wertewandel herbeizuführen und ein nötiges Bewusstsein zu schaffen. Auch wenn eine solche langfristige Strategie Erfolg versprechend ist, bewegt sie sich nicht im nötigen Zeitfenster. Die Ressourcenkrise und damit die Klima- und Biodiversitätskrise machen schnelles Handeln erforderlich. Die Deckelung des Ressourcenverbrauchs bewegt sich also in einem Spannungsfeld von einerseits gesellschaftlichem Dialog und Demokratie und andererseits schnellen, umfänglichen und wirksamen Maßnahmen.

## **Was deckeln?**

Nicht nur ist die Debatte um absolute Obergrenzen schwer zu implementieren und zu vermitteln. Auch die Berechnung bzw. konkrete Benennung einer Obergrenze ist nicht trivial und wird wissenschaftlich kontrovers diskutiert. Grundvoraussetzung ist die Erkenntnis, dass Obergrenzen nicht global starr sind, sondern an regionale Begebenheiten angepasst sein müssen und somit der historisch gewachsenen Ungerechtigkeit Rechnung tragen. Die Obergrenzen können für einzelne Stoffe, Stoffgruppen oder den Materialverbrauch pro Person gesetzt werden. Gruppenspezifische Obergrenzen oder eine Obergrenze im Materialverbrauch pro Person haben den Vorteil, dass keine Einzelstoffe substituiert werden und der Ressourcenverbrauch verlagert wird.

Es ist möglich, für einzelne Rohstoffe bestimmte Budgets festzulegen. Dabei stellt sich immer wieder die Frage, woran ein solches Budget gemessen werden kann. So spielen – wie oben bereits beschrieben – Endlichkeit und Bedarf sowie die globale Verteilung des Verbrauchs eine entscheidende Rolle, aber auch die jeweiligen (Umwelt-)Auswirkungen der Ressourcenentnahme und -nutzung. Eine Obergrenze für die Nutzung einer Ressource kann gesetzt werden, in dem das Konzept der planetaren Grenzen angewendet wird. Wie wirkt sich die Entnahme auf den Süßwasserhaushalt aus oder welchen Beitrag hat die Entnahme und Nutzung auf die Treibhausgasemissionen? Die Ansätze sind vielfältig und aus vielen Blickwinkeln Erfolg versprechend. Um jedoch spezifische und nachhaltige Obergrenzen festzulegen, braucht es dringend eine Weiterentwicklung in der jeweiligen Indikatorik und ein konsequentes Monitoring des Verbrauchs und dessen Auswirkungen. Was im Kontext der Forschung im Bereich der Indikatorik noch wichtiger ist: es braucht politischen Willen, die entwickelten Indikatoren als Grundlage für politisches Handeln zu nutzen. Dafür muss gesellschaftlicher Druck aufgebaut werden.

Einen Ansatz der Indikatorik bot Prof. Dr. Bringezu in seinem Input über den Fußabdruck, der sich aus Nutzung oder Verbrauch von Ressourcen ergibt. Wird produziert und konsumiert, entstehen daraus Umweltbelastungen. Der Impact wirkt auf vier Bereiche: biotische und abiotische Materialien, Land, Wasser und Luft. Ein Vorteil dieser Indikatorik ist, dass die vier Fußabdrücke in bestehende Umweltmanagementsysteme wie das europäische EMAS (Eco Management and Audit Scheme) integriert werden könnten.

### **Wie soll gedeckelt werden?**

Die menschliche Gesellschaft braucht einen Grundbedarf an Ressourcen, um zu überleben und damit alle Menschen sich frei entfalten können. Das heißt, ein Ressourcenmanagement, das dieser Tatsache Rechnung trägt, muss die stoffliche Versorgung weiterhin gewährleisten. Diese Gewährleistung muss so gestaltet sein, dass der Input an Ressourcen unter einem kritischen Niveau bleibt. Die Herstellung von Stoffkreisläufen, die Wiederverwendung und Wiederverwertung von Ressourcen sowie das Umstellen der Energieversorgung auf eine erneuerbare Basis senkt den Input an Ressourcen, ohne dass die menschliche Gesellschaft in ihrem Bestehen gefährdet ist. Das Ressourcenmanagement muss zusätzlich so gestaltet sein, dass es auf verschiedenen Ebenen ansetzt und wirkt. Auf der Mikroebene adressiert das Management Ökosysteme wie Wälder oder einzelne Betriebe. Auf der Makroebene hingegen muss ein entsprechendes Management auf Verbände, Regierungen und internationale Bündnisse wirken. Die jeweiligen Ziele des Ressourcenmanagements müssen zum einen von den verschiedenen Akteur\*innen angewendet werden können. Zum anderen müssen die Ziele richtungssicher sein, d.h. eindeutig in Bezug auf abgeleitete Maßnahmen sein.

### **Kommunikation der Deckelungsforderung**

Auch wenn vielfach die Politik als Rahmen setzende und handelnde Instanz adressiert wird, ist es wichtig, alle Menschen und die gesamte Gesellschaft in den Prozess, den eine Deckelung des Ressourcenverbrauchs anstößt, einzubeziehen. Weder ein autoritärer, grüner Staat noch ein grüner Kapitalismus ist der Weg, Nachhaltigkeit und soziale Gerechtigkeit in Einklang zu bringen. Ein entscheidender Faktor, um eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs zu erreichen, ist es, eine neue Erzählung, eine neue Vision für ein gutes Leben zu entwickeln und zu kommunizieren, welches im Einklang mit den Nachhaltigkeitszielen und den planetaren Grenzen steht. Diese positive Vision muss so kommuniziert werden, dass sie alle Teile der Gesellschaft erreicht, diese anspricht und von allen Teilen umgesetzt wird. Dafür bedarf es nicht nur einer simplen Form der Kommunikation abseits von Fachdiskursen, sondern auch praktischer Beispiele. Außerdem ist ein gegenseitiger Perspektivwechsel nötig. Nur über diesen

Perspektivwechsel ist es möglich, uns von einer moralisch überlegenen Position zu befreien und Kontakt zu weiteren Menschen aufzubauen – also eine bestimmte Anzahl an Menschen für eine ökologischere und sozialere Welt und für die Ressourcenwende zu mobilisieren. Darüber hinaus lässt uns ein Perspektivwechsel positive Effekte für jeweilige Gruppen und Menschen erkennen, die spezifisch vermittelt werden können. Neben der Kommunikation einer positiven Vision müssen auch die Szenarien vermittelt werden, die auf uns zukommen, wenn wir am Status quo festhalten. Eine ansprechende Alternative ist der Schlüssel.

### **Fazit**

Die Entwicklung von Obergrenzen für den Ressourcenverbrauch ist nicht nur notwendig, sondern auch machbar. Es existieren schon viele Ansätze, aus denen – auch wenn sie noch nicht alle vollständig ausgereift sind und weiter erforscht werden müssen – schon Handlungsmöglichkeiten abgeleitet werden können. Die große Schwierigkeit besteht in der entsprechenden Vermittlung und Umsetzung von Maßnahmen, die nicht nur symbolischer Natur sind, sondern wirken. Um einen grundsätzlichen Wandel im Verständnis von Wohlstand und Lebensqualität sowie in der Produktion kommen wir dabei nicht herum. Aller Suffizienzstrategien zum Trotz muss jede menschliche Gesellschaft Ressourcen nutzen, um zu überleben. Der Input an Ressourcen kann jedoch durch eine zirkuläre Wirtschaft stark reduziert werden. Der Rahmen zur Etablierung einer Kreislaufwirtschaft sowie Effizienz und Konsistenz sind damit weiter auszubauen.

Wenn wir von Obergrenzen im Ressourcenverbrauch sprechen, müssen wir diese nicht nur regional festlegen, sondern die globalen Auswirkungen betrachten. So haben Obergrenzen in den rohstoffverarbeitenden Ländern des Globalen Nordens ungewisse Auswirkungen auf die rohstoffabbauenden Länder des Globalen Südens. Hier stellt sich die Frage, ob überhaupt im Globalen Süden entsprechende Grenzen nötig sind, da hier der Pro-Kopf-Ressourcenverbrauch weit unter dem Niveau des Globalen Nordens liegt. Die große Herausforderung, die Ressourcengerechtigkeit global herzustellen, gelingt uns nicht bevormundend, sondern nur, indem wir die selbstgewählten Forderungen der Menschen des Globalen Südens aufnehmen und berücksichtigen.

## **3.2 Fachgespräch: Wege aus dem regulativen Flickenteppich – ein neuer rechtlicher Rahmen für den Ressourcenschutz**

### **Hintergrund:**

Welche Maßnahmen sind zu treffen, um bestehende rechtliche Regulierungen so zu vereinheitlichen, dass sie systematisch auf Ressourcenschutz - d.h. absolute Begrenzung des gegenwärtigen Verbrauchs - ausgerichtet sind? Das zweite Fachgespräch des Bundesarbeitskreises Abfall und Rohstoffe fand am 15. Juni 2022 digital statt und bot Menschen aus Verband, Forschung und Zivilgesellschaft die Möglichkeit, sich fachlich und strategisch zu dieser Frage auszutauschen. Die Veranstalter\*innen griffen damit ein Thema auf, welches bereits auf dem dritten Ressourcenwende-Vernetzungsworkshop im Mai 2021 besprochen wurde. Mit dem Antritt der Ampel-Regierung hat sich die politische Lage in Sachen Ressourcenschutzrecht aber noch einmal wesentlich verbessert. Der Koalitionsvertrag enthält ein Bekenntnis zur Senkung des primären Rohstoffverbrauchs und betont die Notwendigkeit, den bestehenden Rechtsrahmen anzupassen. Diese, von der Regierung eher vage formulierten, Zielsetzungen, gilt es zeitnah mit Leben zu füllen und zivilgesellschaftlich darüber zu beraten, wie ein neuer Rechtsrahmen den Weg in Richtung absolute Verbrauchsreduktion ebnen kann.

**Ablauf:**

Das Fachgespräch war in einen Vormittags- und einen Nachmittagsblock mit jeweils zwei fachlichen Inputs unterteilt<sup>10</sup>. Am Vormittag lag der Schwerpunkt auf den Möglichkeiten der Vereinheitlichung der aktuell meist quer zueinander liegenden ressourcenschutzrechtlichen Regulierungen. Nach einem Grußwort von **Volker Molthan (Vorsitzender BAK Abfall und Rohstoffe)** eröffnete **Prof. Dr. Anja Hentschel (Hochschule Darmstadt)** den Vormittag mit ihrem Vortrag zum Thema: „Auf dem Weg zu einem Ressourcenschutzgesetz?!“. Darin stellte sie das ambitionierte Projekt eines Ressourcenschutz-Stammgesetzes vor. Dieses wäre – nach dem Vorbild des Klimaschutzgesetzes – in der Lage die zentralen für den Ressourcenschutz relevanten Grundsätze und Ziele zu definieren. Deren fachspezifische Konkretisierung bliebe jedoch weiterhin den bereits existierenden Fachgesetzen überlassen (z.B. Bergrecht, Anlagenrecht, Abfallrecht, Baurecht). Ein erster Entwurf eines solchen Stammgesetzes wurde von Anja Hentschel und Alexander Roßnagel im Rahmen eines UBA-Projektes zwischen 2014 und 2018 erarbeitet und könnte als Grundlage für den weiteren politischen Prozess dienen. Um diesen Prozess weiter voranzubringen, bräuchte es jedoch noch einer grundlegenden Abstimmung darüber, wie Ressourcen zu definieren sind und welche konkreten, stoffgruppenspezifischen Ziele es zu verfolgen gilt. Einen Anstoß zu dieser Debatte lieferte der zweite Vortrag von **Bettina Bahn-Walkowiak (Wuppertal-Institut)** zum Thema: „Anhand welcher Indikatoren kann und sollte Ressourcenschutz gesetzlich verankert werden?“ Ihr Vortrag verschaffte den Teilnehmer\*innen einen grundlegenden Überblick über zentrale Indikatoren sowie deren Hintergründe. Ebenso wurde deutlich, dass es bei einer weiteren Definition des Ressourcenbegriffs verschiedene Indikatoren bräuchte, die aber nicht alle gleichermaßen entwickelt sind. Beispielsweise wird der Indikator für Gesamtmaterialverbrauch (TMC) seit 2010 nicht mehr gemessen, wäre aber am besten in der Lage, alle ökologisch relevanten Materialflüsse abzubilden (Im Gegensatz zum RMC Indikator, der nur den Rohstoffverbrauch ohne indirekte Materialflüsse misst). Der Vormittag schloss mit zwei Kleingruppendiskussionen je Thema und der Vorstellung der Diskussionsergebnisse im Plenum ab.

Nachdem am Vormittag über das ambitionierte Projekt eines zivilgesellschaftlich initiierten Ressourcenschutzgesetzes beraten wurde, lag der Fokus am Nachmittag auf aktuellen Prozessen zur Änderung des Fachrechts sowie deren Bedeutung für den Ressourcenschutz. Exemplarisch ging es dabei um die geplante „Modernisierung des Bergrechts“ sowie das Europäische Lieferkettengesetz. **Dirk Teßmer (BUND, AK Recht)** stellte zunächst in seinem Vortrag die Ergebnisse eines UBA-Projektes zur ökologisch-nachhaltigen Rohstoffversorgung vor. Dabei ginge es u.a. darum, den Gesetzeszweck des aktuell einseitig auf Rohstoffabbau ausgerichteten Bergrechts zu ändern sowie bestehende Vergabe- und Genehmigungsprozesse zu reformieren. Zum Abschluss sprach **Johanna Sydow (Germanwatch)** zum „Reduktionspotential des Europäischen Lieferkettengesetzes“. In ihrem Vortrag hob sie das Potential umweltbezogener Sorgfaltspflichten hervor, die eine zentrale Neuerung gegenüber dem deutschen Lieferkettengesetz darstellen. Wenn auf diese Weise etwa Wasser oder Biodiversität zu eigenen Schutzgütern erklärt würden, kann das potenziell zum Ressourcenschutz beitragen, indem Primärbergbau teurer und die Nutzung von Sekundärrohstoffen dadurch attraktiver wird. Auf die beiden Vorträge am Nachmittag folgte noch einmal eine Diskussionssitzung in Kleingruppen sowie ein Abschluss im Plenum.

---

<sup>10</sup> Die Tagesordnung des Fachgesprächs findet sich in Anhang B.2

### **Zentrale Ergebnisse:**

Die am Nachmittag geführten Gespräche verdeutlichten noch einmal, dass die reine Änderung des Fachrechts an ihre Grenzen stößt, solange es noch keine grundlegende Definition ressourcenschutzrechtlicher Grundsätze gibt. Beispielsweise wird der Rohstoffbedarf in den bergrechtlichen Genehmigungsverfahren gegenwärtig von den Unternehmen selbst definiert. Für konsequenten Ressourcenschutz müsste der Bedarf aber an absoluten Obergrenzen ausgerichtet sein. Dafür bräuchte es eine systematische Regulierung in Form eines Ressourcenschutzgesetzes. Das Fachgespräch konnte dazu beitragen, den Teilnehmer\*innen die Vorzüge einer solchen Regulierung nahezubringen. Es bestand weitgehend Einigkeit darüber, dass es eine Vereinheitlichung des Rechtsrahmens braucht, parallel dazu aber ebenso auf die Reformprozesse im Fachrecht eingewirkt werden müssen. Zentrale Hürden auf dem Weg hin zu einer eventuellen Kampagne für ein Ressourcenschutzgesetz sind der bislang noch zu abstrakte Charakter des Themas sowie die Unklarheit in Bezug auf grundlegende Begriffsdefinitionen und Indikatoren. Diese und andere Fragen sollen im Rahmen der AG Ressourcenschutzgesetz des Netzwerks Ressourcenwende weiter ausgeführt werden. Dabei kann ein erster Schritt die Veröffentlichung eines gemeinsamen Policy Briefs zum Ressourcenschutzgesetz sein.

## 4 Die Inhaltliche Arbeit des Netzwerkes

Nachfolgend werden die inhaltlichen Aktivitäten des Netzwerkes zusammengefasst. Dabei wird an den jeweiligen Stellen auf Veröffentlichungen und Produkte verwiesen.

### 4.1 Das Selbstverständnis

In einem ersten Schritt wurde durch das Netzwerk Ressourcenwende ein Selbstverständnis erarbeitet. Dieses wurde von einer Arbeitsgruppe formuliert und auf dem zweiten Workshop vorgestellt und angenommen. Es soll als gemeinsame ideelle Arbeitsgrundlage dienen und Außenstehenden aufzeigen, wofür das Netzwerk steht und neuen Akteuren erleichtern dem Netzwerk beizutreten. Das Selbstverständnis wurde an zentraler Stelle auf der Website veröffentlicht und lautet wie folgt:

„Wir sind ein Zusammenschluss von Akteur\*innen aus Zivilgesellschaft und Wissenschaft im deutschsprachigen Raum. Wir setzen uns für eine global und generationsübergreifend gerechte Ressourcennutzung im Rahmen der ökologischen Belastungsgrenzen ein. Dabei orientieren wir uns am Prinzip der Suffizienz. Das bedeutet, die oftmals verschwenderische Ressourcennutzung des globalen Nordens auf ein sozial-ökologisch verträgliches Maß zu reduzieren. Wir wollen einen Ort des systematischen, offenen und transdisziplinären Austausches schaffen und gemeinsam wichtige Querschnitts- und Grundsatzthemen bearbeiten und daraus sachlich fundierte Forderungen ableiten.“

#### Unsere Ziele

1. Wir wollen Rahmenbedingungen und Instrumente identifizieren, welche für eine generationsübergreifende und global gerechte Ressourcenpolitik sowie für eine Reduzierung des absoluten Ressourcenverbrauchs notwendig sind.
2. Wir wollen langfristig eine ganzheitliche, d.h. die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche umfassende, Vision und ein positives Bild entwickeln, wie eine global gerechte und sozial und ökologisch nachhaltige Ressourcennutzung aussehen kann.

#### Unsere Grundsätze

- ▶ Wir wollen, dass der Zugriff auf und die Nutzung von Ressourcen daran ausgerichtet wird, weltweit, heute und zukünftig globale Gerechtigkeit und ein gutes Leben für alle zu erreichen.
- ▶ Wir wollen, dass historische und aktuelle Ausbeutungsverhältnisse sichtbar gemacht und abgebaut werden.
- ▶ Wir wollen Perspektiven von denjenigen einbeziehen, die von unserem Ressourcenverbrauch negativ betroffen sind. In der Auseinandersetzung wollen wir sensibel mit bestehenden strukturellen Machtunterschieden umgehen und diese berücksichtigen.
- ▶ Wir gehen davon aus, dass es für eine sozial gerechte und ökologisch vertretbare Ressourcennutzung in Deutschland (und der EU) ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum braucht.
- ▶ Wir gehen davon aus, dass dafür unsere Produktions- und Konsummuster sowie zugrundeliegende (Macht-)Strukturen hinterfragt und verändert werden müssen und dass es in diesem Zusammenhang grundlegende Veränderungen des institutionellen Gefüges bezüglich Eigentum, Zugang und Demokratisierung braucht.“

## 4.2 Ressourcenschutzziele

### 4.2.1 Studie "Absolute Reduktion der Ressourcennutzung. Vorreiter Niederlande – Ein Vorbild für Deutschland?":

In den Workshops wurde eine essenzielle Lücke im ressourcenpolitischen Diskurs identifiziert: Das Fehlen von quantifizierbaren absoluten Ressourcenschutzzielen. Nach dem Fachgespräch zu diesem Thema haben der DNR und der BUND sich entschieden, eine Kurzstudie dazu in Auftrag zu geben. Für die Ausschreibung wurden insbesondere die im Netzwerk geknüpften Kontakte genutzt.

Hintergrund ist der Folgende: Die Niederlande haben in ihrem Kreislaufwirtschaftspaket 2016 festgeschrieben, bis 2050 eine vollständige Kreislaufwirtschaft zu etablieren. Das Ziel ist "eine Wirtschaft ohne Abfall, in der sich alles um wiederverwendbare Rohstoffe dreht."

Wichtiges Etappenziel ist 2030: Bis dahin soll die Nutzung von abiotischen Primärrohstoffen – Mineralien, fossile Rohstoffe und Metalle – um 50 Prozent reduziert werden. In aktuellen umweltpolitischen Debatten um Ressourcenschonung werden die Niederlande aufgrund dieser absoluten Reduktionsziele oft als positives Beispiel genannt. Doch sind sie das auch? Und wenn ja, was bedeutet das für Deutschland?

In der Studie untersuchte das Ecologic Institut die niederländischen Ziele und die Vision für eine Kreislaufwirtschaft. Sie beleuchteten die Entwicklung, Struktur und Umsetzung des niederländischen Kreislaufwirtschaftsprogramms und die damit verbundenen politischen Prozesse, einschließlich des Monitoring-Programms. Die Autor\*innen identifizierten auch einige Defizite des Programms. Abschließend bewerteten die Autor\*innen, welche Teile des Programms auf Deutschland übertragen werden könnten.

Aus ihrer Analyse destillierten die Autor\*innen fünf Kernelemente und Empfehlungen:

- ▶ **Akteure zusammenbringen:** Die Niederlande involvieren eine Vielzahl relevanter Akteure, um einen Konsens zu erreichen, Hindernisse und Chancen zu berücksichtigen und Unterstützung zu sichern.
- ▶ **Oberziel und Meilensteine definieren:** Die Niederlande haben eine Vision für die angestrebte zirkuläre Wirtschaft entwickelt. Sie haben langfristige Ziele und Etappenziele (2030) festgelegt. Diese werden fortlaufend konkretisiert und operationalisiert.
- ▶ **Wichtige Rohstoffkreisläufe bestimmen und Transformationsagenden erarbeiten:** In breiten Bündnissen wurden Transformationsagenden erarbeitet. Vom Ziel einer "vollständigen Kreislaufwirtschaft" abgeleitet, wurden Schritte und Maßnahmen für die Kreislaufführung von fünf Bereichen (Biomasse und Ernährung, Plastik, verarbeitende Industrie, Konsumgüter, Bausektor) erarbeitet.
- ▶ **Rückkopplung und Monitoring:** Das Programm bzw. die Maßnahmen werden fortlaufend kontrolliert und angepasst. Das "Arbeitsprogramm zur Überwachung und Evaluation der Kreislaufwirtschaft 2019-2023" liefert Informationen über Ressourcennutzung und deren Auswirkungen sowie über die Politikmaßnahmen und den Prozess.
- ▶ **Gesetzlich regeln:** Mittelfristig sollte die Transformation verstärkt gesetzlich (Steuern und Subventionen; Regulierung; Standardisierung) beschleunigt werden. Dies schafft Anreize und Planbarkeit für Unternehmen und gesellschaftliche Akteure.

Die Studie findet sich hier: <https://www.ressourcenwende.net/publikationen/absolute-reduktion-des-ressourcenverbrauchs-vorreiter-niederlande-ein-vorbild-fuer-deutschland/>

#### **4.2.2 Policy Brief: Ressourcenschutzziele zur absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs**

Am 15.04.2021 wurden die Studienergebnisse dem Netzwerk präsentiert. Aufbauend auf den Ergebnissen der Workshops, des Fachgesprächs und der Kurzstudie wurde gemeinsam diskutiert, welche Forderungen an die Politik sich daraus ableiten. Anschließend wurde im Netzwerk Ressourcenwende ein Policy Brief<sup>11</sup> erarbeitet.

Der Ressourcenverbrauch und die daraus resultierenden negativen Auswirkungen für Mensch und Natur sind extrem ungleich verteilt. Die bisherigen politischen Maßnahmen wie das Kreislaufwirtschaftsgesetz oder das Ressourceneffizienzprogramm haben nicht zu einer Senkung des Verbrauchs geführt.

Eine konsequente Ressourcenwende ist daher der wichtigste Hebel zur Überwindung von Verteilungsungerechtigkeit, Klimakrise und zum Schutz der biologischen Vielfalt. Deshalb appellieren in diesem Policy Brief 15 zivilgesellschaftliche Organisationen an die Bundesregierung, Ressourcenschutzziele für abiotische und biotische Primärrohstoffe festzulegen.

Dies sind die beiden darin formulierten Hauptforderungen:

1. Bis 2050 muss die Nutzung von abiotischen Primärrohstoffen auf maximal 6 Tonnen pro Person und Jahr reduziert werden. Dazu ist als Zwischenziel, ähnlich wie in den Niederlanden, eine Reduzierung von mindestens 50 Prozent bis 2030 nötig.
2. Bis 2050 muss die Nutzung biotischer Primärrohstoffe auf maximal 2 Tonnen pro Person und Jahr reduziert werden.

Der Policy Brief wurde Anfang Juni 2021 veröffentlicht und über den Newsletter des Netzwerkes verschickt. Außerdem wurde er von den beteiligten Organisationen direkt an ihre jeweiligen politischen Kontakte geschickt.

#### **4.3 Ressourcenschutzgesetz**

Ein Ergebnis des dritten Vernetzungsworkshops war die Erkenntnis, dass es im deutschen Umweltrecht an einer ausdrücklichen Normierung von konkreten Ressourcenschutzziele fehlt. Denn obwohl es punktuelle Regelungen gibt und stellenweise die Bildung eines Ressourcenschutzrechtes begonnen hat, existiert kein konsistenter Rechtsrahmen. Aufbauend darauf hat sich eine Arbeitsgruppe gegründet, die das Thema weiter diskutiert hat. Der Fokus lag dort bei der Fragestellung, ob die Forderung nach einem Ressourcenschutzgesetz vom gesamten Netzwerk getragen wird.

Als erste Ergebnisse sind verschiedene Veröffentlichungen und Aktivitäten entstanden, in denen das Thema Ressourcenschutzgesetz aufgegriffen wird:

- In einem Appell zu den Koalitionsverhandlungen 2021 forderten der BUND, das Netzwerk für nachhaltiges Wirtschaften B.A.U.M. unterstützt von vielen Mitgliedern des Netzwerk Ressourcenwende, dass Ressourcenschutz umfassend im Koalitionsvertrag verankert

---

<sup>11</sup> Der Policy Brief „Ressourcenschutzziele zur absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs“ ist online abrufbar unter: <https://ressourcenwende.net/ressourcenschutzziele>

werden muss. Dort heißt es unter anderem, dass „es einen konsequenten regulativen Rahmen“ braucht. Die Organisationen fordern, dass „vergleichbar mit dem Klimaschutzgesetz [...] ein Gesetz auf den Weg gebracht werden [muss], mit dem übergeordnete Ressourcenschutzziele und stoffgruppenspezifische Unterziele gesetzlich verankert werden“<sup>12</sup>.

- ▶ Das Forum Umwelt und Entwicklung hat die Idee auf Anregen des Netzwerk Ressourcenwende in ihre Publikation „Gesetze für die Nachhaltigkeit – Vorschläge für die 20. Legislaturperiode“ aufgenommen<sup>13</sup>.
- ▶ Das zweite Fachgespräch des BUND Bundesarbeitskreis Abfall und Rohstoffe hat sich unter dem Titel „Wege aus dem regulativen Flickenteppich – ein neuer rechtlicher Rahmen für den Ressourcenschutz“ weiter mit dem Thema beschäftigt (s. Kap. 3.2).
- ▶ Das Aktionsforum Bioökonomie hat sich mit einem Aufruf an die Verhandler\*innen der Koalitionsgespräche 2021 gewandt, in welchem es die „Einführung eines neuen Ressourcenschutz-Stammgesetzes für die Bioökonomie“ fordert. Dieser Appell kam u. A. wegen der personellen Überschneidungen aus Aktionsforum und Netzwerk Ressourcenwende zustande. In einem 2022 veröffentlichten Positionspapiers des Aktionsforums, wurden die Forderung wiederholt<sup>14</sup>.

#### 4.4 Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz

Nach dem zweiten Workshop im September 2020 hat sich eine Arbeitsgruppe im Netzwerk Ressourcenwende gegründet, welche sich mit dem Thema der sozialen Gerechtigkeit im Ressourcenschutz befasst. Ca. 10 Mitarbeitende aus Forschung und Zivilgesellschaft haben sich seitdem regelmäßig in Videokonferenzen dazu ausgetauscht. Erstes Ziel war es die Ergebnisse in einem Diskussionspapier zu veröffentlichen. Denn zwischen Globalem Süden und Norden wie auch innerhalb von Gesellschaften ist der materielle Wohlstand extrem ungleich verteilt und kommt ärmeren und weniger privilegierten Bevölkerungsteilen nur sehr zeitverzögert zugute. Aktuell besitzen gerade einmal ein Prozent der Menschheit 45,9 Prozent des globalen Vermögens, während die ärmere Hälfte der Bevölkerung nicht einmal ein Prozent besitzt.

Materieller Wohlstand ist dabei nicht mit Wohlergehen gleichzusetzen, denn auch im Globalen Norden gibt es ein wachsendes Prekariat, steigende psychische Belastung, die Zunahme von „Bullshit-Jobs<sup>15</sup>“, zunehmende Vereinzelung und immer weniger Teilhabe. Weltweit steigt die Zahl der Menschen, die an Depressionen erkranken, rasant an. Zudem wachsen der Niedriglohnsektor und die Ungleichheit auch in Gesellschaften des Globalen Nordens stetig.

Der Fakt, dass der Erdüberlastungstag in Deutschland weit früher im Jahr erreicht wird als im globalen Durchschnitt, zeigt eindrucksvoll, dass Ressourcen im Hinblick auf Zugang, Kontrolle und Verbrauch global extrem ungerecht verteilt sind. Dies ist der Hauptgrund für die immer noch existierende große Armut an einigen Orten der Welt. Weltweit betrachtet fußt der materielle Wohlstand des Globalen Nordens auf der Ausbeutung von Natur und Arbeitskraft des Globalen Südens. Gut 20 Prozent der Weltbevölkerung eignen sich aktuell ca. 80 Prozent der Weltressourcen an, während gleichzeitig ca. 75 Prozent der armen Weltbevölkerung in den

<sup>12</sup> Der Appell findet sich unter: <https://www.bund.net/service/presse/pressemitteilungen/detail/news/organisationen-fordern-ressourcenschutz-muss-umfassend-im-koalitionsvertrag-verankert-werden/>

<sup>13</sup> Die Publikation findet sich hier: <https://www.forumue.de/gesetze-fuer-nachhaltigkeit/>

<sup>14</sup> Das Positionspapier findet sich hier: <https://denkhausbremen.de/ukraine-krieg-und-die-folgen-fuer-die-biooekonomie/>

<sup>15</sup> Ein *Bullshit Job* ist Lohnarbeit, die vollständig sinnlos, unnötig oder sogar schädlich ist. Oft können die Beschäftigten selbst die Existenz der Beschäftigung nicht rechtfertigen, auch wenn Arbeitsbedingungen sie oft dazu zwingen dies nicht zuzugeben.

rohstoffreichen Ländern des Globalen Südens leben. Dabei stehen historisch gewachsene Unterdrückungs- und Ausbeutungsverhältnisse, die vor allem auf den (Neo-)Kolonialismus zurückzuführen sind, einer gerechten Nutzung von Ressourcen im Weg.

Aber auch im Globalen Norden ist die Ressourceninanspruchnahme sehr ungleich verteilt und stark einkommensabhängig. Lohnabhängige, also Menschen, die häufig nicht viel mehr als ihre Arbeitskraft besitzen, die sie verkaufen können, um ihre Bedürfnisse zu befriedigen, verbrauchen im Schnitt deutlich weniger Ressourcen. Oft handelt es sich dabei zudem um Menschen aus Einwandererfamilien oder People of Color, die in erheblich stärkerem Maße unter den negativen Folgen der Ressourcennutzung leiden, als weiße, nicht lohnabhängige Menschen, die für den größten Teil des Ressourcenverbrauchs verantwortlich sind. Beispielsweise sind ärmere und migrantisch geprägte Bevölkerungsgruppen viel stärker von Lärm, Feinstaub oder hohem Verkehrsaufkommen betroffen, weil städtischer Wohnraum an stark befahrenen Straßen günstiger ist. Ähnlich verhält es sich bei Landnahmen und Umsiedlungen. All dies wirkt sich negativ auf die Lebensqualität und langfristig auf die Lebenserwartung aus. Dieses Problem wird mit dem Begriff des Umweltrassismus beschrieben, weil diese Ungerechtigkeiten durch rassistische Strukturen aufrechterhalten und verstärkt werden.

Die bestehende soziale Ungleichheit muss daher bei allen Forderungen nach einem ökologischen Ressourcenumgang bedacht werden, damit sie den Verteilungskonflikt nicht zusätzlich verschärfen und Menschen mit großem materiellem Wohlstand und Ressourcenverbrauch nicht verhältnismäßig weniger in die Pflicht nehmen. Denn effektive sozial-ökologische Politik kann nur mit einer Reduzierung von Ungleichheit und Umverteilung erfolgreich sein.

Ein aktueller Oxfam-Bericht zeigt zudem, dass die gesamte CO<sub>2</sub>-Einsparung in der EU zwischen 1990 und 2015 den Europäer\*innen mit niedrigen und mittleren Einkommen zuzurechnen ist. Die reichsten 10 Prozent der Europäer\*innen haben ihren CO<sub>2</sub>-Ausstoß hingegen gesteigert. Über ein Drittel dieser Emissionen ist deutschen Gutverdiener\*innen zuzurechnen. Da der Ressourcenverbrauch ein Haupttreiber hinter den Treibhausgasemissionen ist, ist hier ein ähnlicher Trend anzunehmen.

Die Ressourcenkrise ist also im Kern eine Verteilungskrise. Um die Planetaren Grenzen zu wahren, muss der Ressourcenverbrauch drastisch reduziert werden. Die zentralen Fragen sind: Wer muss den Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren? Und wie können begrenzte Ressourcen gerecht verteilt werden?

Das Diskussionspapier<sup>16</sup> versucht eine Debatte anzustoßen in dem es, die Probleme des aktuellen Ressourcenverbrauchs umreißt, schlaglichtartig einige Ansatzpunkte und Positivbeispiele beleuchtet und daraus ein Fazit zieht. Im Oktober 2021 wurde das Papier öffentlich vorgestellt und diskutiert.

2022 wurde innerhalb des Netzwerk Ressourcenwende und mit weiteren Akteuren eine dreiteilige Veranstaltungsreihe dazu geplant und angefangen umzusetzen.

Die erste Veranstaltung fand am 09. Mai 2022 unter dem Titel: „Thematische Vertiefung“ statt. Sie widmete sich den im Diskussionspapier angerissenen Ansätzen für eine sozial und ökologisch gerechte Ressourcenwende. Schwerpunkt des Online-Workshops war es, das Verhältnis dieser Ansätze untereinander genauer zu bestimmen. Dazu wurden zwei zentrale inhaltliche Achsen (Gemeinwohlorientierung durch Begrenzung, Gemeinwohlorientierung durch Demokratisierung) definiert, dazu passende Referenten eingeladen und die Themen in Kleingruppen diskutiert. Prof. Dr. Ingo Uhlig (IKEM, MLU Halle-Wittenberg) gab zunächst einen

---

<sup>16</sup> Das Diskussionspapier „ Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz findet sich unter: [www.ressourcenwende.net/soziale-gerechtigkeit](http://www.ressourcenwende.net/soziale-gerechtigkeit)

Input zum Thema „Suffizienzulturen: Neue Perspektiven zwischen Politik und Praxis“. Im weiteren Verlauf sprachen dann Max Wilken und Justus Henze (Communia e.V.) zum Thema: „Welche Eigentumsordnung für die sozial-ökologische Transformation?“ Ein Ergebnis des Workshops war die Erkenntnis, dass es für eine erfolgreiche Ressourcenwende wichtig ist, private Suffizienz mit einer Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge zu verbinden. Konkrete politische Maßnahmen müssten also darauf abzielen, eine gute und allen Menschen zugängliche Infrastruktur für eine ressourcenschonende Lebensweise bereitzustellen.

Diese Gedanken nahm die zweite Veranstaltung der Reihe auf. Sie trug den Titel: „Öffentliche Mobilität für eine sozial-gerechte Ressourcenwende“ und fand am 04. Juli 2022 ebenfalls digital statt. Die zuvor eher allgemein geführten Debatten wurden hier auf ein konkretes Politikfeld - namentlich Mobilität bzw. Verkehr - zugespitzt. Ausgehend von der Anfangsdiagnose, dass der motorisierte Individualverkehr ein wesentlicher Treiber der Ressourcenkrise ist, wurden drei konkrete politische Maßnahmen diskutiert, welche zu einer Stärkung öffentlicher Mobilitätsformen gegenüber dem privaten PKW beitragen. Knut-Sören Steinkopf (Ver.di) sprach über die Notwendigkeit für bessere Arbeitsbedingungen im ÖPNV und warb dafür, sich an der Tarifrunde Nahverkehr 2024 zu beteiligen. Sabine Sommer (BUND Hamburg) sprach darüber, wie über eine Erhöhung der Regionalisierungsmittel die finanzielle Ausstattung des ÖV verbessert werden kann. Schließlich hielt Carl Waßmuth (Bahn für alle) ein Plädoyer für eine gemeinnützige und bürger\*innennahe Bahn.

Nachdem die ersten beiden Veranstaltungen der Reihe „soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz“ den Fokus hatten, das Papier thematisch zu vertiefen und im Hinblick auf ein Politikfeld zu konkretisieren, soll in der noch anstehenden dritten Veranstaltung der Kontakt mit politischen Entscheider\*innen gesucht werden. Dafür ist ein Parlamentarisches Frühstück in der Planung, welches voraussichtlich im Januar 2023 stattfinden wird. Außerdem werden die ersten Ergebnisse der Veranstaltungsreihe am 1. Oktober 2022 im Rahmen der Bits & Bäume Konferenz vorgestellt und mit einem breiteren Publikum diskutiert.

## **4.5 Sozial-ökologische Wohn- und Bauwende**

Aufbauend auf dem dritten Vernetzungsworkshop ist aus dem Netzwerk Ressourcenwende ein Zusammenschluss aus 14 Organisationen entstanden. Das Bündnis aus Sozialverbänden, Umweltschutzorganisationen und Akteuren der Bau- und Wohnwirtschaft fordert eine sozial-ökologische Wohn- und Bauwende.

Forderung nach Klimaschutz und mehr bezahlbarem Wohnraum, werden politisch häufig gegeneinander ausgespielt. Dem wollte sich das Bündnis entschieden entgegenstellen und zeigen, dass die zivilgesellschaftlichen Akteure die sozialen und ökologischen Herausforderungen im Bereich Wohnen und Bauen zusammendenken und dass sie das auch von der Bundespolitik erwarten.

Vorausgegangen war eine Workshopreihe, in welcher die Akteure die verschiedenen Herausforderungen diskutiert haben. Ein Augenmerk lag dabei auf den (scheinbaren) Kontroversen zwischen sozialer und ökologischer Perspektive. Ziel war es, Lösungen zu finden und eine gemeinsame Positionierung zu erarbeiten.

Das Forderungspapier „Wir brauchen eine sozial-ökologische Wohn- und Bauwende“<sup>17</sup> gliedert sich in die drei Bereiche: Mietenpolitik – Wem gehört die Stadt?, Modernisierungs- und Baupolitik und Stadtplanung, Stadtnatur und ländlicher Raum. Für jeden dieser Bereiche hat das

---

<sup>17</sup> Das Forderungspapier des Bündnisses findet sich unter: [www.ressourcenwende.net/bauwende](http://www.ressourcenwende.net/bauwende)

Bündnis eine Vision der Wende formuliert. Jeder Vision ist eine Forderung zugeordnet, welche durch detaillierte und konkrete Teilforderungen untermauert wird.

- ▶ **Vision:** Alle Menschen wohnen auf genug Raum, zu leistbaren Preisen und können sicher dort bleiben. Wohnraum wird für die Menschen, die ihn nutzen geplant, verwaltet und gebaut. Er ist keine Ware und kein Spekulationsobjekt.
- ▶ **Forderung:** Mieter\*innen haben ein Anrecht auf genug bezahlbaren, ökologischen und sicheren Wohnraum. Die Politik muss dieses Anrecht gewährleisten. D.h. Wohnraum muss gemeinwohlorientiert verwaltet und geplant werden.
- ▶ **Vision:** Alle Gebäude in Stadt und Land sind klimafreundlich und umweltschonend. Sie werden flächen- und ressourcensparend genutzt und es wird so wenig wie möglich neu gebaut.
- ▶ **Forderung:** Bestehende Gebäude müssen, unter Beachtung der Bezahlbarkeit für Mieter\*innen, klima- und ressourcenfreundlich werden. Es darf nur so wenig und so sozial-ökologisch wie möglich Neubau geben
- ▶ **Vision:** Städte sind Orte für alle Menschen mit wenig Verkehr, guter Infrastruktur, Begegnungsflächen, vielen Grünflächen und Natur. Ländliche Regionen sind lebendig, haben wenig Leerstand und sind gut angebunden.
- ▶ **Forderung:** Städte müssen sozial & ökologisch gestaltet und geplant werden. Ländliche Regionen müssen gefördert werden

## 5 Die transdisziplinäre und transformative Arbeit des Netzwerks

Die Extraktion von Rohstoffen, die Weiterverarbeitung zu Konsum- und Gebrauchsgütern in internationalen Wertschöpfungsketten, die Nutzung bzw. der Verbrauch und die Entsorgung sind häufig mit ökologischen, sozialen und politischen Problemen und aktuellen globalen Krisen verbunden. Transformative Forschung soll Wissen und Lösungsansätze liefern, um diesen Krisen zu begegnen. Das **Projekt Ressourcenwende** hat Akteur\*innen der Wissenschaft und der Zivilgesellschaft zusammengebracht mit dem Ziel, transdisziplinäre Forschung für eine Ressourcenwende zu fördern. Das Projektteam ist mit Personen aus BUND, DNR und IÖW transdisziplinär besetzt. Über Befragungen und Workshops im und mit dem Netzwerk Ressourcenwende hat das Projektteam hierfür Ansätze entwickelt.

Das **Netzwerk Ressourcenwende** möchte Rahmenbedingungen und Instrumente identifizieren, welche für eine generationsübergreifende und global gerechte Ressourcenpolitik sowie für eine Reduzierung des absoluten Ressourcenverbrauchs notwendig sind. Dafür möchte es eine ganzheitliche, d.h. die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche umfassende, Vision entwickeln, wie eine global gerechte und sozial und ökologisch nachhaltige Ressourcennutzung aussehen kann (siehe dazu ausführlich Kap. 4.1). Indem es Forschungsfragen formuliert, gemeinsame Projekte entwickelt und aufbauend auf bei den Mitgliedern vorhandenem und über das Netzwerk generiertem Transformationswissen Ressourcenpolitik aktiv mitgestaltet, besitzt das Netzwerk damit Potenzial, transformativ zu wirken.

Dieses Kapitel fasst die Erkenntnisse der im Projekt Ressourcenwende durchgeführten Befragungen und Workshops für interessierte Personen aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammen und liefert Antworten auf folgende Fragestellungen:

- ▶ Was verstehen die angesprochenen Akteure [Wissenschaftler\*innen der angewandten Nachhaltigkeitsforschung – und Mitarbeiter\*innen von Zivilgesellschaftlichen Organisationen mit Umwelt- und Nachhaltigkeitsfokus] unter den Begriffen transformative Forschung und transdisziplinäre Zusammenarbeit?
- ▶ Welche Aufgaben und Rollen schreiben die Akteure ihrer eigenen und der jeweils anderen Organisation mit Blick auf transformative Forschung und transformative Zusammenarbeit zu?
- ▶ Wie sollte eine transformative Forschung aussehen und wie schätzen die Akteure deren Umsetzung in ihrem Arbeitskontext ein?
- ▶ Welche Ansatzpunkte zur Förderung transformativer Forschung und Zusammenarbeit lassen sich ableiten?

Kapitel 5.1 führt den Begriff „transformative Forschung“ ein. Kapitel 5.2 gibt einen Überblick über die Befragungen und Analysen, die im Rahmen des Projektes Ressourcenwende durchgeführt wurden. Kapitel 5.3 fasst die Ergebnisse entlang der oben formulierten Fragen zusammen. In Kapitel 5.4 formuliert der Bericht erste Ansatzpunkte für eine Förderung transformativer Forschung im Rahmen des Netzwerks und darüber hinaus.

## 5.1 Transformative Forschung und seine Akteure

### 5.1.1 Was ist transformative Forschung?

Das 2011 erschienene Hauptgutachten des Wissenschaftlichen Beirats für Globale Umweltveränderung „Welt im Wandel: Gesellschaftsvertrag für eine Große Transformation“ (WBGU, 2011) kommt zu dem Schluss, dass das „kohlenstoffbasierte Weltwirtschaftsmodell“ zu einem „normativ unhaltbaren Zustand“ geführt hat, der das globale Klima und die Existenzgrundlage für zukünftige Generationen bedroht (WBGU, 2011: S. 2). Akteure der angewandten Nachhaltigkeitsforschung weiten ihre Problemanalyse auf eine vielschichtige „multiple Krise“ (Vgl. Brand, 2009) aus, die wirtschaftliche, soziale, politische und ökologische Ebenen gleichsam betrifft (Jahn, 2019: S.1). Um dieser „sozial-ökologischen Krise“ (Jahn, 2019: 1) zu begegnen, ist ein tiefgreifender, gesellschaftlicher Umbruch des fossilen Energie- und Wirtschaftssystems erforderlich. Diese „Große Transformation“ (angelehnt an Polany), ist laut WBGU auf eine „Gestaltung des Unplanbaren“ (WBGU, 2011: S.2) ausgerichtet. Denn ein solch global umfassender Wandel, der in kurzer Zeit mit klarem Ziel und politischer Steuerung geschehen soll, ist bisher historisch einzigartig und mit großen Herausforderungen verbunden. Konkrete Ziele sind aufgrund der komplexen Abhängigkeiten verschiedener Subsysteme schwer definierbar und es besteht das Risiko, dass Interventionen in einem Sektor negative Auswirkungen auf einen anderen haben (Wittmayer & Hölscher, 2017:41). Aus diesem Grund muss eine sozial-ökologische Transformation eng von wissenschaftlichen Risikoanalysen begleitet werden und bedarf es einer hohen gesellschaftlichen Akzeptanz und Legitimation (WBGU, 2011: 5.). Eine wichtige Grundlage hierfür bildet die „Partizipative Wissensgesellschaft“, die eine breite gesellschaftliche Beteiligung an den Forschungsprozessen ermöglicht (WBGU, 2011: S. 378). Dabei wird eine intensive Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und speziell zivilgesellschaftlichen NGOs (NGOs) und der Wissenschaft hervorgehoben (WBGU, 2011: 380). So sollen einerseits Praxiskennnisse in die Forschung einfließen und andererseits Transformationswissen generiert werden. Transformationswissen liefert Antworten auf die Frage, wie sich Verhaltens- und Handlungsweisen verändern und erwünschte Praktiken einführen lassen können. Pohl, Hirsch Hadorn 2006 unterteilen Transformationswissen in Systemwissen, das den Ist-Zustand beschreibt, Zielwissen, das den Soll-Zustand beschreibt, und Transformationswissen, das beschreibt, wie man vom Ist- zum Sollzustand gelangt.

Durch die enge gesellschaftliche Einbindung während der Wissensgenerierung wird Wissen legitimiert (WBGU, 2011: 379). Der WBGU identifiziert dafür ein „transformatives Quartett“ (WBGU, 2011: 342) aus Transformationsforschung und transformativer Forschung, die ergänzt wird von Transformationsbildung und transformativer Bildung. Transformationsforschung wird als ein neues Forschungsfeld eingeführt, das historische und aktuelle Übergangsprozesse analysiert und Einflussfaktoren und -dynamiken untersucht (WBGU, 2011: 342). Transformative Forschung ist im Kontrast dazu darauf ausgerichtet, eigene Experimentierräume zu schaffen und nicht nur mit Praxisakteuren zu forschen (WBGU, 2011: 378), sondern auch explizit durch Forschung auf eine gesellschaftliche Transformation hinzuwirken (Defila & DiGiulio, 2019: 3). Das Ergebnis transformativer Forschung ist also nicht nur die Generierung von Wissen über Transformationsprozesse, sondern die explizite Unterstützung dieser.

Das BMU (heute BMUV) bezeichnete die deutsche Debatte um Transformationsforschung als „Spielfeld“ der Wissenschaftspolitik (Wittmayer & Hölscher, 2019: 48). Transformative Forschung ist auf eine explizit transdisziplinäre Zusammenarbeit mit Stakeholdern außerhalb der Wissenschaft ausgelegt. In so genannten „Reallaboren“ sind hierfür Praxisakteure „substantiell“ am Forschungsprozess beteiligt, „sei es als gleichberechtigte Mitglieder des

Projektteams oder als externe Beteiligte, die punktuell am Projekt mitwirken“ (Defila & DiGiulio, 2019: 3). (Defila & DiGiulio, 2019)

WBGU (WBGU, 2011: 350), das Umweltbundesamt (UBA, 2019: 42) und das Wuppertal Institut (WI, 2021) betonen, dass die Erkenntnisse aus transformativer und Transformationsforschung immer in einen breiten, gesamtgesellschaftlichen Kontext eingebettet werden müssen, um zu verhindern, dass etwaige Interventionen gegenteilige Effekte haben (Wittmayer & Hölscher, 2017:41). Aus diesem Grund betrachtet das Wuppertal Institut neben akademischen Gütekriterien „alle Formen gesellschaftlicher Wirkungsmessung“ als zentral (WI, 2021).

Kritik an der derzeitigen Implementierung des Forschungsansatzes kommt von der Wissenschaftskommission des BUND: Transformative Forschung werde durch die Struktur von Hochschulen, Forschungsfinanzierung und Institutionen eingeschränkt und es bedarf „gravierender Veränderung“ (BUND, 2021). Laut Schneidewind & Singer-Brodowski verhindere die disziplinäre Ausrichtung von (universitärer) Forschung, dass die komplexe Wirklichkeit in der Forschung abgebildet wird (Schneidewind & Singer-Brodowski, 2014).

### 5.1.2 Akteure der Transformativen Forschung

Staatliche Institutionen wie das Umweltbundesamt (UBA) und das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz (BMUV) unterstützen das Konzept transformativer Forschung durch Finanzierung und Infrastruktur, etwa den Wissenschaftlichen Beirat der Bundesregierung für Globale Umweltveränderungen (WBGU), der konzeptionell an dem Thema transformative Forschung arbeitet. Zivilgesellschaftliche Organisationen, wie der Bund für Umwelt und Naturschutz (BUND) und der Deutsche Naturschutzring (DNR) partizipieren an Reallaboren und der übergreifenden Debatte zu transformativer Forschung. Akteure wie das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW), das Wuppertal Institut und das Institut für Sozial-ökologische Forschung (ISOE) führen selbst transformative Forschungsprojekte durch und sind im Forschungsverbund Ecornet<sup>18</sup> mit anderen Instituten vernetzt. Schneidewind sieht in einer stärkeren Fokussierung auf die sogenannte „third mission“, der gesellschaftlichen Verpflichtung von Hochschulen, eine „Chance für die Positionierung von Universitäten in der Gesellschaft“ (Schneidewind 2016, S. 21) und eine Perspektivenerweiterung, sodass transformative Forschung auch in universitären Einrichtungen stärker gefördert werden könnte (Schneidewind 2016).

Das Wuppertal Institut (WI), das Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW) und das Institut für sozial-ökologische Forschung (ISOE) gelten als zentrale Akteure der transformativen Forschung in Deutschland. Der Fokus ihrer Forschung liegt auf Lösungsansätzen für soziale und ökologische Krisen. Sie betonen die Wichtigkeit der Zusammenarbeit mit Praxisakteur\*innen über den gesamten Prozess hinweg, besonders die Zusammenarbeit mit NGOs. Das WI differenziert zwischen Systemwissen (Problemanalyse über die Ursache und Dynamik von Problemen), Zielwissen (Visionen und Leitbilder) und Transformationswissen (gesellschaftliche, politische, technische und kulturelle Hebel und Ansatzpunkte zur Umsetzung einer Transformation) (WI, 2021). Das IÖW formuliert als Ziel seiner Arbeit, durch inter- und transdisziplinäre Forschung „gesellschaftliche Veränderungsprozesse sowohl wissenschaftlich zu begleiten als auch aktiv voranzubringen“ (IÖW, 2021). Transdisziplinäre Forschung beschreibt das ISOE „als genuiner Modus der Nachhaltigkeitsforschung, mit dem Anspruch, gesellschaftliche Wirklichkeit mitzugestalten“ (ISOE, 2021). Den transformativen Forschungsprozess beschreiben die drei Institute mit ähnlichen Schritten: (1) Generierung einer

<sup>18</sup> Ecornet ist ein Netzwerk von acht unabhängigen, gemeinnützigen Instituten der Umwelt- und Nachhaltigkeitsforschung in Deutschland

Fragestellung in Zusammenarbeit mit Praxisakteur\*innen, (2) gemeinsame Umsetzung des Forschungsvorhabens und Wissensgenerierung, (3) Prüfung des Impacts der Ergebnisse, sowie Kommunikation und Umsetzung des Wissens in Praxis und Wissenschaft (4). Die Zusammenarbeit mit Praxisakteuren ist allen Prozessschritten immanent. Für eine Transformation des Umgangs mit Ressourcen kann das Netzwerk Ressourcenwende diese Funktion übernehmen und transformative Forschung vorantreiben.

## 5.2 Methodenüberblick

In diesen Forschungsbericht fließen die Ergebnisse von Einzelbefragungen über Interviews, einer Onlineumfrage im Netzwerk und der Auswertung der Netzwerkarbeit und hier vor allem der drei Netzwerkworkshops ein.

**Interviews:** Im Rahmen einer ersten Bestandsaufnahme und zur Erarbeitung einer gemeinsamen Diskussionsgrundlage wurden sowohl das Handlungsfeld Ressourcenpolitik sowie zentrale Akteure aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft in den Blick genommen. Hierzu wurden in den ersten Monaten des Projekts u.a. die unterschiedlichen Akteursperspektiven im Rahmen von 14 qualitativen, leitfadengestützten Interviews erfasst. Neben Fragen, die das jeweilige Verständnis des Handlungsfelds Ressourcenpolitik, den Problemperspektiven sowie notwendigen Handlungsbedarfen erfassen sollten, standen auch Fragen nach dem Verhältnis von Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Fokus<sup>19</sup>:

- ▶ Welches Wissen braucht es für die Ressourcenwende?
- ▶ Welches Wissen wird im aktuellen Wissenschafts- und Forschungssystem produziert, welches nicht?
- ▶ Wie kann die gegenseitige Bezugnahme zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft verbessert werden und damit auch der Zugang zu vorhandenem Wissen und die Produktion notwendiger neuer Erkenntnisse gefördert werden?

**Onlinebefragung:** Das Projektteam hat diese Online-Umfrage im Netzwerk und dem erweiterten Kreis durchgeführt mit dem Ziel, Ansatzpunkte für die Verbesserung der Zusammenarbeit im Netzwerk Ressourcenwende zu identifizieren. Zentrale Fragestellungen:

- ▶ Wie sind die Organisationen des Netzwerkes für so eine Zusammenarbeit aufgestellt?
- ▶ Welche Methoden und Instrumente brauchen wir für eine Zusammenarbeit?
- ▶ Wie müssten sich die Organisationen möglicherweise verändern, um besser und gezielter zu kooperieren? Welche Ansatzpunkte werden dafür gesehen?

Die Umfrage wurde vom 08.06. bis 31.7.2020 online durchgeführt. Es haben insgesamt 25 Personen geantwortet. Davon haben sich 14 der Gruppe der Mitarbeiter\*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen und 11 Personen der Gruppe der Wissenschaftler\*innen zugeordnet. Der Fragebogen enthielt für jede der Gruppen 20 Fragen, die jeweils für Wissenschaftler\*innen bzw. Mitarbeiter\*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGO) formuliert wurden. Aufbauend auf den Ergebnissen der Umfrage und der Workshops wurde außerdem ein Diskussionspapier erstellt, welches sowohl in das Ecornet-Netzwerk als auch in die Wissenschaftskommission des BUND eingespeist wurde. Das Diskussionspapier befindet sich im Anhang C.

---

<sup>19</sup> Eine ausführliche Beschreibung der Interviews und der Ergebnisse findet sich in Kapitel 1.1.2 und 1.1.3

**Reflexion des Projektes:** Auch innerhalb des Projekts selbst hat die transformative Forschung auf zwei Ebenen eine zentrale Rolle gespielt:

- ▶ Im Rahmen der Aktivitäten zur besseren Vernetzung von wissenschaftlichen und zivilgesellschaftlichen Akteuren durch drei Vernetzungsworkshops, dem Aufbau und der kontinuierlichen Entwicklung einer Online-Plattform ([www.ressourcenwende.net](http://www.ressourcenwende.net)) sowie weiteren Aktivitäten wie z.B. einem Newsletter und weiteren Fachgesprächen und Workshops.
- ▶ Im Rahmen der Zusammenarbeit des Projektteams aus BUND, DNR und IÖW, indem beispielsweise die gemeinsame Problemdefinition, Generierung von Fragestellungen, Diskussion von Ergebnissen und Dissemination erprobt wurde.

Für die Auswertung hat das IÖW die Ergebnisse übergreifend und mit Blick auf Ansätze zur Verbesserung der transdisziplinären Zusammenarbeit und der transformativen Forschung analysiert.

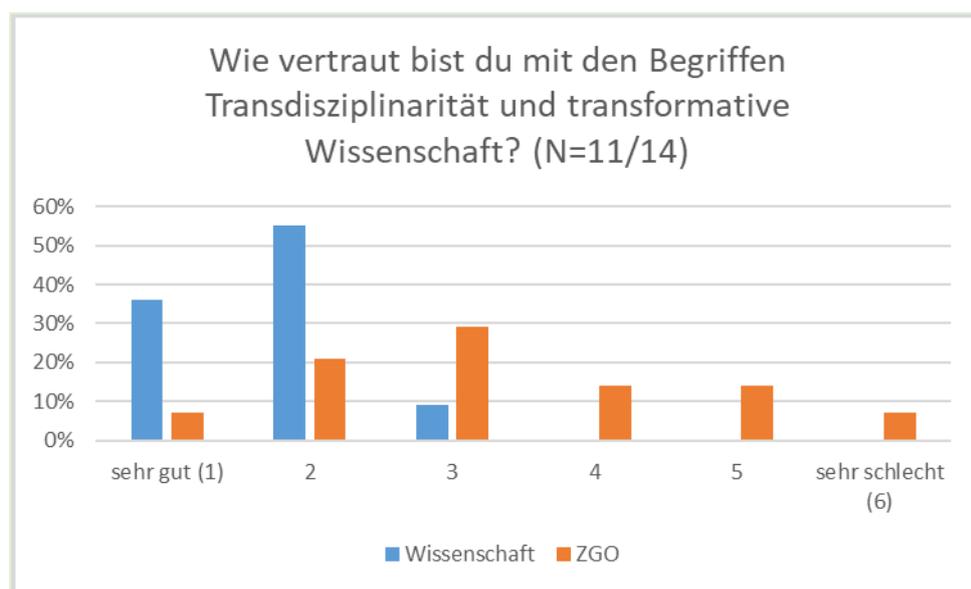
## 5.3 Ergebnisse

### 5.3.1 Transformative Forschung und Transdisziplinarität: Begriffsverständnis

Welches Vorwissen und welches Verständnis zu den Konzepten von Transdisziplinarität und transformativer Forschung existieren? Diese Frage ist mit Blick auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen Wissenschaft und NGO wichtig. Denn ein geteiltes Verständnis, auf dem Ziele und Vorgehen der Zusammenarbeit basieren, hilft, Missverständnisse zu vermeiden.

In den Interviews und auch im Rahmen der gemeinsamen Diskussionen innerhalb der Vernetzungsworkshops zeigte sich, dass das Verständnis in Bezug auf das (angestrebte) Verhältnis von Wissenschaft und Zivilgesellschaft auf beiden Seiten divers ist. In der Onlinebefragung geben über 90% der Wissenschaftler\*innen an, mit den Begriffen *Transdisziplinarität* und *transformative Wissenschaft* gut oder sehr gut vertraut zu sein. Die Antworten der Mitarbeiter\*innen der NGOs zeichnen hingegen ein sehr heterogenes Bild (siehe Abbildung 9).

**Abbildung 9: Wie vertraut sind Forschende und NGO-Mitarbeiter\*innen mit dem Begriffen Transdisziplinarität und transformative Forschung?**



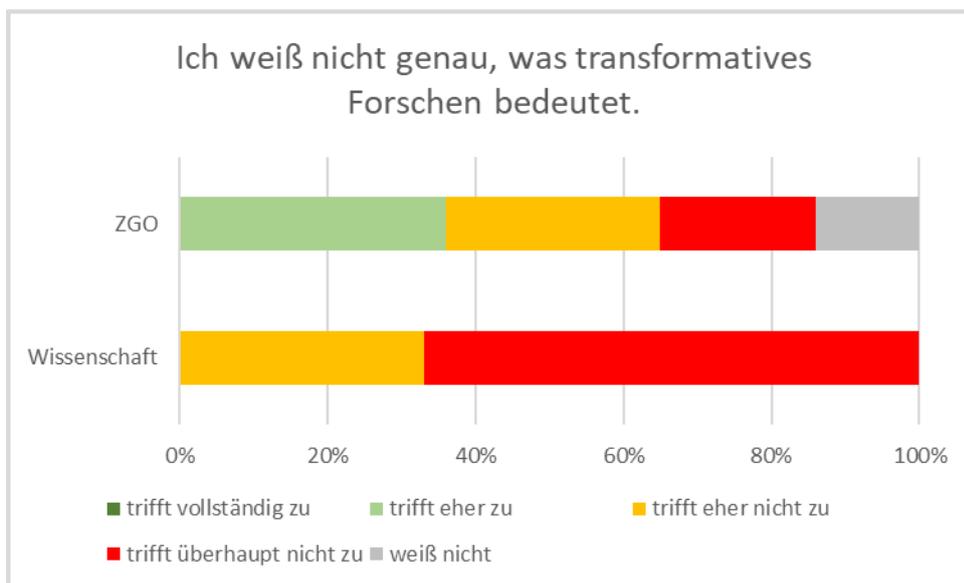
Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Die Teilnehmer\*innen der Onlinebefragung wurden gebeten, ihr Verständnis der Begriffe „Transdisziplinarität“ und „transformative Wissenschaft“ stichpunktartig zu beschreiben. Die Antworten zeugen von einem relativ breiten und teilweise unspezifischen Verständnis beider Begriffe. Ein Teil der Personen beider Gruppen setzt den Begriff „Transdisziplinarität“ mit „Interdisziplinarität“ gleich oder verwechselt die Begriffe. Viele Wissenschaftler\*innen betonen die normative Ausprägung transformativer Forschung, was an den Zielen transformativer Forschung festzumachen sei, z.B. das Ziel, dass sie zu einer nachhaltigen Entwicklung beitrage. Eine transformativ forschende Wissenschaft mache ihre Wertvorstellungen explizit. Die Einbindung von NGO in Forschungsprojekte „von Anfang an“ sei ein wichtiger Bestandteil und damit sei transformative Forschung zwingend transdisziplinär.

Die befragten NGO-Mitarbeiter\*innen haben ein diffuseres Verständnis von transformativer Forschung. Als normatives Ziel nennen einige „gesellschaftlichen Wandel“ und „systemischen Wandel“. Implizit gehen NGO-Mitarbeiter\*innen davon aus, durch ihre Arbeit zur Transformation beizutragen, da diese Stoßrichtung der NGO-Arbeit immanent sei. In Bezug auf eine transformative Forschung und damit auf die transdisziplinäre Kooperation mit der Wissenschaft fehlen mehreren Befragten die Ansatzpunkte – ein Indiz dafür, dass viele mit dem Begriff weniger gut vertraut sind.

Auf die direkte Frage, was transformative Forschung bedeutet, geben mehr als ein Drittel der NGO-Mitarbeiter\*innen an, dass sie das nicht genau wüssten. Alle antwortenden Wissenschaftler\*innen stimmen dieser Aussage nicht bzw. eher nicht zu (vgl. Abbildung 10).

**Abbildung 10: Begriffsverständnis transformative Forschung**



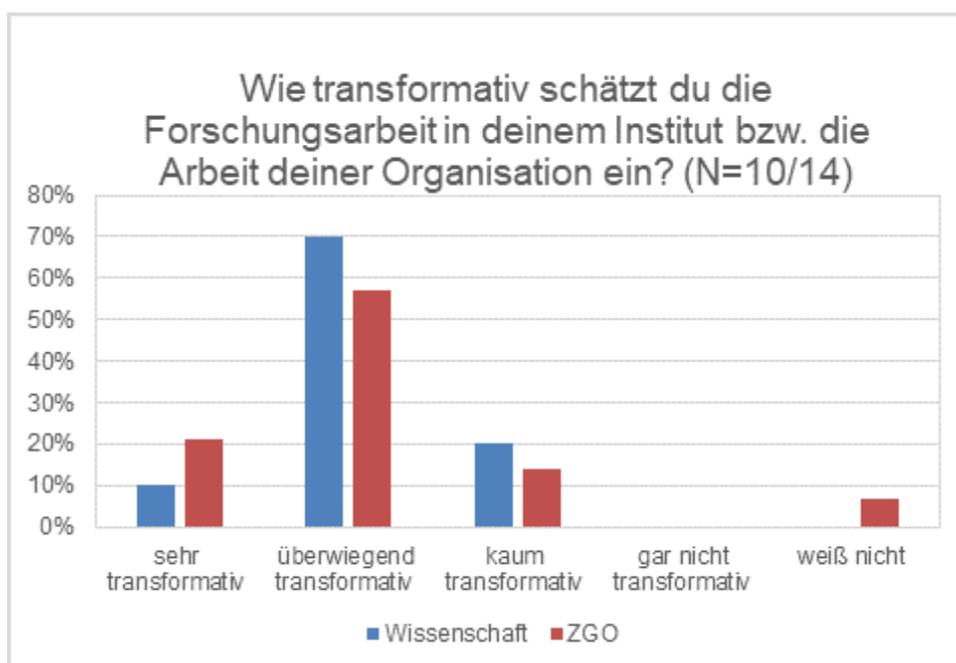
Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass ein Verständnis zu transformativer Forschung sowohl bei Forscher\*innen als auch Mitarbeiter\*innen von zivilgesellschaftlichen Organisationen (NGO) vorhanden ist, aber geschärft werden sollte. Insbesondere ist es wichtig, ein gemeinsames Verständnis herzustellen. Zwar halten NGO-Mitarbeiter\*innen ihre Arbeit „selbstverständlich“ für transformativ, aber in Bezug auf die Zusammenarbeit mit der Wissenschaft fehlen teilweise konkrete Ansatzpunkte.

### 5.3.2 Einschätzung der transformativen Fähigkeiten der eigenen Organisation

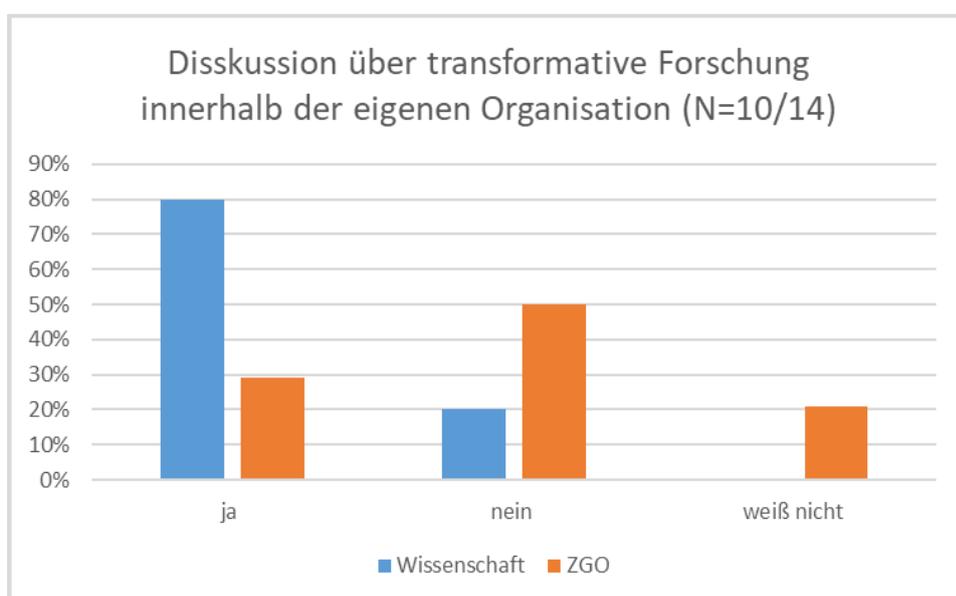
Wollen Institutionen im Rahmen transformativer Forschung kooperieren, ist eine systematische Implementierung des Konzeptes hinsichtlich der Grundsätze der Zusammenarbeit oder der Herangehensweise an Forschungsprojekte angebracht. In der Onlinebefragung haben die meisten ihre Arbeit als überwiegend transformativ eingestuft. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Person forscht oder in einer NGO arbeitet. Gleichzeitig gibt die Hälfte der NGO-Vertreter\*innen an, dass sich die eigene Organisation bisher nicht mit dem Konzept der transformativen Forschung auseinandergesetzt habe, und noch einmal 20%, dass sie dies nicht wüssten (vgl. Abbildung 11, Abbildung 12).

**Abbildung 11: Einschätzung der Arbeit hinsichtlich Transformativität**



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

**Abbildung 12: Diskussion zu transformativer Forschung in der eigenen Organisation**



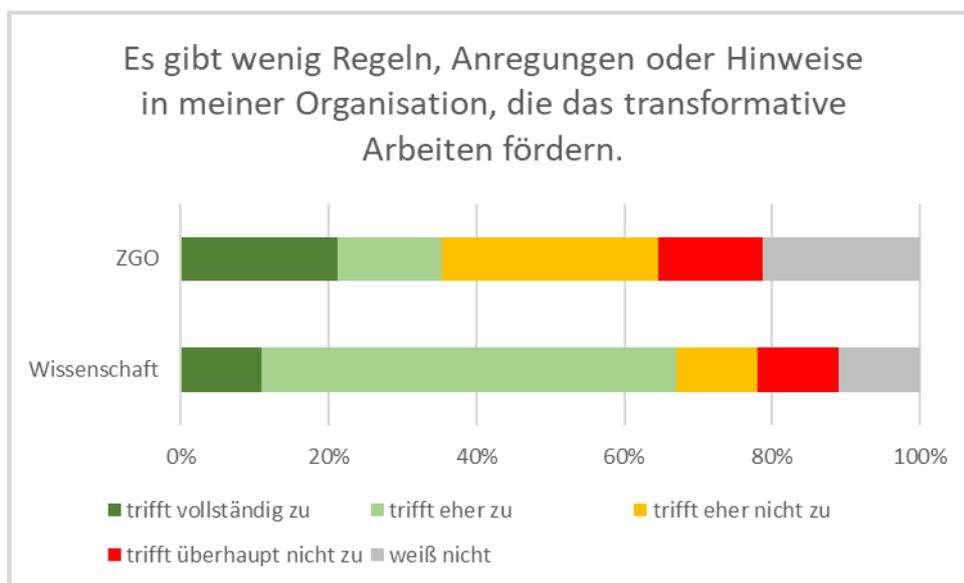
Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Auch stimmen mehr als die Hälfte der NGO-Mitarbeiter\*innen dem vollständig bzw. teilweise zu, sich im Rahmen ihrer Arbeit noch nicht mit dem Thema auseinandergesetzt zu haben. Deutlich weniger Wissenschaftler\*innen behaupten das von sich.

In den meisten Forschungsinstituten scheint eine Auseinandersetzung mit transformativer Forschung stattzufinden. Ein Großteil der Wissenschaftler\*innen gibt an, sich mit dem Thema zu befassen. Allerdings findet diese Auseinandersetzung im Forschungsbereich eher zufällig als systematisch statt: Ein Großteil der Wissenschaftler\*innen stimmt der Aussage zu, dass in ihrer Organisation das transformative Arbeiten wenig gefördert wird, während der Anteil der NGO-Mitarbeiter\*innen, der dem zustimmt, deutlich kleiner ist (vgl. Abbildung 13).

In der Onlinebefragung haben die Teilnehmenden formuliert, welchen Entwicklungsbedarf sie bei ihrer Organisation sehen. Deutlich wurde, dass die Arbeit für und im Netzwerk durch die eigene Organisation gefördert werden und nicht nur auf freiwilligem Engagement Einzelner beruhen sollte. Um unabhängig von Drittmitteln agieren zu können, müssten Kapazitäten geschaffen werden. Aktive Netzwerkarbeit brauche demnach die Unterstützung der Geschäftsführung. Das Netzwerk müsse innerhalb der eigenen Organisation bekannt gemacht werden. Inhaltlich bedürfe es einer Auseinandersetzung mit dem Konzept der transformativen Forschung und den Zielen des Netzwerks. Offen bleibt, inwiefern die Auseinandersetzung mit dem Thema eher eine individuelle und interessengeleitete Angelegenheit ist und weniger eine systematische und durch die eigene Organisation geförderte. Denn auch in den Forschungsinstituten, die sich eher mehr mit transformativer Forschung auseinandergesetzt haben als NGO, ist Entwicklungsbedarf vorhanden.

**Abbildung 13: Frage nach systematischer Auseinandersetzung mit transformativer Forschung**



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

In den Interviews haben die Befragten hingegen ein anderes Urteil gefällt:

*„Die transformative Forschung, die gibt es nur auf dem Papier.“*

Es fehle die tatsächliche Einbindung von zivilgesellschaftlichen Akteuren bereits in der Formulierung und Gestaltung von Forschungsprojekten. Dies läge einerseits an einem fehlenden Bewusstsein der wissenschaftlichen Akteure, dass eine Einbindung wichtig ist, andererseits an fehlenden finanziellen Mitteln für den umfassenden und frühzeitigen Einbezug von

zivilgesellschaftlichen Akteur\*innen. Letzteres spricht ein strukturelles Problem der Projektförderungen an.

Die Begriffe transformatives Forschen und Transdisziplinarität sind zwar weitestgehend bekannt, das Verständnis jedoch zu diffus für eine gemeinsame Basis. Daher ist ein erster wichtiger Schritt, sich die Begriffe gemeinsam zu erarbeiten. Das beinhaltet auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Rolle. Mit Blick auf die Auseinandersetzung mit dem Konzept der transformativen Forschung besteht ein Widerspruch zwischen Selbsteinschätzung und Beurteilung von der eigenen Arbeit und der Befassung der eigenen Organisation mit dem Thema. Deutlich wurde auf beiden Seiten, dass es keine systematische Auseinandersetzung mit der Thematik gibt. Daher besteht die Vermutung, dass in Bezug auf die gezielte Zusammenarbeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft Ansatzpunkte fehlen.

### 5.3.3 Von der Formulierung des Wissensbedarfs zum Agenda-Setting

*„[NGO können nicht] nur Case Studies und emotionale Bilder bringen, meiner Erfahrung nach ist das zu wenig. Es muss auch diese [wissenschaftliche] Absicherung da sein, dass das eben Hand und Fuß hat, wie man sagt.“*

Die Ergebnisse aus Wissenschaft und Forschung bilden die Grundlage der Arbeit von NGO. NGO-Mitarbeiter\*innen formulieren teilweise sehr konkrete Fragestellungen, zu denen sie nicht immer ausreichend Informationen recherchieren können. Gleichzeitig bereiten Wissenschaftler\*innen ihre Forschungsergebnisse aus Sicht vieler befragter NGO-Vertreter\*innen nicht immer so auf, dass sie gut genutzt werden können (zu lang, Journalartikel). Denn der spezifische Wissensbedarf von NGO sei Forscher\*innen nicht immer bekannt.

*„Ich habe das Gefühl, dass wir als Netzwerk zum Teil die Studien, die wir eigentlich bräuchten, selber schreiben müssen.“ (Interview NGO-Mitarbeiter\*in)*

NGO-Mitarbeiter\*innen würden gerne „mehr Daten, Zahlen, Fakten“ durch die Forschung erhalten. Jedoch sei es teilweise herausfordernd, sich Zugang zu Wissen zu verschaffen und den Überblick zu wahren. Es gebe kein Portal, das die wichtigsten Informationen bereitstellt, sortiert, und so leichter nutzbar macht („man bräuchte etwas [für Ressourcenwissen], was mit dem IPCC vergleichbar ist.“). Statt langen Ergebnisberichten bevorzugen NGO-Mitarbeiter\*innen kurze, übersichtliche Darstellungen der zentralen Ergebnisse und Fakten („Zweiseiter“, „Vierseiter“).

NGO sollen in den Augen vieler Wissenschaftler\*innen jedoch nicht nur Auftraggeber\*innen für wissenschaftliche Studien sein. Vielmehr sollen Akteure der Zivilgesellschaft in den Dialog mit wissenschaftlichen Akteuren treten, um gemeinsam die grundlegenden Begriffe und Zielstellungen für eine nachhaltige Ressourcenpolitik zu entwickeln.

*„Und was ich dementsprechend mir wünschen würde, dass die Umweltverbände nicht als Auftraggeber per se auftreten und dann am Ende einfach so ein schnelles Ergebnis haben wollen, sondern vielmehr diesen Dialog suchen und bereit sind, auch mal Geld in die Hand zu nehmen, damit Begriffe oder Modelle überhaupt entwickelt werden können.“ (Interview Wissenschaftler\*in)*

Gleichzeitig verfügen Mitarbeiter\*innen von NGO über sehr begrenzte zeitliche Ressourcen für die Beschaffung von Informationen; Updates seien schwierig, schnelle Informationsvermittlung wichtig.

Zusammenfassend ist festzustellen, dass ein Austausch darüber, welche Informationen gebraucht und wie Ergebnisse aufbereitet werden sollten, für beide Seiten notwendig ist. NGOs können vorab formulieren, welche Informationen sie in welcher Form am besten nutzen können, und Forscher\*innen erhöhen durch gezielte Aufbereitung die Reichweite ihrer Forschung.

### 5.3.4 Transformative Forschung erfordert Anpassungen im Wissenschaftssystem

Wissenschaftler\*innen formulieren in den Interviews mit Blick auf transformative Forschung: Wie kann ich mit meiner Forschung zu gesellschaftlichen Veränderungen beitragen? Wichtig sei, sich mit zivilgesellschaftlichen Akteuren nicht nur zu der Fragestellung auszutauschen, sondern auch von den Ergebnissen her zu denken.

NGO-Mitarbeiter\*innen wie auch Wissenschaftler\*innen problematisierten, dass Wissenschaftler\*innen häufig zu sehr auf eine Fragestellung, ein Thema oder eine Disziplin fokussiert seien und die breiteren Auswirkungen (z.B. von den Folgen des Rohstoffabbaus) nicht im Blick hätten. NGO seien jedoch an einer ganzheitlichen Sichtweise interessiert, insbesondere an den ökologischen und gesellschaftlichen Folgen von Rohstoffabbau. Sind Wissenschaftler\*innen in ihrer Forschung stark in ihren Disziplinen verortet, könnte das zu Spannungen und Konflikten bei der Definition der "relevanten" Forschungsfragen für eine Ressourcenwende führen.

Die befragten Wissenschaftler\*innen beziehen sich in ihrer Argumentation auf das bestehende Wissenschaftssystem, von dem sie ein Teil seien und dessen Fördermechanismen die Forschungsinhalte, Ergebnisaufbereitung und Verbreitung stark beeinflussen. Der Begriff „Publikationszwang“ wurde genutzt, um darauf hinzuweisen, dass die Anzahl wissenschaftlicher Veröffentlichungen in renommierten Journals einer der wichtigsten Maßstäbe für wissenschaftliche Reputation sei. Es setze Wissenschaftler\*innen unter Druck. Dies gelte noch mehr für die universitäre Forschung.

*„Wissenschaftliche Reputation gibt es für Journalartikel und die Akquise möglichst großer internationaler Projekte (...)“ (Interview Wissenschaftler\*in)*

Jedoch müssen zwischen akademischer Forschung an Universitäten und der Forschung an den Instituten der Nachhaltigkeitsforschung unterschieden werden. Je fachspezifischer/ disziplinärer jemand forsche, desto herausfordernder sei ein transdisziplinärer Austausch, da die Spezialisierung und Vertiefung sehr differenzierte Fachkenntnisse verlange und solch eine Fokussierung auch bedeute, sich mit anderen Fragestellungen nicht zu beschäftigen.

*„Ich glaube, die [Anforderungen an Forschung] haben sich für Nachwuchswissenschaftler\*innen sehr stark verschärft und das führt natürlich dazu, dass es schwierig wird, (...) politisches Engagement [mit der eigenen Forschung] zu verbinden, wenn man sowieso die ganze Zeit nur publizieren muss und eigentlich Publikationen, die stärker auf Social Impact abzielen, nicht wirklich gewertet werden.“ (Interview Wissenschaftler\*in)*

Welchen Stellenwert Veröffentlichungen wie Positionspapiere oder gemeinsame Studien mit NGO im Wissenschaftssystem einnehmen, zeige sich bereits an dem Begriff "graue Literatur". Gleichzeitig fragten sich die Interviewten, wem welche Art der Wissensaufbereitung nütze. Ein Fokus solle auf die Generierung des fehlenden "Handlungswissens", die Identifikation von Hemmnissen und wie man sie überbrücken kann, gelegt werden. Im ersten Vernetzungsworkshop kamen die Teilnehmenden zu dem Schluss, dass für Forschende ein Spannungsfeld zwischen disziplinären Anforderungen und der Einordnung ihrer

Forschungsthemen in einen übergreifenden Kontext bestehe. Ein Grund sei, dass die Reputationslogik wissenschaftliche Fragestellungen sehr beeinflusse.

Das Wissenschaftssystem hat transformative Forschung noch zu wenig im Blick. Bislang sind Journalartikel zentraler Gradmesser wissenschaftlichen Erfolgs. Der gesellschaftliche Auftrag, der Hochschulen obliegt, hat noch eine geringe Relevanz im Wettbewerb um Forschungsgelder. Der Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation und zur Bewältigung der multiplen Krisen sollte als Gradmesser des Erfolgs transformativer Forschung gefordert und über Evaluationsmechanismen sichtbar gemacht werden und damit Wissenschaftler\*innen eine „Motivationsalternative“ jenseits der akademisch geprägten Publikationslogik bieten.

### 5.3.5 Wer hat welche Rolle?

Für eine transdisziplinäre Zusammenarbeit ist es wichtig, die Rollen Wissenschaftler\*innen und NGO-Mitarbeiter\*innen zu klären. Aus den Rollen leite sich auch ab, wer welche Aufgaben für eine Ressourcenwende erfüllen sollte:

*„Da gibt es (...) schon so eine Arbeitsteilung. Dass man sagt: Ich stelle Wissen aus wissenschaftlicher Perspektive zur Verfügung. Und jetzt glaube ich nicht, dass es so etwas wie objektives, wissenschaftliches Wissen gibt. Überhaupt nicht. (...) Weder als Sozialwissenschaftlerin und schon gar nicht als Nachhaltigkeitsforscherin finde ich das irgendwie plausibel, aber die Rolle ist (...) doch eine andere. Wenn man das als Wissenschaftler\*in macht oder wenn man das als Aktivist\*in macht.“ (Interview Wissenschaftler\*in)*

*„(...) Aber es ist sicherlich eine Herausforderung, (...) sprachlich [zu vermitteln] (...) zwischen einer sehr technischen, wissenschaftlich korrekten Sprache, die (...) nicht aufrütteln oder motivieren kann, und der NGO-Sprache. (...) So radikal können [Wissenschaftler\*innen] das nicht formulieren, das geht für uns nicht. (...) Also die NGOs brauchen das Aufrütteln, wir brauchen die wissenschaftliche Reputation (...).“ (Interview Wissenschaftler\*in)*

Die Tabelle fasst zusammen, welche Rollen und Aufgaben die Mitarbeiter\*innen einer Gruppe der jeweils anderen Gruppe im Rahmen der Onlinebefragung zugeschrieben haben.

**Tabelle 1: Rollen und Aufgaben von Wissenschaft und NGO**

Themen- *Arbeitsfeld	Rolle	Wissenschaft	NGO
Projektentwicklung	Design von Forschungsprojekten	X	X
	Definition von Forschungsfragen	X	X
	Ideen für Forschungsprojekte entwickeln		X
	Fragestellungen von NGO aufgreifen	X	
Transfer	Organisation von Transferaktivitäten, Gestaltung des Outputs	X	X
	Erstellung von Policy Papern	X	X
	Gestaltung von Kommunikationsformaten		X
	Multiplikator von Forschungsergebnissen		X
Wissen generieren und liefern	Informationen, Fachwissen liefern, Lücken erforschen, Daten und Fakten liefern	X	
	Zielgerichtete Ergebnisse liefern	X	
	Knappe updates aktueller Forschungsentwicklungen liefern, best practices verbreiten	X	

Themen- *Arbeitsfeld	Rolle	Wissenschaft	NGO
übergreifend	umwelt-, verbraucher- und gesellschaftspolitische Sichtweise einbringen		X
	Forschung politischer betrachten („Repolitisierung der Forschungseinrichtungen“)	X	

Anmerkung: N (Forschungseinrichtung) = 7, N (NGO) = 13

### 5.3.5.1 Rolle von NGO

Aus Sicht der Wissenschaftler\*innen sind NGO diejenigen, die die verschiedenen Perspektiven zusammenbringen sollen und können. Akteure aus zivilgesellschaftlichen Organisationen werden als „Brückenbildner“ und „Change Agent“ wahrgenommen, die gesellschaftliche Anliegen der Politik vermitteln.

*„Man kann nicht sagen, es gibt eh genug Rohstoffe und sich die Auswirkungen nicht angucken. Die sozialen und ökologischen Auswirkungen. Und da finde ich spielt Zivilgesellschaft eine wichtige Rolle. Diese verschiedenen Perspektiven auch zusammenzubringen.“ (Interview Wissenschaftler\*in)*

Entsprechend wird NGO-Mitarbeiter\*innen im Rahmen von (transformativen) Forschungsprojekten häufig die Rolle der Multiplikator\*innen und Diskussionspartner\*innen von Projektergebnissen zugeschrieben. Laut Onlineumfrage sehen sieben von zehn Wissenschaftler\*innen NGO-Mitarbeiter\*innen als unspezifische Ideengeber, also Ideenlieferanten ohne einen direkten Themen- oder Projektbezug; deutlich weniger Wissenschaftler\*innen geben an, dass sie in NGO-Mitarbeiter\*innen spezifische Ideengeber mit direktem Themen- oder Projektbezug sehen. Andererseits haben viele Wissenschaftler\*innen in den Interviews formuliert, dass man NGO besser in Forschungsprojekte einbinden sollte. Hervorgehoben wurde dabei, dass die direkte Auseinandersetzung mit zivilgesellschaftlichen Akteuren die Formulierung von Forschungsfragen beeinflusse.

Im ersten Vernetzungsworkshop bestätigten die Teilnehmenden diesen Eindruck. Gefordert wurde, dass NGO mehr als nur Auftraggeber sein sollten. NGO nutzen und vermitteln Forschungsergebnisse und sollten daher bereits an der Formulierung von Forschungszielen beteiligt sein. Dazu gehöre auch, dass sie sich mit Logik und Zwängen des Wissenschaftssystems auseinandersetzen müssten.

### 5.3.5.2 Rolle Wissenschaft

Wissenschaftler\*innen spielen für die zivilgesellschaftlichen Organisationen eine wichtige Rolle: Fast alle sehen diese in der Bereitstellung von Wissen, 50% sehen diese in der aktiven Unterstützung bei Fachfragen, knapp 50% sehen wissenschaftliche Institutionen als häufige Impuls- und Ideengeber der Arbeit in ihren Organisationen an.

So geben viele NGO-Mitarbeiter\*innen in der Umfrage an, dass ihre Organisationen wissenschaftlich fundierte Daten und Fakten für die Untermauerung ihrer Argumentation nutzen, aber auch brauchen, und sich ihre Organisationen dadurch eine höhere Sichtbarkeit und Akzeptanz ihrer Arbeit versprechen. Eine enge Partnerschaft in der Akquise von Projekten findet kaum Anklang bei der Rollenzuschreibung, wird also bisher wenig systematisch gemacht. Im ersten Workshop wurde festgestellt, dass Forschungsergebnisse die Grundlage der Entwicklung politischer Forderungen von NGO seien.

Es gab einige NGO-Vertreter\*innen (wie auch einzelne Wissenschaftler\*innen), die Forschende (zum Teil) als nicht kritisch genug einschätzen. So bestehe die Gefahr, dass Forschende zu stark

auf ihr spezielles Thema fokussieren und übergreifende Fragestellungen zu wenig berücksichtigen. Es mangle an einer „Politisierung der Forschung“. In diesem Zusammenhang wurde der Wunsch geäußert, dass die Wissenschaft sich mit der "Folgenabschätzung politischer Empfehlungen" befasst.

*„Aber ich denke mal, das ist auch bestimmt ein Thema für Forschungsinstitute, wie weit lehne ich mich politisch aus dem Fenster? Was für Aufträge bekomme ich da noch?“*

*„(...) Und was da fehlt ist von der wissenschaftlichen Seite fundierte, in die Tiefe gehende Kritik.“*

*„(...) häufig auch eine Entpolitisierung der Frage und der Fragesteller (...)“ (Interviews NGO-Mitarbeiter\*innen)*

In diesem Zusammenhang wurde der Anspruch an Wissenschaftler\*innen formuliert, ihre Arbeit zu reflektieren: Welches Selbstverständnis haben Wissenschaftler\*innen, für wen forschen sie? Inwiefern beeinflussen zivilgesellschaftliche Diskurse, Kampagnen, Forderungen, etc. die Arbeit von Wissenschaftler\*innen? Andererseits sollten sich NGO-Mitarbeiter\*innen mehr mit dem Wissenschaftssystem befassen, da sie ggf. die Rolle, Kritik zu üben, als Außenstehende besser ausfüllen können:

*„(...) [es ist wichtig], dass sich die zivilgesellschaftlichen Organisationen oder auch die nichtorganisierte Zivilgesellschaft stärker mit dem Wissenschaftssystem befassen, [und entsprechende Fragen] – Wie funktioniert Wissenschaft, welches Wissen wird hier produziert, was sind die Mechanismen dahinter? – in die eigene Agenda integriert (...) Irgendwer muss das [Wissenschaftssystem] problematisieren und ich habe das Gefühl, die Leute, die selbst im System sind, müssten sich aus dem System herausziehen, um kritische Wissenschaft zu machen.“ (Interview NGO-Mitarbeiter\*in)*

Um die aus NGO-Sicht wichtige politische Einordnung wissenschaftlicher Ergebnisse zu gewährleisten, bedarf es eines fachlichen Austauschs zwischen NGO und Wissenschaftler\*innen über die reine Formulierung von Forschungsfragen hinaus: Die gemeinsame Auseinandersetzung dazu, welche Ziele eine nachhaltige Ressourcenpolitik verfolgen soll und welche Fragen gestellt werden müssen, bildet die Grundlage sowohl für den Austausch als auch für eine explizitere normative Ausrichtung von Forschung.

### 5.3.6 Austausch

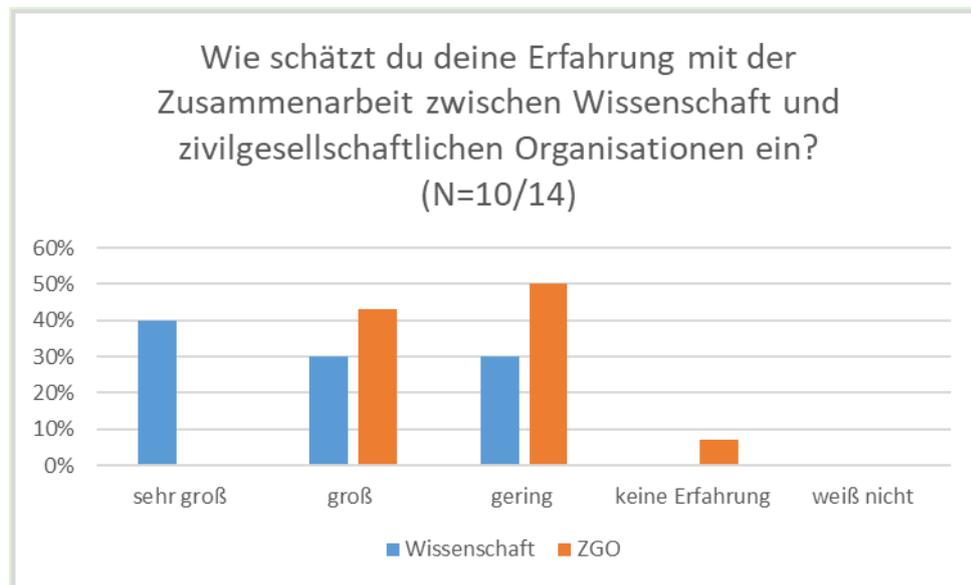
Die interviewten Vertreter\*innen von NGO bezeichnen Austausch und Vernetzung als zentrale Bestandteile einer transdisziplinären Zusammenarbeit. Gleichzeitig stellen viele Befragte fest, dass es zu wenig Austausch zwischen Wissenschaft und NGO gebe. Aus NGO-Sicht fehle eine Verknüpfung zwischen NGO und Forschungsinstituten. Auch sprechen Wissenschaft und Zivilgesellschaft häufig noch eine andere Sprache.

Dem Austausch mit NGO wird auch von Wissenschaftler\*innen eine große Bedeutung zugesprochen. Sie sehen darin zunächst einen Weg, um besser zu verstehen, wie die jeweils andere Organisation arbeitet. Im zweiten Vernetzungsworkshop wurde festgestellt, dass sich in vielen NGO niemand mit Wissenschaftspolitik befasse, obwohl dies eine aus Netzwerksicht wichtige Schnittstelle wäre.

Die Befragung zeigt, dass die beiden Gruppen ihre Erfahrungen sehr unterschiedlich einschätzen (vgl. Abbildung 14). Während vier von zehn Wissenschaftler\*innen angeben, über sehr große

Erfahrungen zu verfügen, schätzt kein\*e Mitarbeiter\*in zivilgesellschaftlichen Organisationen die eigene Erfahrung als sehr groß ein. Über die Hälfte gibt an, über geringe Erfahrung mit der Zusammenarbeit zu verfügen.

**Abbildung 14: Einschätzung der Kooperationserfahrungen**



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Welche Erfahrungen haben die Befragten mit der Zusammenarbeit mit Wissenschaftler\*innen bzw. NGO-Mitarbeiter\*innen? Die folgende Tabelle fasst die häufigsten Nennungen zusammen.

**Tabelle 2: Erfahrungen der Kooperation zwischen Wissenschaft und NGO**

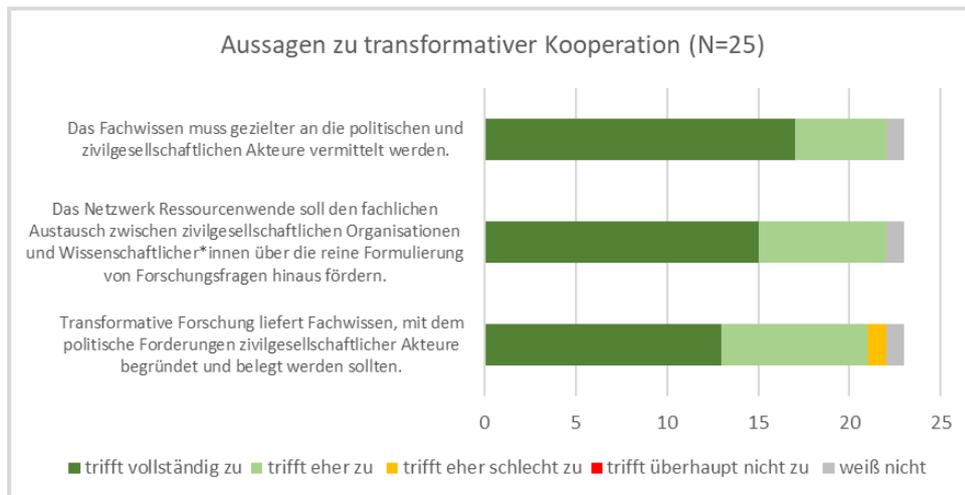
	Wissenschaft	NGO
1	Fachlicher Austausch	Fachlicher Austausch
2	Zusammenarbeit in Projekten	gemeinsame Organisation von Veranstaltungen
3	gemeinsame Organisation von Veranstaltungen	Zusammenarbeit in Projekten findet punktuell und themenspezifisch statt

Anmerkung: Ranking nach Häufigkeit der Nennungen

Knapp 70% der NGO-Mitarbeiter\*innen geben an, dass die Vergabe von Studien an Wissenschaftler\*innen kein zentraler Aspekt der Zusammenarbeit ist.

In den Interviews haben NGO-Vertreter\*innen mit Blick auf das Agenda-Setting im Forschungsbereich gefordert, stärker in entsprechende Prozesse eingebunden zu werden, etwa in das Design von Forschungsprojekten. Ausgangspunkt einer geeigneten Forschung sei die gemeinsame Definition von Zielen, für die geforscht wird. Auch regten die Interviewten einen frühen Austausch darüber an, wie Forschungsergebnisse anschließend verwendet werden sollen.

Wenn Ergebnisse nachher in der Praxis genutzt werden können, motiviert das die Wissenschaftler\*innen. Entsprechend erhoffen sich viele von einer verstärkten Zusammenarbeit eine bessere Einbettung ihrer Forschungsergebnisse in gesellschaftliche Diskurse und somit eine Steigerung der Relevanz und Sichtbarkeit ihrer Forschung. Abbildung 15 geht auf die Aufgaben transformativer Zusammenarbeit ein, die in der Befragung die höchsten Zustimmungswerte erhalten haben. Die Bedeutung von Fachwissen für die NGO-Arbeit und seine gezielte Vermittlung werden bestätigt.

**Abbildung 15: Elemente einer transformativen Kooperation**

Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Auch in den Interviews wurde deutlich, dass der Austausch nicht auf die Formulierung von Forschungsfragen reduziert sein soll, sondern auch das „gemeinsame Weiterdenken“ unterstützen. Wie dieser Austausch konkret aussehen soll, bleibt jedoch offen.

*„Und wenn wir natürlich Interesse haben, dass unsere Ergebnisse eben nicht in der Schublade landen, sondern wirklich den Diskurs in der realen Welt der Ressourcen beeinflussen, dann ist der Zusammenhalt mit der Zivilgesellschaft doch sehr gewinnbringend.“ (Interview Wissenschaftler\*in)*

*„Es ist nicht nur immer Dialog, wie Wissenschaft und Zivilgesellschaft zusammenkommen. Sondern es ist auch vielleicht der Austausch mehr auf einer weiteren Ebene dazu, wie sich unsere Gesellschaft verändert.“*

Im ersten Vernetzungsworkshop wurde diskutiert, dass es für eine nachhaltige Ressourcenpolitik einer anderen Art Wissensgenerierung bedürfe. Dies müsse sich bereits in der Formulierung von Forschungsagenden und der Festlegung von Themen niederschlagen. Hier können und sollten NGO stärker und systematischer aktiv werden und so Forschungspolitik von Anfang an mehr mitgestalten.

In einem ersten Schritt bedeute das, dass Forschungsfragen viel öfter von Wissenschaft und NGO zusammen entwickelt werden sollten. Es gelte, Raum für regelmäßigen Austausch und eine interdisziplinäre Projektentwicklung zu schaffen. Weiterhin solle das Netzwerk prüfen, wie schon bestehende Partizipationsansätze (in Förderprogrammen) genutzt werden können und an welchen Stellen diese weiterentwickelt werden sollten. Im Workshop wurden Fragen formuliert, die gemeinsam diskutiert werden sollten:

- ▶ Welche Art von Ergebnissen braucht die Ressourcenwende?
- ▶ Welche (normative) Zielsetzung sollten die Akteur\*innen in Forschung und Politik verfolgen?
- ▶ Wie sollte die Forschung und NGO-Arbeit für eine Ressourcenwende gestaltet sein?

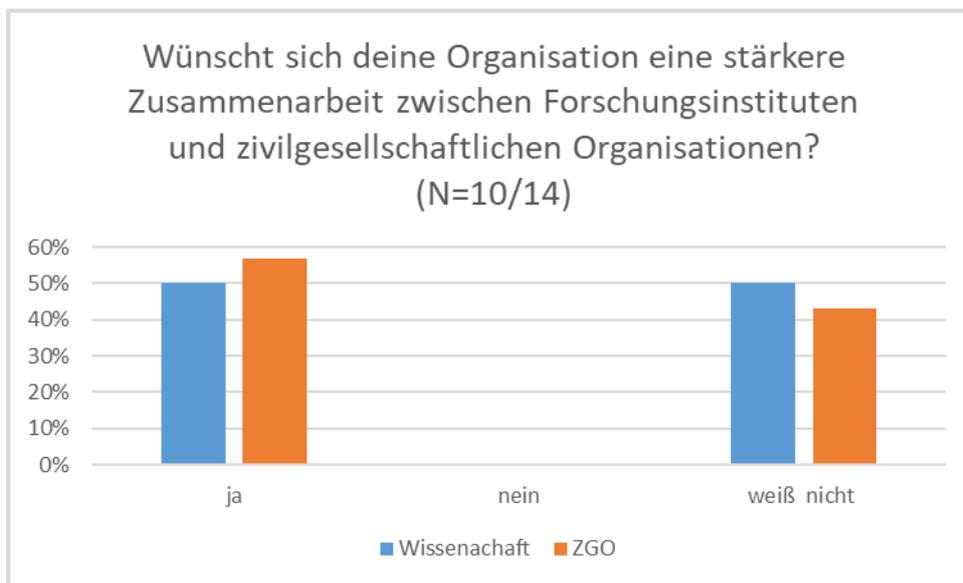
Auf dem zweiten Ressourcenwendeworkshop wurde diese Frage ergänzt:

- Welche Ansatzpunkte sind notwendig, um transdisziplinäres Arbeiten weiterzudenken und zu entwickeln?

Für den inhaltlichen Austausch müssen die Formate noch ausgearbeitet bzw. festgelegt werden. Die gemeinsame Definition von Schnittstellen, also konkrete Anlässe für einen Austausch, sei hier ein wichtiger Ansatzpunkt.

Was wünschen sich die Mitglieder des Netzwerkes für die Kooperation in transformativen Forschungsprojekten und darüber hinaus? Dass die Zusammenarbeit verstärkt werden soll, findet etwas mehr als die Hälfte der Befragten, etwas weniger als die Hälfte gibt „weiß nicht“ an. Es gibt niemanden, der / die „nein“ angegeben hat.

**Abbildung 16: Wünsche nach einer besseren Zusammenarbeit**



Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

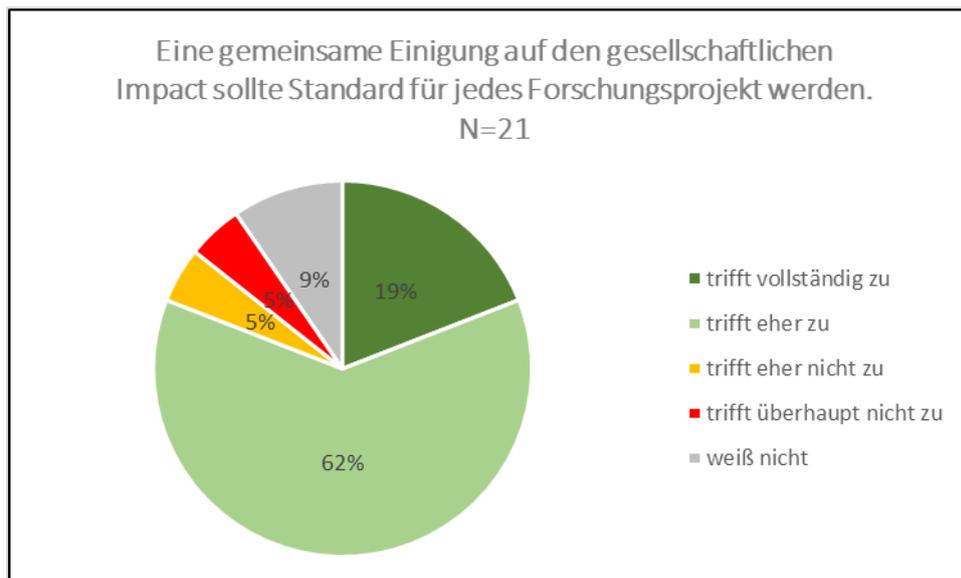
Auf die Frage, was sich die Teilnehmenden für eine Zusammenarbeit wünschen, ergänzten sich die Antworten beider Gruppen:

► **Inhaltlich:**

- gemeinsam Ziele entwickeln und daraus Forschungsfragen ableiten
- Ergebnisse diskutieren

► **Organisatorisch:**

- Schnittstellen definieren
- etablierte, wiederkehrende Austauschformate
- Co-Kreation und Personen, die beide Arbeitswelten kennen und vermittelnd agieren können
- Aufgabenteilung definieren: dies kann sowohl Anpassungen der Arbeit von Forschungsinstituten wie auch der NGO-Arbeit implizieren
- die Formulierung von Erwartungen, die man an die jeweils andere Gruppe stellt.

**Abbildung 17: Social Impact für Forschungsprojekte gemeinsam bestimmen**

Quelle: eigene Darstellung, BUND, IÖW, DNR

Ein Ansatzpunkt für transformative Kooperation sind Forschungsprojekte. Hier gibt es unter den Teilnehmenden der Umfrage eine vollständige (19%) bzw. teilweise Zustimmung (62%), dass man den gesellschaftlichen Impact von Forschungsprojekten gemeinsam festlegen sollte (Abbildung 17). Eine mögliche Erklärung dafür, dass eine Mehrheit „trifft teilweise zu“ angegeben hat, ist, dass dies nicht auf alle Projekte zutreffen muss.

Auf beiden Seiten wurde mehrfach das Arbeiten „auf Augenhöhe“ genannt, was vor allem darauf zielt, NGO als gleichberechtigte Partner in Forschungsprojekten frühzeitig einzubinden. Viele Antworten beziehen sich in erster Linie auf gemeinsame (Forschungs-)Projekte. NGO-Vertreter\*innen wünschen sich jedoch darüber hinaus Formate, die stärker in ihre Arbeit hineinwirken, z.B. etablierte „Austauschplattformen zu aktuellen politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen“ jenseits von konkreten Projekten oder die Diskussion von Lösungsvorschlägen, die NGO aus den Forschungsergebnissen ableiten.

Bisher findet eine Zusammenarbeit anscheinend vor allem in Projekten und nicht systematisch statt. Gleichzeitig sind viele der Meinung, dass NGO einen stärkeren Einfluss auf Forschung – insbesondere Forschungsfragen – haben sollten und damit über den Projektkontext hinaus kooperiert werden sollte. Der Bedarf nach struktureller Verankerung der Zusammenarbeit wird von vielen gesehen. Für eine Verbesserung der transformativen Forschung müssen konkrete Anlässe für den Austausch definiert werden. Diese brauchen einen definierten Rahmen, klare Ziele und sollten einen Nutzen für beide Akteursgruppen haben. Es ist wichtig, solche Anlässe auch jenseits von einzelnen Projekten zu haben. Um eine systematische Kooperation im Rahmen der transformativen Forschung zu ermöglichen, müssen personelle und finanzielle Mittel bereitgestellt werden, die nicht an einzelne Projekte gebunden sind.

#### 5.4 Ansatzpunkte für eine transformative Zusammenarbeit

*„Die große Transformation kann nur durch transdisziplinäre Zusammenarbeit gemeistert werden.“ (Zitat aus der Onlineumfrage)*

Forschung wird für die Transformation ebenso benötigt wie die Advocacy-Arbeit von NGOs. Die Interviews und die Befragung stellen fest: Transformative (Nachhaltigkeits-) Forschung liefert

das Fachwissen, mit dem politische Forderungen begründet und belegt werden. Dieses Fachwissen soll möglichst passgenau und schnell erfassbar bereitgestellt werden. Wissenschaftler\*innen sollen hierfür wissen, welche Fragestellungen aus NGO-Sicht relevant sind. Wissenschaftler\*innen sollten also ihre Ergebnisse politisch einordnen und reflektieren können. Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, bedarf es eines fachlichen Austauschs zwischen NGO und Wissenschaftler\*innen über die reine Formulierung von Forschungsfragen hinaus. Für den inhaltlichen Austausch müssen die Formate noch entwickelt bzw. festgelegt werden. Der Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation und zur Bewältigung der multiplen Krisen sollte außerdem als Gradmesser des Erfolgs transformativer Forschung gefordert und über Evaluationsmechanismen sichtbar gemacht werden und damit Wissenschaftler\*innen eine Motivationsalternative jenseits der akademisch geprägten Publikationslogik bieten.

Ein Netzwerk kann ein geeigneter Ort sein, um gemeinsam zu definieren, welches Wissen für eine Ressourcenwende benötigt wird. Damit ist jedoch nicht nur Ressourcenwissen gemeint, das meist Transformationsziele definiert, sondern auch „Handlungswissen“, das sich damit beschäftigt, wie man ausgehend von fachlichen Erkenntnissen gesellschaftliche Veränderungen initiiert und begleitet, um diese Ziele zu erreichen. Ein wichtiger Ausgangspunkt für die gemeinsame Definition von Forschungszielen ist ein gemeinsames Verständnis davon, was transformative Forschung bedeutet und wer welche Aufgabe darin hat.

Bisher findet eine Zusammenarbeit anscheinend vor allem in Projekten und nicht systematisch statt. Aus den Befragungsergebnissen lassen sich einige konkrete Anlässe ableiten:

- ▶ In Forschungsprojekten
- ▶ Beim Agenda-Setting und der Formulierung von Fragestellungen für künftige Forschungsprojekte
- ▶ Bei der Aufbereitung von Wissen und Forschungsergebnissen (à Wissensprodukte)
- ▶ Für die Ermittlung von Zielgruppen für die Wissensprodukte

Für eine Verbesserung der transformativen Forschung müssen konkrete Anlässe für den Austausch definiert werden. Das Netzwerk kann ein Ort sein, um neue Formen des Austausches und der Zusammenarbeit zu entwickeln, auszuprobieren und zu etablieren. Dazu sind einerseits zusätzliche personelle Ressourcen notwendig, andererseits bietet die geforderte Bündelung ggf. Zugang zu zusätzlichen Mitteln und erhöht die Sichtbarkeit und damit die Wirksamkeit der Arbeit. Zusammenfassend: das Angehen dieser Ziele erfordert eine strategische Entscheidung, die nicht mehr bei einzelnen Personen einer Organisation liegt, sondern von der Organisation als solche.

## **5.5 Broschüre „Forschungsprojekte für die Transformation – Zehn Etappen für eine systematische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft“**

Die Ressourcenwende braucht mehr transformative Forschung. Gleichzeitig erfüllen viele Projekte die Anforderungen an transformatives Forschen noch nicht. Die Befragungsergebnisse liefern eine Basis dafür, transformatives Forschen und die dafür notwendigen Abläufe zu konkretisieren, indem der Prozess von der Ideenfindung über die Zieldefinition bis zur Planung und Durchführung systematisch aufbereitet wird.

Zur Entwicklung des Leitfadens wurden zusätzlich zu den im Projektverlauf gesammelten Interviewdaten drei Netzwerkworkshops mit Vertreter\*innen aus Forschung und zivilgesellschaftlichen Organisationen durchgeführt. Die Teilnehmenden standen mitunter am Anfang ihrer Erfahrungen mit transformativer Forschung, andere waren schon seit langer Zeit in dem Feld tätig.

In drei jeweils 1-stündigen Intensiv-Workshops mit ausgewählten Teilnehmer\*innen wurden die folgenden Fragestellungen bearbeitet

1. Problemanalyse- Was braucht es, damit Nachhaltigkeitsforschung transformativ ist?
2. Die 10 goldenen Regeln der transformativen Forschung
3. Und in der Praxis? Austausch zur Anwendbarkeit der goldenen Regeln

Zum Abschluss der Workshopreihe wurde ein weiteres Expert\*inneninterview mit einer Person in einer neuartigen Transferstelle an einem Forschungsinstitut zur Validierung der Ergebnisse geführt. Die Zitate wurden für den Leitfaden anonymisiert und angepasst. Die Ergebnisse der Workshops wurden in Form einer Broschüre aufbereitet, die einen schnellen Überblick sowie konkrete Hilfestellung bietet. Mit der Publikation „Forschungsprojekte für die Transformation – Zehn Etappen für eine systematische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft“<sup>20</sup> hat das Projektteam eine Arbeitshilfe entwickelt.

Auf Basis der Erkenntnisse zu transformativer Forschung, die sich aus dem Projekt bisher ergeben haben, und durch gezielte Interviews mit Expert\*innen zu Schnittstellen, Regeln und Arbeitsweisen, über die transformative Forschung und insbesondere Forschungsprojekte gefördert werden können, wurden die zehn wichtigsten Etappen eines transformativen Forschungsprojektes übersichtlich dargestellt. Die Broschüre beschreibt kurz und prägnant das „how to“ der Zusammenarbeit und liefert hierfür konkrete Anlässe vom Agenda-Setting bis zur Verwertung. Zusammenfassend haben die Projektaktivitäten (s. insbesondere Kap. 5.2) folgende übergreifende Erkenntnisse gefestigt:

- ▶ Transformative (Nachhaltigkeits-)Forschung liefert das Fachwissen, mit dem politische Forderungen begründet und belegt werden.
- ▶ Dieses Fachwissen soll möglichst passgenau und schnell erfassbar bereitgestellt werden.
- ▶ Der Beitrag zu einer sozial-ökologischen Transformation und zur Bewältigung der multiplen Krisen ist ein wünschenswertes Ergebnis transformativer Forschung, jedoch bedarf es angemessener (geduldiger und qualitativer) Evaluationsmechanismen.

Um diesen Anforderungen gerecht zu werden, sollten Wissenschaftler\*innen ihre Ergebnisse politisch einordnen und reflektieren können. Dies kann durch fachlichen Austausch zwischen NGO und Wissenschaftler\*innen über die reine Formulierung von Forschungsfragen hinaus gelingen. Die Formate müssen noch etabliert werden, auch, um die bislang eher unsystematische Zusammenarbeit auf verbindlichere und systematischere Füße zu stellen.

Mit Hilfe des Leitfadens sollen sich Aktive orientieren können. Er soll helfen, transformative Projekte Schritt für Schritt umzusetzen. Der Leitfaden richtet sich daher chronologisch nach dem Ablauf eines typischen Projektes. Idealerweise geht die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Forschung jedoch über einzelne Projektabläufe hinaus – somit besteht die Hoffnung, dass die transformative Wirkung dieser Kooperationen verstetigt wird.

---

<sup>20</sup> Die Broschüre: „Forschungsprojekte für die Transformation – Zehn Etappen für eine systematische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ ist zukünftig online abrufbar unter: [www.ressourcenwende.net/transformative-forschung](http://www.ressourcenwende.net/transformative-forschung)

## 6 Die Öffentlichkeitsarbeit des Netzwerk Ressourcenwende

Die Webseite verfügt mittlerweile über 209 Publikationen (vorwiegend in deutscher, einzelne in englischer Sprache) 87 Definitionen im Glossar und 81 Blogartikeln, füllte den Kalender mit insgesamt 342 Veranstaltungen und bietet Informationen zu 50 Akteur\*innen an (Stand 12. September 2022).

Von Juni 2021 bis September 2022 zählte die Webseite knapp 40.000 Besucher\*innen und über 100.000 Aufrufe. Auffällig waren über den gesamten Projektzeitraum die erheblichen Zunahmen der Aufrufe nach Versendung des Newsletters, der bis zuletzt 175 Abonnent\*innen erreichte. Insgesamt gab es zehn Newsletter, die auf Inhalte der Ressourcenwende-Webseite aufmerksam machten, über relevante Entwicklungen im Bereich der Ressourcenpolitik berichteten und Podcast-Folgen, Unterschriftskampagnen beziehungsweise Spendenaufrufe hinwiesen, und einen abschließenden Newsletter. Im Jahr 2019 wurde der erste Newsletter versendet, in den beiden darauffolgenden Jahren wurden vier Newsletter verschickt und im Jahr 2022 wurden insgesamt drei verfasst.

## 7 Übersicht der Veranstaltungen und Beteiligungen des Netzwerkes

**Tabelle 3: Veranstaltungen, Veröffentlichungen und Beteiligungen des Netzwerk Ressourcenwende**

Jahr	Monat	Veranstaltung
2019	November	<b>1. Vernetzungsworkshop</b>
		Vortrag auf der „Dialogveranstaltung nachhaltige Rohstoffpolitik in Wien“
2020	Februar	Vorstellung des Projektes auf dem Treffen der Zivilen Enquête "Wachstum Wohlstand Lebensqualität"
	Mai	<b>Fachgespräch</b> „Resource Use Caps – Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch absolute Grenzen – Hürden und Herausforderungen“
	Juni	<b>Netzwerktreffen</b> „Catch-Up-Call – da der 2. Vernetzungsworkshop wegen der Pandemie verschoben wurde
	August	Drei Veranstaltungen auf dem „Zukunft für Alle“-Kongress: „Lessons Learned aus vergangenen Transformationsprozessen – Lehren für die Ressourcenwende“. Mit Teil 1: „Schnittstellen der Ressourcenwende zu anderen Netzwerken, Initiativen und Bewegungen“ und Teil 2: „Bedingungen einer Gelingenden Transformation und Rückschlüsse für die Ressourcenwende“ Außerdem die Workshopreihe „Die Rohstoffwende gestalten“ zusammen mit dem AK Rohstoffe
	September	<b>2. Vernetzungsworkshop</b>
2021	April	Vorstellung und Diskussion der Studienergebnisse: „Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch absolute Grenzen. Das Beispiel Niederlande – ein Vorbild für Deutschland?“
	Mai	<b>3. Vernetzungsworkshop</b>
	Juni	Veröffentlichung „Policy Brief“ zu Ressourcenschutzziele mit 15 Organisationen
	August	1. Workshop zur „sozial- ökologischen Wohn- und Bauwende“
	September	Veröffentlichung des Diskussionspapiers zur sozialen Gerechtigkeit im Ressourcenschutz
		Workshop zusammen mit der Forschungswende auf der International Transdisciplinarity Conference ITD
	Oktober	Vorstellung und Diskussion des Diskussionspapiers zur sozialen Gerechtigkeit im Ressourcenschutz
		2. Workshop zur „sozial- ökologischen Wohn- und Bauwende“
Workshop zum Thema „ Ressourcenschutz-Stammgesetz“		

Jahr	Monat	Veranstaltung
	November	Veröffentlichung gemeinsames Statement mit B.A.U.M und 17 weiteren Organisationen zur Notwendigkeit eines Ressourcenschutzgesetz und Ressourcenschutzzielen hinsichtlich der Koalitionsverhandlungen
		Vortrag zum Thema „Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz auf dem 10. Treffen des Netzwerk Ressourcenschonung
2022	Januar	Veröffentlichung Policy Brief „Wir brauchen einen sozial-ökologische Wohn- und Bauwende“ mit 14 Organisationen
	Februar	<b>Netzwerktreffen</b>
	Mai	Diskussionsveranstaltung: Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz, Part I
		Workshopreihe: Die 10 goldenen Regeln der transformativen Forschung
		Vortrag über die Arbeit des Netzwerkes auf der Nexus Conference am 23.05. in Dresden
	Juni	<b>Fachgespräch:</b> „Wege aus dem regulativen Flickenteppich – ein neuer rechtlicher Rahmen für den Ressourcenschutz“
	Juli	Diskussionsveranstaltung: Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz, Part II: „Öffentliche Mobilität für eine sozial-gerechte Ressourcenwende“
	September	Workshop auf der Bits & Bäume Konferenz: „Von Kobalt & Katastrophen. Wie erreichen wir eine ökologisch und sozial-gerechte Ressourcenwende?“
	Oktober	Workshop während der alternativen Rohstoffwoche
November	<b>Netzwerktreffen</b>	
2023	Januar	Parlamentarisches Frühstück in Zusammenarbeit mit dem MdB-Büro Gesenhues „Soziale Gerechtigkeit und Ressourcenschutz“

## 8 Erkenntnisse

Die nötige drastische Reduktion des Ressourcenverbrauchs zeigt so deutlich wie in keinem anderen (Umwelt-) Politikfeld, dass ökologische Krisen im Kern auch Verteilungskrisen sind. Die zentralen Fragen sind: Wer muss den Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren? Und wie können begrenzte Ressourcen gerecht verteilt werden?

Diese Krisen können nur überwunden werden, wenn sowohl die ökologische als auch die soziale Perspektive integriert betrachtet wird. Auch wenn viele Verbände beider Bereiche dies bereits erkannt haben, fehlen weiterhin entsprechende Allianzen. Im Ressourcenschutz fehlt es dabei nicht nur an verbindlichen und quantifizierbaren Ressourcenschutzzielen, sondern auch an einem konsistenten rechtlichen Rahmen.

Der Krieg in der Ukraine, die Corona-Pandemie und die starken Verwerfungen auf den Energie- und Rohstoffmärkten in deren Folge machen sehr deutlich, dass wir am Beginn einer „Zeitenwende“ stehen. Allerdings wird die Dimension dieser „Zeitenwende“ in weiten Teilen der Politik und Industrie noch nicht wirklich verstanden, und die Akteure sind bisher kaum auf die neuen Rahmenbedingungen vorbereitet.

Die Übernutzung der natürlichen Ressourcen und das Überschreiten der „Planetaren Grenzen“ wird zukünftig als Wachstumsbremse wirksam werden und das Sinken der Wachstumsraten sowie die nationale als auch die globale Ungleichverteilung weiter verstärken. Bei einem Wachstum des Bruttoinlandsproduktes bei null oder mit negativen Wachstumsraten ist damit zu rechnen, dass auch die verfügbaren Einkommen und damit die Konsumausgaben der privaten Haushalte sinken. Der Übergang in das Zeitalter des Postwachstums erfordert einen grundlegenden Wandel in Industrie, Wirtschaft und Lebensweise. Die mit den notwendigen Transformationen einhergehenden Belastungen der Menschen in dieser „Zeitenwende“ erzwingen somit eine Strategie der Suffizienz, d.h. ein weniger an Produktion und Konsum, insbesondere von den Teilen der Weltbevölkerung mit dem höchsten Pro-Kopf-Verbrauch an Ressourcen. Daher wird es für die Wahrung gesellschaftlicher Stabilität zwingend erforderlich sein, dass diese Prozesse von einer geeigneten Suffizienzpolitik und einem sozialen Ausgleich für vulnerable Gruppen begleitet werden. Bei Einhaltung der notwendigen Reduktion des Ressourcenverbrauchs ist „Wohlstand für alle“ nur dann möglich, wenn insbesondere die Wohlhabenderen ihre Nutzung der Umwelt und ihren Verbrauch von Ressourcen deutlich reduzieren.

Klar ist: Wir müssen den Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren. Um diesen Imperativ kommen wir nicht herum, wenn wir die Welt auch für künftige Generationen als nutz- und lebbar erhalten wollen. Der Erdüberlastungstag zeigt: Wir leben für ein Drittel des Jahres auf Pump. Doch dieses Wir bedeutet nicht, dass alle Menschen auf der Welt einen gleichen Anteil daran haben. Sowohl auf globaler als auch auf nationaler Ebene sind Einkommens- und Lebensniveaus und somit der Ressourcenverbrauch extrem ungleich.

Es braucht einen demokratischen Diskurs darüber, welche Bedürfnisse eine Gesellschaft hat und wie diese befriedigt werden können. Dieser Diskurs muss die Hegemonie von Wachstumsnarrativen und Profitmaximierung ablösen. Wirtschaft muss dem Gemeinwohl dienen und das heißt klar, allen Menschen ein gleich gutes Leben ermöglichen. Die öffentliche Absicherung der sozialen Grundversorgung, also der Zugang zu Nahrung, Wohnraum, Wasser und auch Mobilität, ist dafür essenziell. Diskussionen um die Demokratisierung der Produktion, Debatten über Eigentum und die Frage danach, wie viel ein Mensch an Ressourcen verbrauchen darf, dürfen nicht mehr ausgeblendet werden, sondern müssen Teil von allen Bestrebungen für

mehr Umwelt- und Klimaschutz sowie sozialer Nachhaltigkeit sein. Nur so haben wir die Chance, soziale Ungerechtigkeiten auszuhebeln und die sozial-ökologische Transformation anzugehen.

Hier kann und sollte das aufgebaute Netzwerk eine wichtige Rolle spielen, denn das Netzwerk bietet einen Raum, in dem Grundsatz- und Querschnittsthemen angegangen werden, die im Tagesgeschäft der einzelnen Organisationen und Institute oft keinen Platz finden. Dafür kann und sollte die Beteiligung der Wissenschaft an dem Netzwerk aber noch ausgebaut und vor allem systematisiert werden. Denn viele Akteur\*innen aus der Zivilgesellschaft arbeiten auch in anderen Kontexten zusammen und daher war hier eine Vernetzung auch online deutlich einfacher. Bei der Vernetzung von Wissenschaft und Zivilgesellschaft, hat die Pandemie jedoch dazu geführt, dass diese (meist) neuen Kontakte online deutlich schwieriger geknüpft werden konnten. Ein Grund war, dass der für eine Vernetzung so wichtige direkte zwischenmenschliche Kontakt in Kaffee- oder Mittagspausen fehlte. Neben den erschwerten Bedingungen durch die COVID-19-Pandemie war die größte Hürde die extrem begrenzten Kapazitäten aller beteiligten Akteur\*innen.

## 9 Ausblick

Während der Projektlaufzeit ist es, trotz der Herausforderungen der Covid-19-Pandemie, gelungen, ein Netzwerk aufzubauen, welches über verschiedenen Positionierungen, Veröffentlichungen und gemeinsame Veranstaltungen, auf den ressourcenpolitischen Diskurs eingewirkt hat. In der zivilgesellschaftlichen Landschaft hat sich das Netzwerk als Akteur etabliert und steht insbesondere für die Forderung nach Ressourcenschutzzielen und die Diskussion um ein Ressourcenschutzgesetz. Die Zusammenarbeit von Zivilgesellschaft und Wissenschaft wurde initiiert und verbessert, auch wenn hier noch Verbesserungspotential liegt. In Zukunft wird es nun maßgeblich darauf ankommen, dass weitere Kapazitäten für die Koordinierung der Netzwerkarbeit und die weitere Vernetzung zwischen Wissenschaft und Zivilgesellschaft bereitgestellt werden. Dafür benötigt es aus Sicht des Projektteams insbesondere auch in der Wissenschaft personelle Kapazitäten. Auch die Website Ressourcenwende.net hat sich als eine Informations- und Vernetzungsplattform etabliert. Der Weiterbetrieb der Website benötigt ebenfalls fest eingeplante Kapazitäten.

Um die Zusammenarbeit zwischen Zivilgesellschaft und Wissenschaft weiter voranzubringen, wurde aufbauend auf dem Praxiswissen aus dem Netzwerk der Leitfaden „Forschungsprojekte für die Transformation – Zehn Etappen für eine systematische Zusammenarbeit von Wissenschaft und Zivilgesellschaft“ entwickelt (s. Kap. 5.5). Er dient als Arbeitshilfe für die Definition, Anbahnung und Durchführung transformativer Forschungsprojekte und kann zukünftig für die Entwicklung neuer Projekte im Kontext des Netzwerks (und darüber hinaus) genutzt werden.

Weiterhin stellt die Beziehung zwischen sozialer Gerechtigkeit und Ressourcenschutz noch eine gravierende Leerstelle im öffentlichen und politischen Diskurs dar. Gleichzeitig besteht bereits ein hohes Interesse im Netzwerk und bei weiteren Organisationen, die bislang nicht im Netzwerk aktiv waren bzw. bisher noch nicht integriert werden konnten, wie bspw. dem Paritätischen Gesamtverband oder dem Sozialverband VdK. Das Diskussionspapier (s. Kap. 4.4) bietet einen ersten Debattenbeitrag und Ausgangspunkt. Neben Forderungen nach einem ökologischen Ressourcenumgang ist es wichtig, die bestehende soziale Ungleichheit als Perspektive aufzugreifen. Sonst besteht die Gefahr, dass sich der Verteilungskonflikt zusätzlich verschärft und Menschen mit großem materiellem Wohlstand und hohem Ressourcenverbrauch verhältnismäßig weniger in die Pflicht genommen werden. Dieses Risiko wächst angesichts des russischen Angriffskriegs in der Ukraine und der dadurch verursachten Inflation weiter an. Das Netzwerk folgt daher der Annahme, dass eine Ressourcenwende nur dann erfolgreich sein kann, wenn die soziale Perspektive von Anfang an einbezogen wird. Hier besteht auch in Zukunft weiterer Diskussions- und Handlungsbedarf. Denn insbesondere im Bereich der sozialen Gerechtigkeit fehlt bis jetzt die Perspektive von Betroffenen von sozialer Ungerechtigkeit und Diskriminierung. Dies liegt nicht zuletzt daran, dass Betroffenen meist die finanziellen und zeitlichen Ressourcen fehlen, sich in solche Debatten einzubringen. Ein Ansatz, dies zu ändern, ist es, geeignete Ansprechpartner\*innen zu identifizieren und gezielt finanzielle Mittel bereitzustellen.

Insbesondere in der Frage, wie diese – mit der nötigen sozial-ökologischen Transformation einhergehenden – Verteilungskonflikte gelöst werden können, besteht noch erheblicher Forschungs- und Diskussionsbedarf. Hier kann das Netzwerk Ressourcenwende auch zukünftig eine wichtige Rolle spielen und die Akteur\*innen vernetzen, transformative Forschungsprojekte initiieren und einen Raum schaffen, in dem diese Grundsatzfragen angegangen werden können. Dazu muss eine weitere Institutionalisierung und Verstärkung des Netzwerks erreicht werden.

Im Fokus der zukünftigen Netzwerkarbeit sollte daher stehen, auch Akteur\*innen der Sozialpolitik einzubinden. Im Bereich Wohnen und Bauen bestehen bereits Anknüpfungspunkte. Diese sollten ausgebaut werden und das Themenfeld kann als fester Bestandteil der Netzwerkarbeit aufgebaut und weiterbearbeitet werden.

Darüber hinaus sind nach der offiziellen Projektlaufzeit bereits folgenden Punkte geplant:

- ▶ **Veranstaltung auf der Bits & und Bäume Konferenz (30.09 - 02.10.22)**<sup>21</sup>: Der Diskussionsworkshop: „Von Kobalt & Katastrophen. Wie erreichen wir eine ökologisch und sozial-gerechte Ressourcenwende?“ wird von der Arbeitsgruppe des Netzwerk Ressourcenwende organisiert, welche auch das Diskussionspapier geschrieben und die Diskussionsreihe dazu veranstaltet hat. Ziel ist es die Ergebnisse dieses Prozesses in eine breitere Öffentlichkeit zu tragen und zu diskutieren.
- ▶ **Veranstaltung in der alternativen Rohstoffwoche**: Im Rahmen der vom AK-Rohstoffe organisierten Alternativen Rohstoffwoche (10. bis 17.10.2022)<sup>22</sup> organisiert das Netzwerk Ressourcenwende eine Veranstaltung um mit weiteren NGOs eine stoffstromübergreifende Perspektive auf den Diskurs um messbare und realistische Reduktionsziele zu entwerfen und eine gemeinsame Positionierung zu entwickeln.
- ▶ **Netzwerktreffen im November**: Am 10.11.22 findet in den Räumen des IÖW ein weiteres Netzwerktreffen statt. Ziel ist es, zu besprechen, wie es nach dem offiziellen Projektende weitergeht. Außerdem wird der Leitfaden für transformative Forschungsprojekte vorgestellt.
- ▶ **Parlamentarisches Frühstück**: Im Januar 2023 ist ein parlamentarisches Frühstück geplant. Zusammen mit dem MdB-Büro Gesenhues organisiert das Netzwerk Ressourcenwende das parlamentarische Frühstück, um mit den MdBs die Frage zu diskutieren, was soziale Gerechtigkeit für den Ressourcenschutz bedeutet.

---

<sup>21</sup> Mehr zur Bits & Bäume Konferenz unter: <https://bits-und-baeume.org/konferenz-2022/>

<sup>22</sup> Mehr zu Alternativen Rohstoffwoche unter: <https://power-shift.de/termin/4-alternative-rohstoffwoche/>

## 10 Quellenverzeichnis

- BUND (2021): Forderungen zu Wissenschaftspolitik für Nachhaltige Entwicklung, BUND Kommission Wissenschaftspolitik, 26.02.2021
- Brand (2009): Die Multiple Krise. Dynamik und Zusammenhang der Krisendimension, Anforderung an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik, Heinrich-Böll-Stiftung, 19.Oktober 2009.
- Defila & Di Giulio (2019): Wie Reallabore für Herausforderungen und Expertise in der Gestaltung transdisziplinären und transformativen Forschens sensibilisieren- eine Einführung. In: R. Defila und A. Di Giulio (Hrsg.) Transdisziplinär und transformativ forschen, Band 2
- Giljum, S., & Hinterberger, F. (2014). The Limits of Resource Use and Their Economic and Policy Implications. In M. Angrick, A. Burger, & H. Lehmann (Hrsg.), Factor X (Bd. 29, S. 3–17).
- Heinrich Böll Stiftung (Hrsg.) (2014). Gerechtigkeit gestalten - Ressourcenpolitik für eine faire Zukunft: ein Memorandum der Heinrich-Böll-Stiftung. Berlin: Heinrich-Böll-Stiftung.
- ISOE (2021): Transdisziplinär forschen, auf: IOSE-Blog, Soziale Ökologie. Krise-Kritik-Gestaltung, aufgerufen: 3.05.2021, <https://www.isoe.de/forschung/transdisziplinaer-forschen/>
- IÖW (2021): Leitbild des IÖW, aufgerufen: 3.05.2021  
[https://www.ioew.de/fileadmin/user\\_upload/BILDER\\_und\\_Downloaddateien/Publikationen/2016/IOEW\\_Leitbild.pdf](https://www.ioew.de/fileadmin/user_upload/BILDER_und_Downloaddateien/Publikationen/2016/IOEW_Leitbild.pdf)
- IRP (2019). Global Resources Outlook 2019: Natural Resources for the Future We Want. Oberle, B., Bringezu, S et al.
- Jacob, K. / Werland, S. / Münch, L. (2013). Analyse der Debatten der Ressourceneffizienzpolitik in Deutschland: Erwartungen, Positionen und Konflikte der Ressourcenpolitik. Debattenanalyse 5.2 im Projekt Ressourcenpolitik: Analyse der ressourcenpolitischen Debatte und Entwicklung von Politikoptionen (PolRes).
- Jahn (2019): Kritische Transdisziplinarität und die Frage der Transformation, Keynote bei Veranstaltung „Wandel gestalten, Wandel begleiten: Wissenschaft und Kommunikation“, Schrader-stiftung und ISOE- Institut für sozial-ökologische Forschung, 16. Januar 2019
- Parrique, T. / Barth, J. / Briens, F. / Kerschner, C. / Kraus-Polk, A. / Kuokkanen, A. / Spangenberg, J.H. (2019). Decoupling debunked: Evidence and arguments against green growth as a sole strategy for sustainability. European Environmental Bureau.
- Petschow, U. / aus dem Moore, N. / Pissarskoi, E. / Korfhage, T. / Lange, S. / Schoofs, A. / Hofmann, D. / mit Beiträgen von Hermann Ott (2018). Gesellschaftliches Wohlergehen innerhalb planetarer Grenzen: Der Ansatz einer vorsorgeorientierten Postwachstumsposition. UBA-Texte 89/2018
- Pichler, M., Staritz, C., Küblböck, K., Plank, C., Raza, W. G., & Ruiz Peyré, F. (Hrsg.). (2017). Fairness and justice in natural resource politics. London New York: Routledge.
- Pohl, Christian; Hirsch Hadorn, Gertrude (2006): Gestaltungsprinzipien für die transdisziplinäre Forschung. München 2006.
- Schneidewind & Singer-Brodowski (2014): Transformative Wissenschaft. Klimawandel im deutschen Wissenschafts- und Hochschulsystem. 2. Auflage. Marburg: Metropolis.
- Schneidewind (2016): Die „Third Mission“ zur „First Mission“ machen? In: die hochschule 1/2016. Download: [https://www.wissenschaftsmanagement-online.de/system/files/downloads-wimoarticle/1709\\_WIMO\\_Die%20Vermessung%20der%20Third%20Mission\\_Schneidewind.pdf](https://www.wissenschaftsmanagement-online.de/system/files/downloads-wimoarticle/1709_WIMO_Die%20Vermessung%20der%20Third%20Mission_Schneidewind.pdf)
- Wiedmann, T. O. / Schandl, H. / Lenzen, M. / Moran, D. / Suh, S. / West, J. / Kanemoto, K. (2015). The material footprint of nations. Proceedings of the National Academy of Sciences, 112(20), 6271–6276.

WBGU (2011): Welt im Wandel, Gesellschaftsvertrag für eine große Transformation, Wissenschaftlicher Beirat für Globale Umweltveränderung, 17.03.2011

Wittmayer & Hölscher (2019): Transformationsforschung, Definition Ansätze, Methoden, Auftrag des Umweltbundesamtes (Hrsg.), Texte 103/2017

WI (2021): Transformative Forschung- Wuppertal Institut für Klima, Umwelt, Energie, aufgerufen: 3.05.2021, <https://wupperinst.org/forschung/transformative-forschung>

## A Anhang: Workshopmaterialien

### A.1 Programm des ersten Workshops

ressourcenwende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
 Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)  
 Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

**1. Workshop – Ressourcenwende – Ressourcenpolitik muss Suffizienzpolitik werden**

für Wissenschaftler\*innen und ressourcenpolitisch Aktive aus umwelt- & entwicklungspolitischen NGOs

Am **12 November** von **10:00 – 17:00 Uhr** in der Bundesgeschäftsstelle des BUND e.V., Kaiserin-Augusta-Allee 5, 10553 Berlin

**Programm:**

	Thema	Zielstellung	Moderation / Input
	<i>09:45 – 10:00: Ankunft, Kennenlernen &amp; Kaffee</i>		
	<b>Begrüßung:</b>	Begrüßung, Einführung in das Programm des Workshops.	Dr. Rolf Buschmann (BUND)
	<b>Vorstellungsrunde:</b>	Die Hintergründe, Motivationen und Perspektiven auf Ressourcenpolitik werden abgefragt.	Franziska Mohaupt (IÖW), Benedikt Jacobs (BUND)
	<b><u>Input</u> – Projektvorstellung</b>	Erläuterung des strategischen Ansatzes und der Motivation des Projektes.	Dr. Rolf Buschmann (BUND)
<div style="border: 1px solid black; padding: 5px; width: fit-content;"> <b>Block 1:</b>                      Projektvorstellung, Vorstellung der Studie                 </div>	<b><u>Input</u> – Vorstellung der Studie:</b> Welches sind die relevanten Schwerpunktthemen, Diskurse und Akteure und welche Thesen und Forderungen lassen sich ableiten?	Das IÖW stellt die Ergebnisse aus Literaturrecherche und einer Interviewserie mit NRO-Mitarbeiter/innen und Wissenschaftler/innen vor.	Helen Sharp (IÖW)
	<b>Feedback des Plenums:</b> Welchem Themenfeld würden sie sich zuordnen? An welchen Projekten arbeiten Sie? Fehlen noch Themenfelder/Diskurse?	Interaktive Austausch zu den Leitfragen. Ziel ist es evtl. Lücken sichtbar zu machen und die Expertise der Teilnehmenden einzuholen.	Helen Sharp (IÖW), Benedikt Jacobs (BUND)

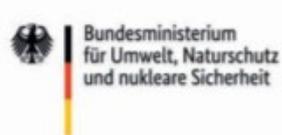
<b>Block 2:</b> Diskussion & Weiterentwicklung der vorgestellten Thesen und Forderungen	<b>11:30 – 11:45:</b> <i>Kaffeepause</i>	<b>Diskussion der Thesen und Forderungen:</b> Was sind Herausforderungen? Wo sehen Sie Wissenslücken? Welche inhaltlichen Ansatzpunkte für wirksame Steuerungsinstrumente gibt es?	Die Teilnehmenden tauschen sich in Kleingruppen zu den im Block 1 vorgestellten Thesen und Forderungen aus. Sie bringen ihre Expertise ein und identifizieren Herausforderungen, Wissenslücken und Ansatzpunkte für die Politikgestaltung.	BUND, IÖW
	<b>Ca. 12:45:</b> <i>Mittagessen</i>	<b>Diskussion der Ergebnisse im Plenum:</b>	Die Ergebnisse der Kleingruppenarbeit werden im Plenum vorgestellt und für die Weiterbearbeitung im Laufe der Workshop-Reihe in die Kategorien Herausforderungen, Wissensbedarfe und Ansatzpunkte einsortiert und priorisiert.	BUND
	<b>Vorurteile aufdecken:</b> Kurzer interaktiver Input.	Wie „ticken“ NRO bzw. wissenschaftliche Akteur*innen? Welche Handlungslogiken liegen jeweils zugrunde? Kurzer interaktiver Input.	Franziska Mohaupt (IÖW), Alexander Großmann (BUND)	
	<b>Input: Interviewergebnisse</b>	Zusammenarbeit zwischen NROs und Wissenschaft stärken: Rollen, Ziele und Ansätze.	Franziska Mohaupt (IÖW), Alexander Großmann (BUND)	
<b>Block 3:</b> Transdisziplinäre Zusammenarbeit	<b>15:00 – 15:15:</b> <i>Kaffeepause</i>	<b>Austausch im Plenum:</b> Welche Chancen und Herausforderungen sehen Wissenschaftler/innen bzw. NRO-Mitarbeiter/innen in einer verbesserten transdisziplinären Zusammenarbeit?	Die Teilnehmenden tauschen sich in Murmelrunden zu den Fragen aus. Sie bringen ihre Expertise ein und identifizieren Schnittstellen und Ansatzpunkte für eine engere Zusammenarbeit.	Franziska Mohaupt (IÖW), Alexander Großmann (BUND)
	<b>Diskussion der Ergebnisse:</b> Was wird benötigt um diese Schnittstellen und Ansatzpunkte zu konkretisieren und im Rahmen des Netzwerkes umzusetzen?	Das Plenum diskutiert die Ergebnisse der Murmelrunden. Es wird geklärt welche Erwartungen und Rollenbilder zutreffen und was dies konkret für das Netzwerk bedeutet.	Franziska Mohaupt (IÖW)	
	<b>Gründung einer Task Force:</b>	Diese soll das Thema der Transdisziplinarität bzw. der Schnittstellen und Ansatzpunkte weiterbearbeiten und einen Input für den nächsten Workshop vorbereiten.	IÖW	
	.	.	.	

<b>Block 4:</b> Erwartungen an das Netzwerk	<b>Erwartungen und nächste Schritte:</b> Konkrete Erwartungen und Wünsche an ein Netzwerk im Ressourcenbereich.	Das IÖW stellt die Interviewergebnisse vor. Konkrete (thematische) Wünsche und Erwartungen an ein Netzwerk im Ressourcenbereich werden formuliert. Die Teilnehmenden benennen ihre Kapazitäten für das Netzwerk. Gemeinsam wird überlegt, was bis zum nächsten Workshop passieren sollte.	BUND, IÖW
	<b>Abschlussrunde:</b>	Zusammenfassung der Ergebnisse des Workshops. Was nehmen die Initiator*innen mit und wie geht es weiter?	Dr. Rolf Buschmann (BUND)
<b>17:00:</b>		<b>Ende des Workshops</b>	

**Kontakt:**

Benedikt Jacobs, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
 Fon: +49-30 27586-334  
[benedikt.jacobs@bund.net](mailto:benedikt.jacobs@bund.net)

Dieses Projekt wird im Auftrag vom Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt.



Für den Inhalt dieser Veröffentlichung sind allein der BUND, der DNR und das IÖW verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt vom Umweltbundesamt oder dem Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit angesehen werden.



## A.2 Programm des zweiten Workshops

# ressourcenwende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)  
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

### Einladung und Programm

## 2. Workshop – Netzwerk Ressourcenwende – Ressourcenpolitik muss Suffizienzpolitik werden

**Der 2. Workshop widmet sich der Strukturierung der weiteren Arbeit im Netzwerk.** Dazu werden die Ergebnisse der beiden Arbeitsgruppen vorgestellt, mit einem besonderen Fokus auf Schnittstellen der zukünftigen transdisziplinären Zusammenarbeit und der thematischen Strukturierung unserer weiteren Arbeit. Es wird um mögliche Transformationshebel einer Ressourcenwende, wie Steuern oder absolute Verbrauchsgrenzen, gehen und wie weit sich daraus erste Forderungen ableiten lassen.

**Details:**

Wir laden Wissenschaftler\*innen und ressourcenpolitisch Aktive aus umwelt- & entwicklungspolitischen NGOs ein, am

**9. und 10. September**  
jeweils von **10:00 – 12:30 Uhr**  
online – Zugangsdaten folgen

**gemeinsam mit uns an der Ressourcenwende weiterzuarbeiten.** Dazu findet im September der zweite Teil der Workshop-Serie statt, **deren Ziel es ist – gemeinsam mit Ihnen und Euch:**

- ein Netzwerk „Ressourcenwende“ zu aufzubauen** und mit diesem,  
**(1) Rahmenbedingungen und Instrumente zu identifizieren**, welche für eine generationsübergreifende und global gerechte Ressourcenpolitik sowie für eine Reduzierung des absoluten Ressourcenverbrauchs notwendig sind.
- (2) langfristig eine ganzheitliche, d.h. die wichtigsten gesellschaftlichen Bereiche umfassende, Vision und ein positives Bild zu entwickeln**, wie eine global gerechte und sozial und ökologisch nachhaltige Ressourcennutzung aussehen kann.
- (3) Hürden und Chancen im Austausch von Wissenschaft und Verbänden zu erfassen** und eine bessere Zusammenarbeit anzustoßen.

Damit soll sichergestellt werden, dass eine gesellschaftliche und fachliche ressourcenpolitische Debatte angestoßen und durch eine kritische Zivilgesellschaft begleitet und vorangetrieben wird.

Eine ausführliche Beschreibung des aktuellen Standes findet sich [HIER](#). Um eine konstruktive Diskussion auch online zu ermöglichen, sind die Plätze begrenzt. Daher bitten wir um eine **Anmeldung bis zum 04.09.2020** an [Benedikt.Jacobs@bund.net](mailto:Benedikt.Jacobs@bund.net).

# ressourcenwende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)  
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

## **Vorläufiges Programm:**

**Ort:** Zoom (Zugangsdaten folgen nach der Anmeldung)

**Tag 1:** Mittwoch 09.09.2020 von 10 bis 12:30 Uhr

- 10:00 Begrüßung – was ist seit dem letzten Workshop passiert und wo stehen wir
- 10:15 Vorstellungsrunde
- 10:25 Ergebnisse der AG Transdisziplinarität  
(kritische Einordnung der Ergebnisse durch Jan Freihardt, [Wissenschaft schafft Zukünfte](#))
- 11:25 Pause
- 11:35 Ergebnisse der Themenfeldstrukturierung und des Fachgesprächs
- 11:45 Kleingruppenarbeit zur weiteren thematischen Fokussierung des Netzwerkes
- 12:10 Präsentation der Ergebnisse im Plenum
- 12:25 Abschluss uns Ausblick auf Tag 2

**Tag 2:** Donnerstag 10.09.2020 von 10 bis 12:30 Uhr

- 10:00 Beginn – Vorstellung der Tagesordnung, Zusammenfassung von Tag 1
- 10:05 Ressourcengovernance – ökonomische Steuerinstrumente (Florian Zerzawy, Forum Ökologisch-Soziale Marktwirtschaft)
- 10:25 Fragen und Diskussion
- 10:40 Kleingruppenarbeit zu ökonomischen Instrumenten im Ressourcenschutz
- 11:05 Präsentation der Ergebnisse im Plenum
- 11:20 Einteilung in thematische Kleingruppen
- 11:30 Pause
- 11:40 Gruppenarbeit zur Verstärkung des Netzwerkes, Forderungen an die Forschungspolitik und zu sozialer Gerechtigkeit im Ressourcenschutz
- 12:15 Präsentation der Ergebnisse im Plenum
- 12:25 Abschluss uns Ausblick

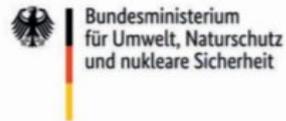
## **Kontakt:**

Benedikt Jacobs, Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Fon: +49-30 27586-334

# ressourcenwende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)  
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Dieses Projekt wird im Auftrag vom Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt.



Für den Inhalt dieser Veröffentlichung sind allein der BUND, der DNR und das IÖW verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt vom Umweltbundesamt oder dem Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit angesehen werden.



## A.3 Programm des dritten Workshops

ressourcenwende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)  
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

### Einladung und Programm

## 3. Workshop – Netzwerk Ressourcenwende – Ressourcenpolitik muss Suffizienzpolitik werden

**Ort:** Zoom (<https://zoom.us/j/99742077857?pwd=UnZhK1FDb2NTdU1uN1FTWTgzRWpoZz09>)  
**Datum und Uhrzeit:** 05.05.2020, 10:00 – 15:30 Uhr  
**Moderation:** Tanja Föhr ([www.tanjafoehr.com](http://www.tanjafoehr.com))

Im 3. Vernetzungsworkshop der Ressourcenwende freuen wir uns darauf, uns zwei inhaltlichen Themen zu widmen.

Einerseits wollen wir uns dem Thema Ressourcenschutzgesetz annehmen. Dafür freuen wir uns, das wir Dr. Naja Salzborn vom Umweltbundesamt für einen Impulsvortrag gewinnen konnten. Nach zwei einordnenden Kommentaren von Rebecca Tauer (WWF) und Prof. Dr. Anja Hentschel (Hochschule Darmstadt), wollen wir uns anschließend mit der Frage beschäftigen, ob ein Stammgesetz für den Ressourcenschutz eine Forderung für die Zivilgesellschaft sein kann?

Andererseits wollen wir das Thema Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz anhand des Themenbereichs Bauen und Wohnen noch einmal genauer angucken. Denn nicht nur der Fakt, dass Bau und Betrieb von Gebäuden 52% des Müllaufkommens und 90% des mineralischen Rohstoffverbrauchs ausmachen, sondern auch der gekippte Berliner Mietendeckel machen das Thema aktuell. Von der Kampagne „[Deutsche Wohnen & Co. enteignen](#)“ konnten wir Rouzbeh Taheri gewinnen und für die Kampagne „[Bauwende JETZT!](#)“ wird Michael Wicke von den Architects for Future uns einen Einblick geben. Gemeinsam wollen wir diskutieren, welche Überschneidungspunkte und Synergien die Kampagnen haben.

Außerdem werden wir beleuchten, was im letzten Jahr passiert ist, wie es um die Forderung nach einer absoluten Obergrenze des Ressourcenverbrauchs steht und wie es mit dem Netzwerk Ressourcenwende weitergeht.

Wir freuen uns auf einen weiteren Workshop zur Vernetzung, zum Austausch, auf spannende Inputs und lebhaftes Diskussions.

Das vorläufige Programm ist angehängt. Eine ausführliche Beschreibung des aktuellen Standes findet sich [HIER](#). Um eine konstruktive Diskussion auch online zu ermöglichen, sind die Plätze begrenzt. Daher bitten wir um eine **Anmeldung bis zum 03.05.2021** an [Benedikt.Jacobs@bund.net](mailto:Benedikt.Jacobs@bund.net).

Cloud\_PXX\_k

# ressourcenwende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
 Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)  
 Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

## Programm:

**Ort:** Zoom (Zugangsdaten folgen nach der Anmeldung)

**Datum und Uhrzeit:** 05.05.2020 10:00 – 15:30 Uhr

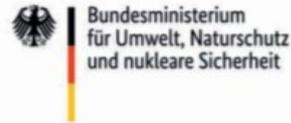
**Moderation:** Tanja Föhr ([www.tanjafoehr.com](http://www.tanjafoehr.com))

10:00	Begrüßung und Ankommen
10:05	Vorstellung und Vernetzung
10:35	Wo steht das Netzwerk Ressourcenwende? Was ist seit dem letzten Workshop passiert?
10:50	Q&A
11:00	Kaffeepause
11:15	Impulsvortrag: <u>Ressourcenschutzgesetz</u> – <b>Dr. Nadja Salzborn</b> , Fachgebietsleiterin Rechtswissenschaftliche Umweltfragen, Umweltbundesamt  Kommentar: <b>Rebecca Tauer</b> , Senior Manager Sustainable Business & Markets WWF Deutschland  Kommentar: <b>Prof. Dr. Anja Hentschel</b> , Professur für Umwelt- und Energierecht, Hochschule Darmstadt
11:40	<b>Diskussion in Kleingruppen:</b> Kann ein Stammgesetz für den Ressourcenschutz eine Forderung für die Zivilgesellschaft sein? Welche Hürden, Handlungsmöglichkeiten und (Forschungs-)Fragen können wir identifizieren?
12:30	Mittagspause
13:30	<u>Soziale Gerechtigkeit im Ressourcenschutz</u> Benedikt Jacobs (BUND) stellt kurz die Ergebnisse und Herausforderungen der AG vor, die sich zu diesem Thema nach dem letzten Workshop gegründet hat.
13:35	Impulsvortrag: Kampagne <u>Bauwende JETZT!</u> – <b>Michael Wicke</b> – Architects für Future
13:55	Impulsvortrag: Kampagne <u>Deutsche Wohnen und Co. enteignen</u> - <b>Rouzbeh Taheri</b> – Sprecher Deutsche Wohnen & Co. enteignen
14:15	Kaffeepause
14:20	<b>Diskussion:</b> Wie lassen sich die Themen verbinden? Welche Potentiale bietet eine Kampagne wie DW-Enteignen für den Ressourcenschutz? Welche Potentiale bietet die Bauwende für mehr soziale Gerechtigkeit?
14:50	Pause
14:55	<b>Ausblick:</b> Netzwerk Ressourcenwende – wie weiter?
15:30	Ende

# ressourcenwende

Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND)  
Deutscher Naturschutzring e.V. (DNR)  
Institut für ökologische Wirtschaftsforschung (IÖW)

Dieses Projekt wird im Auftrag vom Umweltbundesamt und dem Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und nukleare Sicherheit durchgeführt.



Für den Inhalt dieser Veröffentlichung sind allein der BUND, der DNR und das IÖW verantwortlich; der Inhalt kann in keiner Weise als Standpunkt vom Umweltbundesamt oder dem Bundesministerium für Umweltschutz, Naturschutz und nukleare Sicherheit angesehen werden.



## B Anhang Materialien der Fachgespräche

### B.1 Programm des ersten Fachgesprächs



## RESOURCE USE CAPS

### Reduktion des Ressourcenverbrauchs durch absolute Grenzen – Hürden und Herausforderungen

Datum und Zeit:     **TEIL 1: Dienstag 12. Mai von 13:30 – 16:00**  
                                   **TEIL 2: Mittwoch 13. Mai von 13:30 – 16:00**

Die dritte Auflage des Ressourceneffizienzprogramms und die neue Rohstoffstrategie sind zwei aktuelle Beispiele dafür, dass die Bundesregierung ihre Chancen verspielt die Weichen für eine absolute Reduktion des Ressourcenverbrauchs zu stellen. Auf EU-Ebene zeigt sich mit dem neuen Circular Economy Action Plan der Europäischen Kommission ein ähnliches Bild.

Gerade im Ressourcenbereich fehlen jedoch auch absolute Grenzwerte. Diese fehlenden Zielwerte führen dazu, dass ambitionierte und verbindliche Maßnahmen von vorneherein sehr schwer einföhrbar sind, da schlicht die Begründung fehlt.

Genau hier setzt das Fachgespräch an:  
 Nach der Eröffnung und Einordnung des Themas durch den AK werden vier Fachinputs aus der Wissenschaft und aktuellen Forschungsprojekten den aktuellen Stand der wissenschaftlichen Debatte darlegen. Anschließend wollen wir die Ergebnisse, im Hinblick auf eine zukünftige Positionierung der Zivilgesellschaft und mit Blick auf weiteren Forschungsbedarf, diskutieren.

**TEIL 1 Dienstag 12. Mai von 13:30 -16 Uhr:**

13:30	Eröffnung durch <b>Christoph Lauwigi</b> (Sprecher des AK Abfall und Rohstoffe, BUND)
13:45	Einleitender Input von <b>Dr. Martin Hirschnitz-Garbers</b> (Ecologic Institut)
	<u>Thema:</u> Warum bedarf es absolute Verbrauchsgrenzen? Herausforderungen bei Verbrauchsgrenzen im Ressourcenbereich und mögliche politische Ansätze zur Förderung absoluter Reduktion.
	<u>Fragen und Diskussion</u>
14:20	Zwischenergebnisse eines aktuellen Forschungsprojekt zu abiotischen Rohstoffen von <b>Dr. Monika Dittrich</b> (ifeu Institut)
	<u>Projekt:</u> „Vorstudie zu Ansätzen und Konzepten zur Verknüpfung des Planetare Grenzen Konzepts mit der Inanspruchnahme von abiotischen Rohstoffen/Materialien“.
	<u>Fragen und Diskussion</u>
<b>PAUSE</b>	
15:00	<u>Kleingruppen:</u> Virtuelle Tischgespräche zu den Schlussfolgerungen für eine politische Positionierung der Zivilgesellschaft und zu weiterem Forschungsbedarf
15:30	<u>Vorstellung der Ergebnisse im Plenum</u>
15:45	Wrap-up und Ausblick auf den nächsten Tag durch <b>Christoph Lauwigi</b>



<b>TEIL 2 Mittwoch 13. Mai von 13:30 bis 15 Uhr:</b>	
13:30	Eröffnung durch <b>Christoph Lauwigi</b> (Sprecher des AK Abfall und Rohstoffe, BUND)
13:35	„Resource Use Caps“ pro Kopf von <b>Prof. Dr. Stefan Bringezu</b> (Uni Kassel)
	<u>Thema:</u> Mögliche Caps für die globale biotische und abiotische Ressourcennutzung (einschließlich Land, Biodiversität und Wasser).
	<u>Fragen und Diskussion:</u>
14:10	Grundlegende Governance-Fragen der Mengensteuerung von <b>Prof. Dr. Dr. Felix Ekardt</b> (Forschungsstelle Nachhaltigkeit und Klimapolitik, Vorsitzender BUND Sachsen)
	<u>Thema:</u> Grundlegende Governance-Fragen einer integrierten Umweltproblemlösung durch Caps bzw. Mengensteuerung
	<u>Fragen und Diskussion</u>
<b>PAUSE</b>	
14:50	<u>Kleingruppen:</u> Virtuelle Tischgespräche zu den Schlussfolgerungen für eine politische Positionierung der Zivilgesellschaft und zu weiterem Forschungsbedarf
14:20	<u>Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse im Plenum</u>
15:40	Abschluss und Zusammenfassung der Ergebnisse durch <b>Christoph Lauwigi</b>

Wir freuen uns auf Eure und Ihre Teilnahme. Für Rückfragen stehe ich gerne zur Verfügung..

Herzliche Grüße.

Für den Arbeitskreis Abfall und Rohstoffe,

Benedikt Jacobs

[Benedikt.Jacobs@bund.net](mailto:Benedikt.Jacobs@bund.net)

## B.2 Programm des zweiten Fachgesprächs

Bund für  
Umwelt und  
Naturschutz  
Deutschland



### Einladung zum Fachgespräch

## Wege aus dem regulativen Flickenteppich

### Ein neuer rechtlicher Rahmen für den Ressourcenschutz

Der Bundesarbeitskreis (BAK) Abfall und Rohstoffe des BUND lädt herzlich zu dem Fachgespräch „Wege aus dem regulativen Flickenteppich“ ein.

Datum und Zeit:	<b>Mittwoch 15.06.2022</b>
	<b>Teil 1: 9:30-12:00 Uhr</b>
	<b>Teil 2: 13:00-15:30 Uhr</b>
Ort:	<b>Digital (Link wird nach Anmeldung zugeschickt)</b>

Im Koalitionsvertrag der neuen Ampel-Regierung heißt es: „Wir haben das Ziel der Senkung des primären Rohstoffverbrauchs [...]. Dafür passen wir den rechtlichen Rahmen an und definieren klare Ziele [...].“ Es entsteht der Eindruck, die aktuelle Regierung nimmt die Ressourcenkrise ernst und ist bereit, politische Maßnahmen in Richtung einer absoluten Verbrauchsreduktion zu ergreifen. Dafür besteht auch höchste Zeit, denn bisherige Instrumente wie das Ressourceneffizienzprogramm oder das Kreislaufwirtschaftsgesetz gehen weder weit genug, noch sind sie systematisch auf Ressourcenschutz ausgerichtet.

Damit den Bekenntnissen des Koalitionsvertrags auch Taten folgen, möchten wir uns **am 15. Juni** mit Vertreter\*innen aus Forschung und Zivilgesellschaft treffen und darüber diskutieren, wie der aktuelle rechtliche Rahmen so angepasst werden kann, damit er den Weg in Richtung einer absoluten Reduktion des Ressourcenverbrauchs ebnet.

#### **An dieser Stelle setzt das Fachgespräch an:**

Am Vormittag wird es in einem ersten Teil darum gehen, die Möglichkeiten der Vereinheitlichung des bestehenden Rechtsrahmens zu diskutieren. Im zweiten Teil am Nachmittag werden zwei aktuelle Gesetzesvorhaben dahingehend diskutiert, wie über eine Anpassung des Fachrechts ein Beitrag zum Ressourcenschutz geleistet werden kann. Dabei thematisiert das Fachgespräch im Konkreten die Reform des deutschen Bergrechts sowie das EU-Lieferkettengesetz.

Um die Teilnehmer\*innenzahl im Voraus abschätzen zu können, bitten wir um eine **Anmeldung bis zum 10.06.2022** an nachfolgende E-Mail: [Ruben.Kaiser@bund.net](mailto:Ruben.Kaiser@bund.net)

Wir freuen uns auf Eure/Ihre Teilnahme und eine spannende Diskussion.

Für den Arbeitskreis Abfall und Rohstoffe,  
Rubén Kaiser



**Die vorläufige Tagesordnung:**

**Teil 1: Vereinheitlichung des Rechtlichen Rahmens**

<b>9:30 Uhr</b>	<b>Begrüßung, Ankommen &amp; Eröffnung durch den AK</b>
9:50 Uhr	Einleitender Vortrag von Anja Hentschel (TU Darmstadt) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Thema: Welche Vorteile bietet ein Ressourcenschutzstammgesetz, für eine nachhaltige, an Suffizienz orientierte Ressourcenpolitik?</li> </ul>
10:10 Uhr	Strategische Einordnung eines solchen Vorhabens durch Nadja Salzborn (UBA)
10:15 Uhr	Fragen und Diskussion
10:20 Uhr	Vortrag von Bettina Bahn-Walkowiak (Wuppertal Institut) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Thema: Anhand welcher Indikatoren kann und sollte Ressourcenschutz gesetzlich verankert werden?</li> </ul>
10:40 Uhr	Fragen und Diskussion
<b>10:50 Uhr</b>	<b>Pause</b>
11:05 Uhr	Virtuelle Tischgespräche in Kleingruppen zu einer möglichen Positionierung der Zivilgesellschaft
11:35 Uhr	Zusammenstellung der Ergebnisse im Plenum
11:55 Uhr	Abschluss Vormittag und Ausblick für den Nachmittag
<b>12:00 Uhr</b>	<b>Mittagspause</b>

**Teil 2: Prozesse zur Anpassungen des Fachrechts**

<b>13:00 Uhr</b>	<b>Eröffnung Nachmittag</b>
13:10 Uhr	Vortrag zur Modernisierung des Bergrechts von Dirk Teßmer (BUND) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Thema: Wie kann die im Koalitionsvertrag festgeschriebene Modernisierung des Bergrechts einen Beitrag zum Ressourcenschutz leisten?</li> </ul>
13:30 Uhr	Fragen und Diskussion
13:40 Uhr	Vortrag zum Europäischen Lieferkettengesetz von Johanna Sydow (Germanwatch) <ul style="list-style-type: none"> <li>• Thema: Inwieweit kann ein europäisches Lieferkettengesetz zu einem geringeren Ressourcenverbrauch beitragen?</li> </ul>
14:00 Uhr	Fragen und Diskussion
<b>14:10 Uhr</b>	<b>Pause</b>
14:25 Uhr	Virtuelle Tischgespräche in Kleingruppen zu einer möglichen Positionierung der Zivilgesellschaft
14:55 Uhr	Zusammenstellung der Ergebnisse im Plenum
15:15 Uhr	Zusammenfassung und Abschluss durch den AK
<b>15:30 Uhr</b>	<b>Schluss</b>

## C Anhang: Diskussionspapier „Transformative Zusammenarbeit“

# ressourcenwende

## Ressourcenwende

### Rahmenbedingungen für eine transformative und transdisziplinäre Zusammenarbeit

#### Diskussionspapier

Das Netzwerk Ressourcenwende ist ein Zusammenschluss von Akteur\*innen aus Umweltschutz- und Menschenrechtsorganisationen und Instituten der sozial-ökologischen Forschung. Es setzt sich für eine global und generationsübergreifend gerechte Ressourcennutzung im Rahmen der ökologischen Belastungsgrenzen ein. Der Aufbau des Netzwerkes ist ein erstes Ergebnis im Rahmen des von BMU und Umweltbundesamt geförderten Projektes „Analyse der Möglichkeiten einer besseren Beteiligung von Umweltverbänden an Debatten und transdisziplinären Forschungen am Beispiel Ressourcenpolitik“. Durch das Netzwerk soll ein Ort des systematischen, offenen und transdisziplinären Austausches geschaffen werden. Gemeinsam möchten die Akteur\*innen wichtige Querschnitts- und Grundsatzthemen bearbeiten und daraus Forderungen für Forschung und NGO-Arbeit zur Ressourcenwende ableiten.

Auf dem ersten Netzwerkworkshop am 12. November 2019 wurde neben dem Wunsch eines Wissens-, Informations- und Erfahrungsaustauschs auch die Erwartung an dem Aufbau einer guten Kooperation zwischen Forschungsinstituten und den zivilgesellschaftlichen Organisationen formuliert:

Die Ressourcenwende braucht eine transformative Forschung und daher eine verstärkte transdisziplinäre Zusammenarbeit.

Auf Basis der im Projekt vom IÖW durchgeführten Akteur\*innen-Interviews<sup>1</sup>, als auch über eine von BUND und IÖW initiierte Umfrage im Netzwerk, konnten wesentliche Herausforderungen einer Zusammenarbeit identifiziert und Ansatzpunkte zur Verbesserung erarbeitet werden. Zentrale Hürden für eine optimierte transdisziplinäre Zusammenarbeit sind einerseits auf die Förderbedingungen von Forschungsprojekten zurückzuführen, können andererseits jedoch auch durch Veränderungen in unseren Organisationen abgebaut werden.

<sup>1</sup> Die Ergebnisse von Akteur\*innen Interviews finden sich zusammengefasst in [https://www.ressourcenwende.net/wp-content/uploads/2020/02/Ressourcenwende\\_Diskussionspapier.pdf](https://www.ressourcenwende.net/wp-content/uploads/2020/02/Ressourcenwende_Diskussionspapier.pdf)

Die folgenden Thesen und Handlungsempfehlungen hat das Projektteam auf Basis der Ergebnisse des ersten Netzwerkworkshops, der Interviews und der Umfrage entwickelt. Sie beziehen sich insbesondere auf das Verbesserungspotential in unseren Organisationen.

1. **These:** Eine Auseinandersetzung mit transformativer Forschung und transdisziplinärer Kooperation innerhalb der eigenen Organisation ist für eine Verbesserung der transdisziplinären Zusammenarbeit zentral. Hier besteht in den meisten Organisationen des Netzwerks Nachholbedarf, und zwar sowohl in den zivilgesellschaftlichen als auch in den wissenschaftlichen Organisationen.
  - ➔ **Empfehlung:** Das Netzwerk kann nur dazu anregen den internen Diskurs zu starten. Für die dafür notwendigen Prozesse innerhalb der jeweiligen Organisation ist die Unterstützung der jeweiligen Geschäftsführung notwendig.
2. **These:** Transformative Forschung und transdisziplinäre Kooperation finden bisher nicht systematisch statt. Ein wichtiger und zentraler Baustein – die gemeinsame Entwicklung von Forschungsprojekten – ist bisher die Ausnahme.
  - ➔ **Empfehlung:** Bereits vorhandene gemeinsame Forschungsprojekte nutzen, um die hierfür notwendigen Schnittstellen zu konkretisieren. Gelerntes systematisch in den Organisationen festhalten und teilen.
3. **These:** Transformative Forschung und transdisziplinäre Kooperation benötigen einen systematischen Austausch jenseits von Projekten.
  - ➔ **Empfehlung:** Hierfür müssen personelle und finanzielle Ressourcen in den jeweiligen Organisationen bereitgestellt werden. Im Rahmen des Ressourcenwende Projektes und des Netzwerkes wird diese Fragestellung weiter eine zentrale Rolle spielen. Demzufolge ist vorgesehen Vorschläge für den weiteren Austausch zu erarbeiten und zu konkretisieren welche Ressourcen für diesen Prozess benötigt werden.
4. **These:** Damit das Netzwerk sein transformatives Potenzial entfalten kann – und somit gemeinsame Wissensbedarfe ermittelt, Forschungsfragen entwickelt und den Wissenstransfer verbessert, brauchen die teilnehmenden Personen ein „Mandat“, zeitliche Kapazitäten und eine Finanzierung. Ohne die Unterfütterung mit Ressourcen der teilnehmenden Akteure kann das Netzwerk das Potenzial aus dem Zusammenschluss von Wissenschaft und Zivilgesellschaft nicht heben. Wenn das Netzwerk über die Projektlaufzeit hinaus fortgeführt werden soll bedarf es zusätzlich einer Finanzierung der Koordinationsaufgaben.
  - ➔ **Empfehlung:** Die nötigen Prozesse zur Verstetigung des Netzwerkes sollten so früh wie möglich angestoßen werden. Innerhalb der Organisationen aber auch innerhalb von Dachorganisationen wie dem ECORNET oder dem DNR muss ein Diskurs darüber geführt werden, wie das volle Potential einer Zusammenarbeit von Zivilgesellschaftlichen Organisationen und Forschung gehoben und die Arbeit des Netzwerkes langfristig sichergestellt werden kann.

Berlin, 23. September 2020

ressourcenwende